

SCHWEIZERISCHE
NATIONALBANK

1967

SECHZIGSTER
GESCHÄFTSBERICHT DER
SCHWEIZERISCHEN
NATIONALBANK
1967

BERICHT DES DIREKTORIUMS
ÜBER DIE TÄTIGKEIT
DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK
IM JAHRE 1967

A. ALLGEMEINE BETRACHTUNGEN

1. Weltwirtschaftliche Entwicklung

Die in der zweiten Hälfte des Jahres 1966 in den meisten Ländern deutlich gewordene Wachstumsverlangsamung setzte sich im Berichtsjahr zunächst fort. Das Bruttosozialprodukt stieg nur noch geringfügig an. Die privaten Investitionen wurden eingeschränkt und die Lager abgebaut. Die Ausnützung der Kapazitäten in der Industrie ging zurück; Arbeitskräfte lagen brach. Die Zuwachsraten des Aussenhandels verminderten sich beträchtlich. Gegen Mitte des Jahres kamen die Schrumpferscheinungen überwiegend zum Stillstand, so dass die Gefahr einer progressiven Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit behoben war. In einzelnen, unter rezessiven Einflüssen stehenden Ländern zeigten sich Symptome einer Wiederbelebung der Konjunktur; zum Teil machten sich sogar stärkere Auftriebskräfte bemerkbar. Die Aufhellungen im Wirtschaftsbild beruhten vorerst nicht so sehr auf wirtschaftseigenen Impulsen als vielmehr auf Massnahmen der Regierungen zur Förderung der Wirtschaftstätigkeit, insbesondere durch Steigerung der Staatsausgaben und der öffentlichen Investitionen. In einigen Staaten, in denen der Abbau der Lager zur Dämpfung der Nachfrage beigetragen hatte, halfen neue Lagerinvestitionen mit, die Wirtschaft zu beleben.

Unter den wenigen Ländern, die sich der Wachstumsverlangsamung entzogen, waren Italien und Japan die wichtigsten; der in den Jahren 1965 bzw. 1966 in Gang gekommene Aufschwung hielt dort ungebrochen an.

Während in der Phase des teilweise überbordenden Konjunkturanstiegs die Bekämpfung der Inflation im Mittelpunkt der wirtschafts- und währungspolitischen Vorkehren gestanden hatte, wurden die Massnahmen nun in Ländern, in denen die Wirtschaftstätigkeit nachliess, hauptsächlich auf die Erzielung eines grösseren wirtschaftlichen Wachstums ausgerichtet, obwohl die

Teuerung weiter fortschritt. Nur in wenigen Staaten, so in der Bundesrepublik Deutschland und in Grossbritannien, blieb die Erhöhung der Konsumentenpreise unter 2%.

Die Wirtschaft der *Vereinigten Staaten von Amerika* zeigte zu Beginn des Jahres Abschwächungstendenzen, welche weitgehend durch den Lagerabbau ausgelöst worden waren. Vom Frühjahr an machten sich Anzeichen einer erneuten Expansion der Wirtschaftstätigkeit geltend, die sich im Laufe des Jahres verstärkten. Der Lagerabbau kam zum Stillstand; der private Verbrauch belebte sich, und die Investitionen in Wohnbauten nahmen zu. Starke Auftriebskräfte löste die Steigerung der öffentlichen Ausgaben aus. Das reale Bruttosozialprodukt stieg, wenn auch verlangsamt, an. Auf das ganze Berichtsjahr berechnet, dürfte es 2 ½ bis 3% über dem Vorjahresstand gelegen haben. Gleichzeitig traten neue inflationäre Entwicklungen in Erscheinung; sie werden sich verstärken, falls es nicht gelingen sollte, den grossen Fehlbetrag im amerikanischen Bundeshaushalt zu verringern. Die Bemühungen von Präsident Johnson, das Defizit durch eine Erhöhung der Einkommenssteuern zu reduzieren, stiessen auf den Widerstand des Kongresses, der vor allem einen Abbau der Staatsausgaben verlangte.

In *Grossbritannien* stagnierte die Wirtschaftstätigkeit; die industrielle Produktion zeigte sogar einen leichten Rückgang. Die Arbeitslosenquote erreichte im Herbst 2,4% der berufstätigen Bevölkerung. Nachdem sich die Zahlungsbilanzlage zunächst günstig entwickelt hatte, verschlechterte sie sich vom Frühjahr an. Hiezu trug die von den Behörden befolgte Zinspolitik bei, welche die Sätze soweit absinken liess, dass Gelder aus Ertragsgründen abflossen. Die Nahostkrise führte zu einer weiteren Verlagerung von Geld und Kapital ins Ausland. Ferner wirkten sich Streikbewegungen in einer Verschlechterung der Handelsbilanz aus. Im Lande selbst nahm der Widerstand gegen die Deflationspolitik zu. Die Presse führte eine Kampagne zugunsten der Abwertung, was die Spekulation gegen das Pfund verstärkte. Dessen Parität gegenüber dem Dollar wurde am 18. November von 2.80 auf 2.40 herabgesetzt. Um den Erfolg dieser Massnahme zu sichern, erfuhr die Deflationspolitik eine Verschärfung. Der Diskontsatz wurde von 6,5 auf 8% erhöht. Im Bereich der Fiskalmassnahmen wurden u.a. eine Senkung der Staatsausgaben und eine Erhöhung der Steuern angekündigt. Die Abzahlungskäufe von Automobilen wurden erschwert und die Banken eingeladen, ihre Ausleihungen nicht weiter ansteigen zu lassen.

In der *Bundesrepublik Deutschland* stand die Wirtschaft zunächst unverändert im Zeichen der Rezession, die sich insbesondere in einem Rückgang der Investitionstätigkeit äusserte. Dagegen stieg der Ausfuhrüberschuss weiter an. Da die Ausgabenvermehrung gemäss einem ersten Konjunkturförderungsprogramm von 2,5 Milliarden DM zur Belebung der Wirtschaftstätigkeit nicht ausreichte, wurde ein zweites Programm im Umfang von 5,3 Milliarden beschlossen. Deren Finanzierung wurde durch die Bundesbank erleichtert. Die rückläufige Wirtschaftsentwicklung dürfte im Sommer ihren Tiefststand erreicht haben; im Herbst zeigten sich erste Erholungstendenzen. Die Bundesbank befolgte eine Verflüssigungspolitik, um die monetären Voraussetzungen für einen Wiederanstieg der Wirtschaftstätigkeit zu schaffen.

In *Frankreich* blieb die Konjunktur gedämpft. Die Binnennachfrage bewegte sich rückläufig, und die Arbeitslosigkeit verharrte auf einem verhältnismässig hohen Stand. Die Industrieproduktion stagnierte; die Einfuhr ging sogar zurück. Die Regierung ergriff deshalb Massnahmen, um die Nachfrage zu fördern. Sie betrafen die Erhöhung der Ausgaben für öffentliche Investitionen und den sozialen Wohnungsbau, Darlehen für Investitionen der privaten Industrie, Steuererleichterungen für gewisse Bauvorhaben und für den Ankauf von Ausrüstungsgütern sowie die Herabsetzung der Mindestanzahlungen beim Kauf von Automobilen. In *Italien* fand die Expansion im Anstieg der industriellen Produktion, der Bautätigkeit und der Beschäftigung ihren Niederschlag.

In den *Niederlanden* setzte sich demgegenüber die konjunkturelle Abschwächung fort. Die Zunahme der Inlandsnachfrage und jene der Ausfuhr verlangsamten sich, so dass das Wachstum der industriellen Produktion zum Stillstand kam. Die Wirtschaft *Belgiens* verharrte in der Stagnation. Die Inlandsnachfrage dehnte sich noch mässig aus; die Ausfuhr ging zurück, und die Investitionsneigung der Unternehmungen liess nach. Die Industrieproduktion bewegte sich nurmehr auf dem Vorjahresniveau.

In *Schweden* nahmen die Ausfuhr und die Wohnbautätigkeit zu. Die steigende Nachfrage wurde zunächst durch den Abbau der Lager befriedigt; die Industrieproduktion stieg nur geringfügig an. Im Anschluss an die Abwertung des englischen Pfundes sah sich die Reichsbank zu einer Erhöhung des Diskontsatzes veranlasst, um dem Abfluss von Geldern entgegenzuwirken, der den schwedischen Kreditmarkt zu verknappen drohte. In *Norwegen* dauerte der Konjunkturaufschwung an, und die Lage am Arbeitsmarkt blieb angespannt. Der Nachfragedruck wirkte sich in weiteren Preis- und Lohnerhöhungen aus. Die Wirtschaft *Dänemarks* stand zunächst im Zeichen einer inflatorischen Aufblähung der Inlandsnachfrage, welche auf einer Ausweitung der öffentlichen Ausgaben, einer regen Wohnbautätigkeit und einer kräftigen Zunahme des privaten Verbrauchs beruhte. Der Anstieg der Konsumentennachfrage verlangsamte sich allerdings im Laufe des Jahres, was zum Teil auf die Erhöhung der direkten und indirekten Steuern zurückzuführen war. In *Österreich* schwächte sich das wirtschaftliche Wachstum ab. Die private Nachfrage und die Investitionstätigkeit blieben gedämpft. Die industrielle Erzeugung verharrte auf dem Stand von 1966.

Das schnelle Wachstumstempo der Wirtschaft *Japans* beruhte auf einer Steigerung der Inlandsnachfrage. Im Zusammenhang damit nahm die Einfuhr kräftig zu, wogegen die Ausfuhr einen nur schwachen Anstieg verzeichnete. Da die Dienstleistungsbilanz mit einem Fehlbetrag abschloss, wurde die Ertragsbilanz defizitär. Die Behörden suchten dieser Entwicklung durch fiskalische und monetäre Massnahmen entgegenzuwirken.

Auf dem Gebiet der *internationalen Wirtschaftsintegration* war den Bemühungen zum Zusammenschluss zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) auch im Berichtsjahr kein Erfolg beschieden. Das Gesuch Grossbritanniens um Aufnahme in die EWG stiess auf die Opposition Frankreichs, die u. a. mit

der derzeitigen wirtschaftlichen und monetären Lage des Vereinigten Königreichs begründet wurde. Für eine Reihe wichtiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse traten die Agrarmarktordnungen der EWG in Kraft. Die Verhandlungen über die sogenannte Kennedy-Runde im Rahmen des Allgemeinen Abkommens über die Zölle und den Handel konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Damit wurden auch die zollpolitische Diskriminierung zwischen der EWG und der EFTA und die Gefahr einer weiteren wirtschaftlichen Desintegration zwischen diesen beiden Wirtschaftsböcken verringert.

2. Internationale Währungsentwicklung

Das internationale Währungsgeschehen des Berichtsjahres stand vornehmlich im Zeichen der anhaltenden Zahlungsbilanzdefizite der beiden Reservewährungsländer. Die Erwartung, dass die im Laufe des Sommers nach mehrjährigen Verhandlungen erreichte Verständigung über einen Bereitschaftsplan zur Schaffung zusätzlicher internationaler Liquidität eine etwas ruhigere und stabilere Phase einleiten werde, ging vorderhand nicht in Erfüllung. Die ungünstige Entwicklung der britischen Zahlungsbilanz- und Währungsposition im zweiten Semester 1967 veranlasste die britische Regierung im November, das Pfund Sterling abzuwerten. Dies steigerte die Unruhe auf den Devisenmärkten und liess die Goldkäufe stark anschwellen.

Die *Zahlungsbilanz* der Vereinigten Staaten schloss, nachdem das Defizit in den beiden Vorjahren auf einen Betrag von rund 1,3 Milliarden Dollar hatte heruntergedrückt werden können, 1967 mit einem Fehlbetrag von 3,5 bis 4 Milliarden. Der gegenüber dem Vorjahr gestiegene Einnahmenüberschuss der Ertragsbilanz vermochte mit dem Anwachsen der amerikanischen Militärausgaben im Ausland nicht Schritt zu halten. Dazu kam, dass die Kapitalexporte wiederum ein bedeutendes Ausmass erreichten, obschon die bestehenden Beschränkungen teilweise verstärkt wurden. So wurden die Zinsausgleichsteuer erhöht und verschärfte Richtlinien für Direktinvestitionen im Ausland erlassen.

Am Neujahrstag 1968 gab Präsident Johnson ein umfassendes Programm zur Reduktion des Fehlbetrages der amerikanischen Zahlungsbilanz und zur Erhaltung des Vertrauens in den Dollar im In- und Ausland bekannt. Als vorübergehende Massnahmen, die sofort in Kraft traten, werden die direkten amerikanischen Investitionen im Ausland herabgesetzt und die Gewährung von Bankkrediten an das Ausland verringert. Sodann wird das amerikanische Volk aufgefordert, unnötige Reisen ins Ausland zu unterlassen. Die Ausgaben der amerikanischen Regierung in Übersee sollen reduziert werden. Als längerfristige Massnahme ist eine Exportstimulierung vorgesehen. Andererseits sollen ausländische Investitionen in den USA ermutigt werden.

Die Zahlungsbilanz Grossbritanniens nahm während der ersten Monate des Jahres angesichts bedeutender Kapitalrückflüsse und einer besseren Handelsbilanz einen befriedigenden Verlauf. Die britischen Währungsbehörden sahen sich imstande, bis Ende April die in Anspruch genommenen ausländischen Notenbankhilfen sowie im Mai die im November 1964 vom Internatio-

nenen Währungsfonds und von der Schweiz im Rahmen der «Allgemeinen Kreditvereinbarungen» erhaltenen Stützungskredite vorzeitig zurückzuzahlen. Gegen die Jahresmitte hin begann sich die Lage ungünstig zu entwickeln. Eine weitere Senkung des offiziellen Diskontsatzes, die mit dem Ende des Zinsrückganges in den USA zusammenfiel, hatte zur Folge, dass zunächst der Rückfluss von Geldern aus den Vereinigten Staaten aufhörte. Daran schloss sich in den kommenden Monaten eine Kette von Ereignissen, die zu einer fortgesetzten Verschlechterung der britischen Währungslage beitrugen. Der Ausbruch offener Feindseligkeiten zwischen Israel und der arabischen Welt Anfang Juni löste nicht nur bedeutende Mittelabzüge aus Grossbritannien aus, sondern belastete gleichzeitig die britische Handels- und Ertragsbilanz mit beträchtlichen zusätzlichen Aufwendungen. Die erhoffte Steigerung der Exporte blieb ohnehin schon unter dem Einfluss des Konjunkturverlaufs in den Vereinigten Staaten und in Westdeutschland aus. Auch der kräftige Anstieg der amerikanischen Zinssätze im späteren Sommer hatte einen ungünstigen Einfluss auf die britische Zahlungsbilanz.

In England selbst wuchs der Widerstand gegen die von der Regierung verfolgte Restriktionspolitik; es mehrten sich die Stimmen, die statt dessen eine Korrektur des Wechselkurses verlangten. Die Stimmung verschlechterte sich weiter, als ein Bericht der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf die strukturellen Schwächen des Pfundes hinwies. Der Ausbruch ausgedehnter Dokerstreiks im Oktober, welche die britische Ausfuhr teilweise lahmlegten, führte zur akuten Krise. Angesichts des grossen Ungleichgewichtes der Zahlungsbilanz, der schwindenden Währungsreserven und des Widerstandes im Inland gegen eine Weiterführung der Deflationspolitik entschloss sich die britische Regierung am 18. November 1967 nach vorangegangenen internationalen Konsultationen zu einer Abwertung des Pfund Sterling um 14,3%. Um die neue Parität von vorneherein gegen allfällige spekulative Angriffe abzusichern, erhielt Grossbritannien vom Internationalen Währungsfonds sowie von einer Reihe führender Notenbanken neue Kreditzusagen im Umfange von insgesamt gegen 3 Milliarden Dollar.

Im Unterschied zur Abwertungswelle von 1949 folgten dem Pfund dieses Mal weder die wichtigeren Länder des europäischen Kontinentes noch die bedeutenden Sterlingblockländer Australien und Südafrika. Irland, Israel und Spanien sowie eine Reihe kleinerer, eng mit Grossbritannien verbundener Entwicklungsländer werteten in gleichem Umfange wie Grossbritannien ab, während Dänemark einen geringeren Abwertungssatz von 7,9% und Neuseeland einen solchen von 19,5% wählten. Finnland hatte bereits am 12. Oktober seine Währung um 23,8% abgewertet.

Den Zahlungsbilanzdefiziten der beiden Reservewährungsländer standen, wie schon in den Vorjahren, Aktivsaldi annähernd gleichen Umfanges der Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gegenüber. Vor allem die Bundesrepublik Deutschland hatte einen ungewöhnlich hohen Einnahmenüberschuss in ihrer Ertragsbilanz zu verzeichnen. Der starke Konjunkturrückgang, der von einem bedeutenden Abbau der Lagerhaltung begleitet war, kam in einer be-

trächtlichen Abnahme der deutschen Importe zum Ausdruck. Gleichzeitig war die deutsche Exportwirtschaft mit Erfolg bemüht, einen wesentlichen Teil des Nachfrageausfalls im Inland durch vermehrte Verkäufe im Ausland wettzumachen. Auch Italien hatte im laufenden Zahlungsverkehr mit dem Ausland erneut einen namhaften Aktivsaldo aufzuweisen. Er war allerdings geringer als im Vorjahr. Sowohl die deutschen als auch die italienischen Währungsbehörden strebten danach, die hohen Einnahmenüberschüsse ihrer Ertragsbilanzen durch Förderung des kurzfristigen Geldexportes auszugleichen. Auf diese Weise konnte ein übermässiges Ansteigen der offiziellen Währungsreserven vermieden werden; zugleich erhielt der Eurogeldmarkt eine zusätzliche Alimentierung. Die französische Handels- und Ertragsbilanz blieb von der allgemeinen Abschwächung der wirtschaftlichen Expansion in den wichtigsten Absatzmärkten nicht unberührt. An die Stelle des Aktivaldos vom Vorjahr trat ein geringfügiges Defizit. Die französische Regierung hob im Berichtsjahr die meisten noch bestehenden Beschränkungen im Devisenverkehr auf. Grössere Kapitaltransaktionen über die Grenze bedürfen indessen nach wie vor einer behördlichen Bewilligung.

In der internationalen Entwicklung der *Zinssätze* waren bedeutende Bewegungen zu verzeichnen. Nach der starken Zinshausse an den führenden Geldmärkten in der zweiten Hälfte 1966 bildeten sich mit der Konjunkturabschwächung in den wichtigsten Industrieländern und der damit zusammenhängenden rückläufigen Kreditnachfrage die Geldmarktsätze anfangs 1967 rasch wieder zurück. Die Währungsbehörden unterstützten diese Entwicklung nicht nur durch die Lockerung monetärer Restriktionsmassnahmen, sondern auch durch teilweise recht massive Geldinjektionen. Die Notenbanken der meisten Industrieländer Westeuropas sowie der Vereinigten Staaten und Kanadas senkten im Verlaufe des Frühjahrs ihre offiziellen Diskontsätze. Dem Rückgang der Geldmarktsätze folgten indessen die Zinsbedingungen an den Kapitalmärkten nur sehr zögernd, bestand doch in den meisten Ländern nach der vorangegangenen kräftigen Kreditexpansion ein bedeutender Konsolidierungsbedarf, der mit einer hohen Kapitalnachfrage der öffentlichen Hand zusammenfiel. Die Baissebewegung der Geldmarktsätze kam im Sommer zum Stillstand. In den Vereinigten Staaten stiegen die Zinssätze unter dem Eindruck des rasch anwachsenden Defizits im Staatshaushalt und des Widerstandes gegen das Steuererhöhungsprogramm der Regierung wieder an. Die Aufwärtsbewegung übertrug sich angesichts der engen Interdependenz der Finanzmärkte auf andere Länder. Die mit dieser Entwicklung verbundene Änderung des Zinsgefälles blieb, wie an anderer Stelle vermerkt worden ist, nicht ohne Auswirkungen auf die britische Zahlungsbilanz.

Bereits seit einigen Jahren waren auf offizieller Ebene Gespräche über eine *Reform des internationalen Währungssystems* im Gange. Die Diskussion konzentrierte sich im wesentlichen auf den Kreis der zehn führenden Industrienationen, die an den «Allgemeinen Kreditvereinbarungen» des Jahres 1962 mit dem Internationalen Währungsfonds beteiligt sind. Die Währungsexperten dieser Länder waren sich darüber einig, dass gegenwärtig die Versorgung der westlichen Welt mit Währungsreserven noch ausreichend ist. Hingegen gelangten sie im Laufe ihrer Unter-

suchungen zum Schluss, dass mit der Möglichkeit einer Knappheit an internationalen Reserven in ihrer heute üblichen Form in einem späteren Zeitpunkt gerechnet werden müsse und für eine solche Eventualität rechtzeitig Vorsorge getragen werden sollte.

Mit dem von Jahr zu Jahr sich ausdehnenden Volumen des internationalen Güter- und Dienstleistungsaustausches wie auch mit der immer grösser werdenden zwischenstaatlichen Finanzverflechtung wächst zugleich der mögliche Schwankungsbereich der Zahlungsbilanzen und damit auch der Bedarf an Währungsreserven zur Überbrückung solcher Ungleichgewichte. Dabei ist überdies in Rechnung zu stellen, dass in der Öffentlichkeit wie auch bei den Regierungen nicht so sehr die absolute Höhe der Reserven als vielmehr das Ausmass ihrer Veränderungen Beachtung findet. Ein Zuwachs wird dabei allgemein als Zeichen einer gesunden Wirtschaftsentwicklung und der Vertrauenswürdigkeit der betreffenden Währung betrachtet, während eine Verminderung gern zu gegenteiligen Schlussfolgerungen Anlass gibt. Derartige Überlegungen erklären die verbreitete Neigung der Währungsbehörden, ein möglichst gleichmässiges Wachstum ihrer Reserven anzustreben.

Es erscheint aber ungewiss, ob in Zukunft noch mit einem ausreichenden «globalen» Wachstum der Währungsreserven in ihrer heutigen Form gerechnet werden kann. Die Möglichkeiten einer Zunahme der Währungsgoldbestände sind beschränkt. Überdies setzt auch die Notwendigkeit eines Ausgleichs der Zahlungsbilanzen der Reservewährungsländer, insbesondere der Vereinigten Staaten, einer weiteren Ausdehnung der Devisenreserven Grenzen. Die überwiegende Mehrheit der an den Währungsdiskussionen beteiligten Länder gelangte im Hinblick auf die geschilderten Umstände zur Ansicht, dass man sich in Zukunft bei der Äufnung von Währungsreserven nach Möglichkeit von den Zufälligkeiten der Golderzeugung und des Goldmarktes wie auch der Zahlungsbilanzentwicklung einzelner Länder freimachen sollte. Die Sicherung einer ausreichenden Versorgung mit Währungsreserven sei vielmehr auf dem Wege einer durch internationale Vereinbarung geschaffenen Form internationaler Liquidität anzustreben.

Für die Aufrechterhaltung des heutigen Währungssystems ist allerdings die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf eine verbesserte Zahlungsbilanzdisziplin weit wichtiger als die Schaffung zusätzlicher Reservemedien. Man kommt übrigens mit um so weniger Reserven aus, je besser die Zahlungsbilanzdisziplin ist; je höher dagegen die Reserven sind, desto grösser wird die Versuchung, die Disziplin zu lockern, was wiederum den Ruf nach zusätzlichen Reserven verstärkt. Vermehrte Anstrengungen zur Beseitigung chronischer Zahlungsbilanzdefizite und angemessene Sicherungen gegen eine zu reichliche Schaffung neuer internationaler Liquidität müssen daher mit im Vordergrund stehen.

Die Auffassungen über die konkrete Ausgestaltung der zusätzlichen internationalen Liquiditätsschöpfung waren lange Zeit auseinanderggegangen. Nach intensiven Vorarbeiten der Währungsexperten der «Zehner-Gruppe», die durch gemeinsame Sitzungen mit den Exekutivdirektoren des Internationalen Währungsfonds ergänzt wurden, gelangten die Finanzminister und die Notenbankgouverneure dieser zehn Länder im Sommer 1967 zu einer Einigung über die Grund-

züge eines Planes zur Schaffung internationaler Liquidität. Die Vorschläge der «Zehner-Gruppe» wurden Ende September anlässlich der Jahresversammlung der Bretton Woods Institutionen in Rio de Janeiro von den Mitgliedern des Internationalen Währungsfonds grundsätzlich gebilligt. Die Exekutivdirektoren erhielten den Auftrag, bis Ende März 1968 eine entsprechende Statutenrevision auszuarbeiten, die den Mitgliedstaaten zur Ratifizierung unterbreitet werden soll. Auf Veranlassung der EWG-Länder wurden die Exekutivdirektoren überdies ersucht, die Frage einer Revision der bestehenden Fondsstatuten, insbesondere einer Heraufsetzung des für wichtige Beschlüsse im Währungsfonds geltenden Quorums von 80 auf 85 %, zu prüfen und gegebenenfalls entsprechende Anträge zu stellen.

Die über die Schaffung zusätzlicher internationaler Liquidität erfolgte Verständigung sieht für das Zustandekommen von Beschlüssen über die Aktivierung des Planes und die Schaffung von zusätzlicher internationaler Liquidität ebenfalls eine Mehrheit von mindestens 85 % aller Stimmen vor. Die neu zu bildenden Liquiditätsreserven sollen die Form von Sonderziehungsrechten beim Währungsfonds erhalten, die getrennt von den bereits bestehenden Ziehungsrechten zusätzlich entstehen würden. Im Unterschied zu letzteren sollen sie jederzeit und ohne besondere Ermächtigung des Währungsfonds zum Erwerb anderer Mitgliederwährungen verwendbar sein. Sie sollen auch keinen wirtschaftspolitischen Auflagen seitens des Fonds unterliegen. Ihre Verwendbarkeit unterscheidet sich von jener der traditionellen Währungsreserven vor allem dadurch, dass die Annahmepflicht auf das Doppelte des den Mitgliedstaaten zugeleiteten Betrages an Sonderziehungsrechten begrenzt ist und die Ziehungsrechte im Prinzip «rekonstituierbar» d.h. rückzahlbar sind. Die Pflicht zur Rückzahlung wird sich allerdings darauf beschränken, dass im Mittel von fünf Jahren nicht mehr als 70 % der zugeteilten Sonderziehungsrechte ausstehen dürfen. Festgehalten zu werden verdient ferner, dass die Beteiligung an dem neuen System von Sonderziehungsrechten allen Mitgliedstaaten des Währungsfonds offen steht und an keine besonderen Bedingungen geknüpft ist. Die Ratifizierung des neuen Systems durch die Mitgliedländer bedeutet im übrigen nicht auch schon dessen Inkraftsetzung und damit die Schaffung von Sonderziehungsrechten. Hierzu ist vielmehr ein besonderer Beschluss erforderlich. Es dürfte deshalb noch einige Zeit dauern, bis das neue Liquiditätsinstrument wirksam wird und seine Funktionsfähigkeit unter Beweis stellen kann.

An den Währungsgesprächen der «Zehner-Gruppe» war die Schweizerische Nationalbank wie bereits in den vorangegangenen Jahren durch Beobachter vertreten. In gleicher Eigenschaft nahm sie auch an den gemeinsamen Treffen der Währungsexperten der «Zehn» mit den Exekutivdirektoren des Währungsfonds teil.

Die enge *währungspolitische Zusammenarbeit zwischen den Notenbanken* der wichtigsten Industrieländer, die sich im Laufe der letzten Jahre eingeschleppt hat, wurde im Berichtsjahr weitergeführt. Die im Juni 1966 zwischen führenden Notenbanken und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich einerseits und der Bank of England andererseits vereinbarte Kreditzusage für den Fall britischer Reserveverluste wegen eines Abbaus ausländischer Sterlingguthaben wurde

bei Ablauf jeweils verlängert. Das britische Währungsinstitut sah sich in der zweiten Jahreshälfte in Anbetracht der auf die Krise im Nahen Osten folgenden Entwicklung veranlasst, diese Stützungszusage in Anspruch zu nehmen. Desgleichen machte Grossbritannien von der mit den Vereinigten Staaten bestehenden Swap-Vereinbarung Gebrauch. Kurz vor der Pfundabwertung gewährten die bereits an der Vereinbarung vom Juni 1966 beteiligten Notenbanken sowie die amerikanischen Währungsbehörden der Bank of England einen neuen Währungskredit von 250 Millionen Dollar, um Grossbritannien die rechtzeitige Rückzahlung einer fällig gewordenen Schuld an den Währungsfonds zu erleichtern. Unmittelbar nach der britischen Paritätsänderung beteiligte sich eine grössere Zahl von Notenbanken an einer weiteren Stützungsoption in Gestalt einer Kreditzusage von insgesamt 1,5 Milliarden Dollar zugunsten der Bank of England. Diese Hilfe erfolgte parallel zu einem Stand-by-Kredit des Internationalen Währungsfonds in der Höhe von 1,4 Milliarden Dollar.

Die zwischen der Federal Reserve Bank of New York auf der einen und elf Notenbanken sowie der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich auf der anderen Seite bestehenden bilateralen Swap-Kredit-Vereinbarungen wurden im Berichtsjahr um drei analoge Abkommen mit den Noteninstituten Dänemarks, Norwegens und Mexikos erweitert. Ausserdem wurden die bestehenden Limiten der Swap-Vereinbarungen teilweise recht wesentlich erhöht, so dass sich der Totalbetrag der möglichen Beanspruchung dieser bilateralen Kreditzusicherungen am Jahresende auf insgesamt 7 080 Millionen Dollar belief.

Die Labilität der internationalen Währungsverhältnisse widerspiegelte sich an den *Goldmärkten*, die auf Vertrauensschwankungen und erhöhte Unruhe im Laufe des Jahres wiederholt mit bedeutenden Umsatzsteigerungen reagierten. Offizielle französische Vorschläge, die Lage des Goldmarktes durch eine internationale Studiengruppe untersuchen zu lassen, führten zu Beginn des Jahres zu einer erhöhten Nachfrage nach Gold. Im April wirkten Stimmen aus amerikanischen Bankkreisen, die sich für eine Aufhebung der Goldkonvertibilität des Dollars aussprachen, in der gleichen Richtung. Die Unruhe im Nahen Osten im Mai und Juni hatte erneut grössere Goldkäufe zur Folge. Wie üblich war die Jahresversammlung der Bretton Woods Institute von einer Belebung der Nachfrage begleitet. Schliesslich löste die Pfundabwertung, unmittelbar gefolgt von der nachträglichen Bekanntgabe der bereits im Juni eingestellten Beteiligung der französischen Notenbank an den Goldabgaben des Pools, einen eigentlichen Run auf Gold aus. Der Gold-Pool der massgebenden Notenbanken, der seit 1961 der Stabilhaltung des Goldpreises am Londoner Markt dient, musste zur Befriedigung der hohen Nachfrage Gold in bedeutendem Umfange abtreten. Da die massive Goldspekulation die Gefahr einer allgemeinen Währungskrise in sich barg, bekräftigten die am Gold-Pool beteiligten Notenbanken Ende November ihre Entschlossenheit, am bisherigen Goldpreis festzuhalten. Gleichzeitig kamen sie überein, gegebenenfalls am Devisenterminmarkt zu intervenieren, um ein allzu starkes Absinken der Terminkurse, wodurch Anlagen am Euromarkt auf kursgesicherter Basis verunmöglicht worden wären, zu verhindern. Schon zuvor hatten sich führende Schweizer

Banken, die im internationalen Goldhandel eine massgebende Rolle spielen, bereit erklärt, bis auf weiteres kein Gold auf Termin zu verkaufen, Goldverkäufe an ausländische Banken und Noteninstitute überhaupt einzustellen und von der Bevorschussung von Gold abzu- sehen. Gerüchte über eine bevorstehende Umgestaltung des Gold-Pools lösten nach kurzer Beruhigung in der ersten Dezemberhälfte eine erneute Kaufwelle an den Goldmärkten aus. Sie klang erst wieder ab, als die amerikanischen Behörden erklärten, an der bisherigen Goldparität festhalten zu wollen und als zudem bekannt wurde, dass sie umfassende Mass- nahmen zur Verminderung des Zahlungsbilanzdefizits zu ergreifen beabsichtigen. Gleichzeitig stimmten die beteiligten Notenbanken der unveränderten Weiterführung des Gold-Pools zu.

Die *Schweizerische Nationalbank* setzte ihre aktive Mitwirkung an der währungspolitischen Kooperation der Notenbanken fort. Der Kredit von 80 Millionen Dollar, den sie im November 1964 der Bank of England im Anschluss an die «Allgemeinen Kreditvereinbarungen» gewährt hatte, wurde am 25. Mai vorzeitig zurückbezahlt. Ein ähnlicher Währungskredit von 40 Millio- nen Dollar, welcher der Bank of England im Mai 1965 eingeräumt worden war, wurde jeweils am Ende der dreimonatigen Laufzeit verlängert. In Übereinstimmung mit den übrigen Wäh- rungsinstituten prolongierte die Nationalbank die zugunsten der Bank of England im Juni 1966 erteilte Kreditzusage. Sie beteiligte sich ferner an dem Kredit von 250 Millionen Dollar, den führende Notenbanken Grossbritannien Anfang November gewährten. Am Jahresende waren von den verschiedenen Krediten, welche die Schweizerische Nationalbank der Bank of England eingeräumt hatte, 425 Millionen Franken ausstehend. Gestützt auf den Bundesbe- schluss vom 4. Oktober 1963 sicherte der Bundesrat der Nationalbank für diese Währungs- hilfen eine Übernahmegarantie zu.

Nach der Pfundabwertung beteiligte sich die Nationalbank an der erwähnten Kreditzusage von 1,5 Milliarden Dollar an die Bank of England. Überdies erklärte sie sich grundsätzlich bereit, bei der Gewährung eines Darlehens, welches die «Zehner-Gruppe» zur Finanzierung eines Stand-by-Kredites des Währungsfonds von 1,4 Milliarden Dollar in Aussicht stellte, mitzuwirken.

Die zwischen der Schweizerischen Nationalbank und der Federal Reserve Bank of New York bestehende Swap-Kredit-Vereinbarung wurde um die Jahresmitte, als im Gefolge der Nahost- krise erhebliche Dollarbeträge in die Schweiz flossen, sowie am Jahresende im Zusammenhang mit Dollarabtretungen der Banken in Anspruch genommen. Die Limite dieser Swap-Vereinba- rung wurde im Juli von 200 auf 250 Millionen Dollar und Anfang Dezember auf 400 Millionen Dollar erhöht. Gleichzeitig wurde jeweils auch der Betrag der auf Schweizerfranken lautenden Swap-Vereinbarung zwischen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und der Federal Reserve Bank of New York in entsprechendem Ausmass heraufgesetzt.

Die Nationalbank beteiligte sich im Berichtsjahr im Rahmen ihrer Quote an den Trans- aktionen des Gold-Pools der Notenbanken.

3. Grundzüge der schweizerischen Wirtschafts-, Kredit- und Kapitalmarktlage

Die Verlangsamung des Wachstums der schweizerischen Wirtschaft setzte sich fort. Die Inlandsnachfrage nahm um 5,6% zu; nach Ausschaltung der Preissteigerungen verblieb eine Erhöhung von 2,1%. Der private Verbrauch und der öffentliche Konsum stiegen noch geringfügig an; die Investitionen verharrten praktisch auf dem Vorjahresstand. Die Zuwachsrate der Ausfuhr war infolge der Konjunkturabschwächung in verschiedenen Industrieländern um ein Drittel kleiner als im Jahre 1966. Die Lage am Arbeitsmarkt blieb angespannt.

Der Anstieg der industriellen Produktion verflachte sich, wobei die Entwicklung in den einzelnen Industriezweigen unterschiedlich verlief. In der Bauwirtschaft hielt die rückläufige Tendenz an, was in einer Stabilisierung, zum Teil sogar in einem Rückgang der Baupreise zum Ausdruck kam. In der Zusammensetzung des Bauvolumens vollzog sich eine Verlagerung vom privaten auf den öffentlichen Bau.

Das Wachstum der Ausfuhr war zwar schwächer als im vorangegangenen Jahre, aber immer noch kräftiger als der Anstieg der Einfuhr. Dadurch ging das Defizit der Handelsbilanz, das seit 1964 eine deutliche Abnahme verzeichnet hatte, nochmals zurück. Gleichzeitig dürfte sich der Überschuss der Ertragsbilanz weiter erhöht haben.

Die Normalisierung der Wirtschaftslage machte sich nur teilweise in den Preisen bemerkbar, so in den Baupreisen und den Grosshandelspreisen, nicht aber in den Preisen von Verbrauchsgütern und Dienstleistungen. Gemessen am Index der Konsumentenpreise betrug die Teuerung im Jahresvergleich Ende Dezember immer noch 3,5% gegenüber 4,6% vor Jahresfrist.

Zwischen der Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage und jener des Index der Konsumentenpreise besteht somit ein Widerspruch. Dazu ist in erster Linie festzustellen, dass der Index wohl über die Preisentwicklung der Verbrauchsgüter und Dienstleistungen unter Berücksichtigung der Bedeutung, die ihnen im Haushalt unselbständig Erwerbender zukommt, Aufschluss gibt, nicht aber über die Ursachen der in einzelnen Verbrauchsgruppen eingetretenen Preissteigerungen. Zudem kommen Auftriebskräfte, die in den zurückliegenden Jahren der konjunkturellen Übersteigerung wirksam waren, erst sukzessive im Index zum Ausdruck. Dies zeigt sich in der Entwicklung des Mietzinsniveaus. In den Jahren übersteigerter Nachfrage nach Wohnbauten hatten die Land- und Baupreise stark angezogen. Im Index der Wohnungsmieten kommt diese Hebung der Kosten erst allmählich mit der zunehmend stärkeren Berücksichtigung der Neuwohnungen zum Ausdruck, obwohl sich inzwischen die Land- und Baupreise in vielen Fällen gesenkt haben.

Damals hatte sich auch der Kapitalmarkt verknappt, was zu Zinssteigerungen führte, wobei Hypothekarbanken in der Erhöhung der Sätze Zurückhaltung übten. Im Laufe des Berichtsjahres tendierten in wichtigen Sektoren des Kapitalmarktes die Sätze eher nach unten; beim Hypothekarzinsfuß aber setzte sich in vielen Fällen die verzögerte Anpassung an das früher gestiegene allgemeine Zinsniveau fort, was sich ebenfalls in einer nachträglichen Erhöhung des Index

niederschlug. Ferner führte bei den Altwohnungen der Abbau der Mietzinskontrolle zu einer Steigerung des Mietzinsniveaus; der Zinsauftrieb setzte sich im Zuge des Abbaus der Kontrollmassnahmen verstärkt durch. Ähnliche Verzögerungen ergaben sich bei den Preisen wichtiger Nahrungsmittel. Hier hängen Erhöhungen der Detailpreise mit dem der Landwirtschaft gewährten Preisschutz zusammen. Die wichtigsten Agrarpreise werden nach dem Paritätslohnprinzip im Umfang des Anstiegs der Arbeiterlöhne in industriellen und gewerblichen Betrieben im Laufe der vorausgegangenen drei Jahre erhöht. Damit werden zurückliegende Steigerungen der Industrielöhne auf die Agrarpreise der Gegenwart übertragen. Der Index der Konsumentenpreise steigt an, wobei die Industrielöhne zum Ausgleich der Teuerung ebenfalls wieder heraufgesetzt werden.

Es wird oft übersehen, dass sich die einzelnen, auf den Teuerungsausgleich gerichteten Bestrebungen gegenseitig neutralisieren, so dass letztlich nur die allgemeinen Nachteile einer Preissteigerung übrigbleiben. Bei einer solchen Entwicklung erleidet ein grosser Teil der Einkommensempfänger auf seinen Ersparnissen dauernde Kaufkraftverluste, während er durch den jährlichen, ständig zerrinnenden Teuerungsausgleich auf längere Frist nichts gewinnt. Eine erfolgreiche Bekämpfung der Teuerung, bei der die notwendigen Verzichtlasten unter Berücksichtigung sozialer Erfordernisse angemessen verteilt sind, erscheint nur im Rahmen einer kollektiven Aktion möglich. Dies setzt aber eine vermehrte Aufklärung über die geschilderten Zusammenhänge voraus.

Die Notenbank hatte bei ihren geldpolitischen Entscheidungen der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die nach wie vor wirksamen Teuerungsimpulse, trotz knappem Arbeitsmarkt, nicht auf einer übermässigen Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen beruhen. Eine ausgeprägt restriktive Geldpolitik wäre daher den Verhältnissen nicht gerecht geworden. Sie hätte über eine Steigerung der Zinsaufwendungen und eine verminderte Ausnützung der Produktionskapazitäten die Kosten noch erhöht.

In den ersten Monaten des Jahres befand sich der Geld- und Kapitalmarkt in knapper Verfassung. Wie zuvor die Zinshausse, so wurde die teils konjunkturbedingte, teils bewusst herbeigeführte Zinssenkung im Ausland in der Schweiz nur wenig wirksam. Im Frühjahr gab daher die Nationalbank ein erstes Drittel der im Jahre 1961 in der Höhe von 1035 Millionen Franken auf Sonderkonto gebundenen Mittel frei, wodurch sich diese auf 690 Millionen verringerten.

Im Frühsommer änderte sich die Lage grundlegend, indem im Zusammenhang mit der internationalen Zinsentwicklung, der Verengung am schweizerischen Geldmarkt, der währungspolitischen Beunruhigung und dem Kriegsausbruch im Nahen Osten umfangreiche Mittel in die Schweiz strömten, was eine starke Marktverflüssigung zur Folge hatte. Die Nationalbank gab in dieser Situation und angesichts der konjunkturellen Beruhigung durch eine Herabsetzung des Diskont- und des Lombardsatzes von $3\frac{1}{2}$ auf 3% bzw. von 4 auf $3\frac{3}{4}\%$ mit Wirkung ab 10. Juli zu verstehen, dass auch in der Schweiz eine Zinssenkung fällig sei. Sie wollte mit der Reduktion der

offiziellen Raten auch eine vermehrte Handlungsfreiheit für später allenfalls notwendige Heraussetzungen gewinnen.

Die inländische Kreditgewährung verzeichnete in Übereinstimmung mit dem verlangsamten Expansionsrhythmus der Wirtschaft ein mässiges Wachstum. Die von der Nationalbank erlassenen Richtlinien für die Kreditgewährung im Jahre 1967 wurden daher bereits auf den 20. September aufgehoben. Die Nationalbank behielt sich aber vor, mit den Banken wieder Kontakt zu nehmen, falls sich im Konjunkturverlauf und in der Kreditfähigkeit neue Anspannungen abzeichnen sollten. Am 15. Dezember wurden den Banken die restlichen zwei Drittel der auf Sonderkonto gebundenen Mittel freigegeben.

In den letzten Wochen des Berichtsjahres stand der Geldmarkt unter dem Einfluss der durch die Abwertung des Pfund Sterling ausgelösten Unruhe an den Devisen- und Goldmärkten und der Liquiditätsvorbereitungen der Banken auf das Jahresende. Die Nationalbank musste in beträchtlichem Umfange Dollars übernehmen, wodurch sich der Markt verflüssigte. Im Gegensatz zu früheren Jahren wurde der Grossteil der Dollarverkäufe an das Noteninstitut gegen Kasse und nicht auf Swap-Basis getätigt, weil die Banken angesichts der Beunruhigung auf den Devisenmärkten nicht geneigt waren, Dollar-Franken-Swaps in grösseren Beträgen abzuschliessen.

Die Vorarbeiten für den Ausbau des notenbankpolitischen Instrumentariums wurden im Berichtsjahr seitens der Notenbank abgeschlossen. Neben einer erweiterten Offenmarktpolitik ist vor allem die Möglichkeit der Einforderung von Mindestguthaben auf dem Zuwachs der Verbindlichkeiten und der Begrenzung des Kreditzuwachses vorgesehen.

4. Die konjunkturpolitischen Massnahmen

Am 17. März 1967 lief die Geltungsdauer des Bundesbeschlusses über die Bekämpfung der Teuerung durch Massnahmen auf dem Gebiete des Geld- und Kapitalmarktes und des Kreditwesens (Kreditbeschluss) vom 17. März 1964 ab. Damit fielen die Verordnung des Bundesrates vom 24. April 1964 über die Meldepflicht für öffentliche Emissionen von Schuldverschreibungen, Aktien, Genussscheinen und Papieren ähnlicher Art im Betrage von 5 Millionen Franken und mehr wie auch die Bestimmungen der vom Bundesrat allgemeinverbindlich erklärten Vereinbarung über die ausländischen Gelder vom 31. März 1964 dahin, soweit sie nicht bereits im Jahre 1966 ausser Kraft gesetzt worden waren. Es handelte sich noch um die Vorschriften über die Nichtverzinsung von ausländischen Frankenguthaben und die Verpflichtung der Banken zur Neutralisierung eines allfälligen Nettozuwachses an Frankenverbindlichkeiten gegenüber Ausländern.

Die Vereinbarung über die Kreditbegrenzung war auf den 1. Januar 1967 aufgehoben worden; die Nationalbank legte jedoch im Einverständnis mit der Schweizerischen Bankiervereinigung den Banken nahe, in der Kreditgewährung im Jahre 1967 bestimmte Richtlinien zu beachten. Es schien bei dieser Gelegenheit angezeigt, der Nationalbank genauere Einblicke in die Kreditent-

wicklung zu ermöglichen. Die Banken mit einer Bilanzsumme von 50 Millionen Franken und mehr fanden sich bereit, eine Vereinbarung über die Lieferung zusätzlicher statistischer Angaben abzuschliessen und der Nationalbank monatliche oder vierteljährliche Meldungen über den Stand der hauptsächlichsten Aktivpositionen, gegliedert nach In- und Ausland, zu erstatten. Die Kreditrichtlinien wurden, wie bereits erwähnt, auf den 20. September 1967 vorzeitig aufgehoben; die Vereinbarung über die Lieferung zusätzlicher statistischer Angaben blieb indessen in Kraft.

Die Emissionskontrolle wurde auf Grund einer privaten Konvention der Schweizerischen Bankiervereinigung weitergeführt.

B. DIE ENTWICKLUNG DER SCHWEIZERISCHEN WIRTSCHAFT IM EINZELNEN

1. Konjunkturverlauf in den hauptsächlichsten Wirtschaftssektoren

Das reale *Brutto-Sozialprodukt* dürfte um 1,7% angestiegen sein, gegenüber 2,8% im Jahre 1966. Die geringere Steigerung erklärt sich u. a. daraus, dass die Zahl der in der Industrie Beschäftigten sowie die private Bautätigkeit einen leichten Rückgang verzeichneten und sich die Zunahme der Auslandsnachfrage verlangsamte.

Die *industrielle Produktion* lag im Durchschnitt der ersten drei Quartale um 1½% über dem Vorjahresniveau, verglichen mit einer Zunahme um fast 5% im Jahre zuvor. Die Ausnutzung der industriellen Kapazitäten verminderte sich. Von den exportorientierten Branchen konnten die chemische Industrie und die Uhrenindustrie ihre Produktion steigern, während das Produktionsniveau in der Maschinenindustrie und in der Textilindustrie praktisch stabil blieb. Unter den vorwiegend inlandorientierten Branchen erzielte lediglich die graphische Industrie beträchtliche Produktionsfortschritte. Demgegenüber war der Ausstoss in den mit der Bauwirtschaft verbundenen Industriezweigen rückläufig, so in der Holzindustrie, in der Metallindustrie sowie in der Industrie der Steine und Erden.

Die *Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter* ging um 0,6% zurück. Stärker war infolge der stagnierenden Nachfrage nach Bauleistungen und der grösseren technischen Kapazität die Abnahme der Beschäftigung im Baugewerbe. Im Handel und Verkehr, im Bank- und Versicherungswesen und in der öffentlichen Verwaltung dagegen stieg die Zahl der Berufstätigen an. Die Verschiebung der Beschäftigung vom sekundären zum tertiären Sektor setzte sich somit fort. Der Bestand an *kontrollpflichtigen ausländischen Arbeitskräften* belief sich Ende August auf 648000 und war damit praktisch gleich gross wie ein Jahr zuvor. Rund 15000 ausländische Arbeitskräfte wurden im Berichtsjahr aus der Kontrollpflicht entlassen.

Der Anteil der *Brutto-Inlandsinvestitionen* am Brutto-Sozialprodukt bezifferte sich im Berichtsjahr auf rund 26%. Mit dieser Investitionsquote befindet sich die Schweiz nach wie vor in der

Spitzengruppe der westlichen Industrieländer. Im Gegensatz zu den Jahren 1961 bis 1965, als die Ersparnisbildung hinter den Investitionen zurückgeblieben war, konnten die im Inland ausgeführten Investitionen durch laufende Ersparnisse finanziert werden.

Die *Bautätigkeit* hielt sich immer noch auf einem hohen Stand. Nach den Erhebungen des Delegierten für Arbeitsbeschaffung beliefen sich die Bauvorhaben 1967 auf 13,3 Milliarden Franken. Sie waren damit 1% grösser als die für 1966 gemeldeten Projekte. Die privaten Bauvorhaben wiesen einen Rückgang auf, der aber von der Zunahme der öffentlichen Bauprojekte mehr als ausgeglichen wurde.

In einzelnen Landesteilen sowie in verschiedenen Branchen der Bauwirtschaft, namentlich im Tiefbau, waren die Kapazitäten, die in den vorangegangenen Jahren übermässig ausgedehnt worden waren, nicht voll ausgelastet. Demzufolge verschärfte sich die Konkurrenz im Baugewerbe, was zu Abboten und zu einem Rückgang der Baupreise führte. Der Zürcher Baukostenindex, welcher über die Veränderung der Offertpreise im Wohnungsbau Aufschluss gibt, lag anfangs Oktober 1967 nur noch 0,6% über dem entsprechenden Vorjahresniveau. In der vorangegangenen Zwölfmonatsperiode hatte die Steigerung 2,3% betragen.

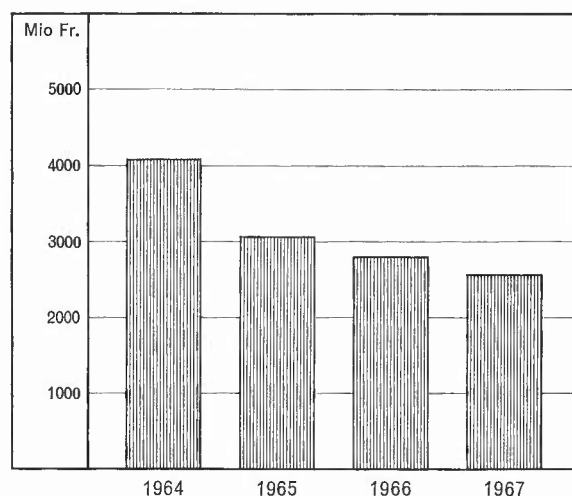
Die *Wohnbautätigkeit* liess nach. Die Zahl der in den 65 Städten neu erstellten Wohnungen betrug 18 730 und war damit um 10,4% kleiner als im Vorjahr. Da sich die gesamte Wohnungsproduktion ungefähr im gleichen Ausmass vermindert haben dürfte und im Jahre 1966 schätzungsweise 58 000 Wohnungen erstellt worden waren, kann für das ganze Land im Jahre 1967 mit einer Produktion von mindestens 50 000 Wohnungen gerechnet werden. Für diese Annahme spricht auch die Entwicklung der Wohnbautätigkeit in den Gemeinden mit über 2 000 Einwohnern, wo im ersten Halbjahr 1967 9,2% weniger Wohnungen erstellt wurden als im Parallelzeitraum 1966.

Die *Wohnbauvorhaben* zeigten bei leicht ansteigendem Trend eine unregelmässige Entwicklung. In den 65 Städten wurden 2,4% mehr Baubewilligungen für Wohnungen erteilt als im Vorjahr, was auf eine gewisse Wiederbelebung der Wohnbautätigkeit im Jahre 1968 schliessen lässt.

Die Zahl der begutachteten *Fabrikbauvorhaben* war um 3,3% kleiner als im vorangegangenen Jahre, und das Raumvolumen der geplanten Neu- und Erweiterungsbauten, welches 1966 stabil geblieben war, ging mit 9,3 Millionen m³ um 2,2% zurück.

Die Entwicklung des *Aussenhandels* war durch eine Expansionsverlangsamung gekennzeichnet. Der Güterimport belief sich auf 17 733 Millionen Franken. Er übertraf das Vorjahresergebnis um 728 Millionen Franken oder um 4,3%, verglichen mit einer Steigerung um 1 075 Millionen oder 6,7% von 1965 auf 1966. Die Mehreinfuhr beruhte in erster Linie auf einem grösseren Import von Konsumgütern sowie von Rohstoffen und Halbfabrikaten; demgegenüber zeigte die Einfuhr von Investitionsgütern einen Rückgang.

Die bereits gegen Ende 1966 beobachtete Verringerung des Exportanstieges hat sich im Berichtsjahr verdeutlicht. Der Wert der ausgeführten Güter belief sich auf 15 165 Millionen Franken, verglichen mit 14 204 Millionen im Jahre 1966. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr ging



von 10,4% auf 6,8% zurück. Die wesentlichste Ursache für das Nachlassen der Exportsteigerung lag in der rezessionsbedingten Verminderung der Nachfrage verschiedener europäischer Industrieländer, namentlich der Bundesrepublik Deutschland. In einzelnen Exportindustrien dürfte auch der Mangel an Arbeitskräften, vor allem an Facharbeitern, einer Ausweitung von Produktion und Export entgegengestanden haben.

In allen Exportindustrien fiel der Anstieg des Auslandabsatzes kleiner aus als im vorangegangenen Jahre; die Abschwächung war indessen von unterschiedlichem Ausmass. Von der Ausfuhrsteigerung im Betrage von 961 Millionen Franken entfielen 524 Millionen auf die Metallindustrie, 233 Millionen auf die chemische Industrie, 55 Millionen auf die Nahrungsmittelindustrie und 22 Millionen auf die Textilindustrie. Der prozentuale Anteil der chemischen Industrie an der Exportsteigerung hat sich erhöht, jener der Textilindustrie vermindert, während die auf die übrigen Gruppen zusammen entfallende Quote praktisch stabil geblieben ist. In der geographischen Verteilung der Ausfuhr setzten sich die bereits 1966 sichtbar gewordenen Verschiebungen fort. Die Verkäufe nach den EFTA-Ländern stiegen um 492 Millionen Franken oder 17,7% an. Die Wachstumsrate war damit nahezu dreimal so gross wie der Steigerungssatz der Ausfuhr insgesamt. An der Zunahme partizipierten, von Finnland abgesehen, alle EFTA-Staaten, insbesondere Grossbritannien. Der Absatz nach der EWG erhöhte sich um 135 Millionen Franken und war damit nur 2,5% grösser als 1966. Der Rückgang der Ausfuhr nach der Bundesrepublik Deutschland und den Benelux-Staaten konnte durch vermehrte Lieferungen nach Frankreich und Italien ausgeglichen werden. Der Export nach den USA stieg um 28 Millionen Franken oder 1,8%, verglichen mit 23,0% im Jahre 1966; jener nach den übrigen überseeischen Gebieten dehnte sich nur noch um 4,0% aus, gegenüber 15,5% im vorangegangenen Jahre.

Das Defizit der *Handelsbilanz* belief sich auf 2568 Millionen Franken; beim Vergleich mit 1966 ergibt sich ein Rückgang um 233 Millionen Franken oder 8,3%. Da der Überschuss

der Dienstleistungen und Kapitalerträge gleichzeitig weiter angestiegen ist, dürfte die Ertragsbilanz einen etwas höheren Aktivsaldo als im Jahre 1966 aufgewiesen haben.

Die Rezession in Deutschland, die beschränkten Devisenzuteilungen Grossbritanniens und die Nahostkrise wirkten sich auf den *Fremdenverkehr* aus. In den Wintermonaten konnte der Ausfall an englischen Gästen durch vermehrte Besuche aus anderen Ländern wettgemacht werden. Im Sommer ergaben sich Frequenzeinbussen. Im Herbst zeigte der Fremdenverkehr dagegen eine Belebung. Für das ganze Jahr überstieg die Zahl der Logiernächte das Vorjahresergebnis um lediglich 0,6%; dabei nahmen die Übernachtungen inländischer Besucher um 0,9%, jene der ausländischen Gäste um 0,4% zu.

Ähnliche Einflüsse wie im Fremdenverkehr machten sich im *Reiseverkehr* der Schweizerischen Bundesbahnen geltend. Diese beförderten 226 Millionen Personen oder 4,2% weniger als 1966. Demgegenüber zeigte der *Güterverkehr* einen leichten Anstieg. Die von den SBB transportierten Mengen nahmen mit 2,3% ungefähr gleich stark wie im Vorjahr zu. Der rege Transitverkehr, in dem sich der anhaltende Konjunkturaufschwung in Italien widerspiegelte, trug zur Steigerung entscheidend bei.

Der Ertrag der *Landwirtschaft* ist durch die Witterungsverhältnisse unterschiedlich beeinflusst worden. In den Monaten Februar und März wurden die Wälder im Mittelland von schweren Sturmschäden betroffen. Im April herrschte kaltes und regnerisches Wetter, und der Sommer 1967 war einer der hagelreichsten in den letzten Jahrzehnten. Demgegenüber begünstigte die warme Sommer- und Herbstwitterung sowohl die Wiesen- und Ackerkulturen als auch den Ertrag des Obst- und Weinbaus. Die Milcheinlieferungen überstiegen das Vorjahresniveau um 8,3%. Da gleichzeitig der Konsum von Milch und Butter zurückging, ergab sich eine Überproduktion, deren Verwertung erheblichen Schwierigkeiten begegnete. Nach den Schätzungen des Schweizerischen Bauernsekretariates belief sich der Endrohertrag der landwirtschaftlichen Produktion auf 4180 Millionen Franken und überstieg damit das Vorjahresergebnis um 5,9%. An der Zunahme waren die Tierhaltung und der Pflanzenbau beteiligt. Nachdem die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse von Januar bis April praktisch stabil geblieben waren, bewirkten die Erhöhung des Milchgrundpreises von 53 auf 56 Rappen je kg und saisonale Faktoren eine kräftige Hebung des Preisniveaus. Ende 1967 lag der Preisindex landwirtschaftlicher Erzeugnisse 1,5% über dem Stand vor Jahresfrist. Demgegenüber stiegen die Preise landwirtschaftlicher Produktionsmittel um 5,0%. Die Verteuerung war zur Hauptsache auf den Anstieg der Barlöhne für landwirtschaftliche Arbeitskräfte und des Zinssatzes für Hypotheken zurückzuführen. Dank der Produktivitätssteigerung und guter Ernten konnte aber eine entsprechende Verschlechterung der Ertragslage der Landwirtschaft vermieden werden. Andererseits wurde das Verhältnis von Aufwand und Ertrag durch die auf 1. November 1967 verfügte Heraufsetzung des Produzentenrückbehaltes von 1,35 Rappen auf 3 Rappen je kg Verkehrsmilch beeinträchtigt.

Der *private Konsum* von Gütern und Dienstleistungen nahm wie im Vorjahr um rund 7% zu. Bei Berücksichtigung des Preisanstieges dürfte er sich real um rund 2,5% erhöht haben. Die

Wertumsätze im Detailhandel stiegen um 4,3%, gegenüber 5,1% im Jahre 1966. Die Entwicklung des privaten Konsums stand, ähnlich wie im Vorjahr, unter dem Einfluss gegensätzlicher Faktoren.

Der Anstieg der *öffentlichen Ausgaben* hat sich etwas verlangsamt. Die laufenden Ausgaben der öffentlichen Hand und der Sozialversicherungen nahmen nach vorläufigen Schätzungen um ungefähr 9% zu, gegenüber rund 11% im Vorjahr. Die Steigerung der Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand, vor allem die der Kantone und Gemeinden, war kleiner als im Jahre zuvor, weil Budget- und Finanzierungsprobleme eine zeitliche Staffelung der Ausführung von Investitionsprojekten erforderlich machten. Im Finanzvoranschlag des Bundes für 1967 hatte das Ausgabenwachstum durch vermehrte Sparanstrengungen abgebremst werden können. Die budgetierte Ausgabensumme von 5828 Millionen Franken lag um 39 Millionen unter den für 1966 veranschlagten Ausgaben. Andererseits wurde das Sofortprogramm, das dem Bund durch Erschliessung neuer Einnahmequellen Mehreinnahmen von 55 Millionen hätte bringen sollen, in der Schlussabstimmung vom Nationalrat verworfen. Die Einnahmen des Bundes im wehrsteuerschwachen Jahr 1967 wurden auf 5415 Millionen Franken geschätzt, 214 Millionen Franken weniger als im Budget des Vorjahres. Der Finanzvoranschlag rechnete demzufolge mit einem beträchtlichen Ausgabenüberschuss. Immerhin dürfte er den budgetierten Betrag von 413 Millionen Franken nicht erreichen.

Der Finanzvoranschlag des Bundes für 1968 sieht eine namhafte Erhöhung sowohl der Ausgaben als auch der Einnahmen vor. Die ersteren betragen 6499 Millionen Franken und liegen somit 11,5% über den für 1967 budgetierten Ausgaben. Die Einnahmen übersteigen mit 6319 Millionen Franken das Vorjahresbetreffnis um 903 Millionen oder um 16,7%. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass in den für 1968 budgetierten Einnahmen Vorauszahlungen auf die Wehrsteuer 1969 im Betrage von 210 Millionen Franken nicht enthalten sind. Um die Schwankungen im Wehrsteuerertrag im Rahmen des zweijährigen Zyklus in der Finanzrechnung auszugleichen, sollen die erwähnten Vorauszahlungen auf einem Sonderkonto verbucht und in der Vermögensrechnung ausgewiesen werden. Trotz dieser Änderung in der Verbuchungstechnik zeigen die Einnahmen des Finanzvoranschlages 1968 einen stärkeren Anstieg als die Ausgaben. Dementsprechend verringert sich beim Vergleich mit dem Voranschlag 1967 das Budgetdefizit auf 180 Millionen Franken.

Wie der Finanzplan für das Jahr 1969 zeigt, ist indessen die Besserung des Verhältnisses der Einnahmen zu den Ausgaben bloss vorübergehender Natur und eine längerfristige Tendenzänderung namentlich auf der Ausgabenseite kaum zu erwarten.

Nur in Teilgebieten der Wirtschaft machte sich eine Abschwächung der *Preissteigerungen* bemerkbar. Dies war in der Bauwirtschaft, im industriellen Bereich sowie bei den Grosshandelspreisen der Fall. Da der Nachfrageüberhang abgebaut wurde, erhöhte sich das durchschnittliche Preisniveau der Investitionsgüter nur noch um rund 1%, gegenüber 3% im Jahre 1966.

Der *Index der Grosshandelspreise* unterschritt von Januar bis Mai 1967 das Vorjahresniveau. Hierauf liess die Nahostkrise den Index ansteigen. Ende Dezember 1967 lag er 0,7% über dem Stand vor Jahresfrist.

Der *Index der Konsumentenpreise* stieg im Laufe des Jahres um 3,5%. Hiezu trugen vor allem die Erhöhung des Mietpreisniveaus, die Verteuerung von Nahrungsmitteln und die Preissteigerungen auf Heizöl und Benzin bei. Diese letzteren waren die Folge der Nahostkrise. Auf die verschiedenen Ursachen, welche dem Anstieg des Mietindex zugrunde liegen, ist bereits hingewiesen worden. Die Aufwärtsentwicklung des Preisniveaus der Nahrungsmittel wurde zur Hauptsache durch die Heraufsetzung der Preise für Milch und Milchprodukte verursacht, indem die Verbesserung des Milchpreises für den Produzenten auf die Verbraucher überwältigt wurde. Die Verteuerung der Konsumgüter und Dienstleistungen, wie sie im Index der Konsumentenpreise zum Ausdruck kam, ist somit in erster Linie auf Sonderfaktoren zurückzuführen.

Die Entwicklung der *Löhne* stand unter dem Einfluss einerseits der Beruhigung der Konjunktur und der Rationalisierungsinvestitionen, die den Lohnauftrieb dämpften, andererseits der immer noch vorhandenen Anspannung am Arbeitsmarkt und der fortschreitenden Teuerung, welche den Lohnanstieg förderten. Das Niveau der Lohnsätze erhöhte sich um 5,2%, gegenüber 5,6% im Vorjahr. Der Anstieg der Produktivität in der Industrie betrug in den ersten drei Quartalen 1967 lediglich 2,6%, verglichen mit 6,3% im Jahre 1966. Die Lohnsätze stiegen somit doppelt so stark wie die Produktivität. Die verschärfte Konkurrenz erschwerte allerdings die Überwälzung der Lohnerhöhungen auf die Preise, so dass die Gewinnlage der Unternehmungen eine gewisse Verschlechterung erfahren haben dürfte.

2. *Währungsreserven und Valutamarkt*

Die *Währungsreserven* wurden Ende 1966 mit 14 357 Millionen Franken ausgewiesen. Davon entfielen 1 717 Millionen Franken auf Jahresend-Swaps mit den Banken. Die Wiederauflösung dieser Transaktionen führte zu Beginn des Berichtsjahres zu einem entsprechenden Abbau der Reserven. Der erste Quartalsultimo, der mit den Osterfeiertagen zusammenfiel, war von einer für diese Jahreszeit aussergewöhnlich hohen, vorübergehenden Liquiditätsschaffung der Banken begleitet. Der Nationalbank flossen Währungsreserven im Ausmass von 959 Millionen Franken zu. Es handelte sich dabei durchweg um Dollarkäufe auf Swap-Basis.

Als Folge des schwindenden Zinsgefälles zwischen dem Ausland und der Schweiz verringerte sich alsdann die Tendenz zu Anlagen an den internationalen Geld- und Kapitalmärkten. Im zweiten Quartal flossen Gelder in unser Land zurück. Die Nationalbank hatte im Mai Devisen im Umfang von rund 180 Millionen Dollar oder 780 Millionen Franken vom Markte zu übernehmen. In der gleichen Richtung wirkte sich auch die steigende Anspannung der politischen Verhältnisse im Nahen Osten aus. Der Ausbruch eigentlicher Kampfhandlungen zwischen Israel und den arabischen Ländern führte Anfang Juni bei der Nationalbank innerhalb weniger Tage zu einem Devisenzustrom von insgesamt 212 Millionen Dollar oder 915 Millionen Franken. Neben Rückzügen schweizerischer Anlagen aus dem Ausland floss auch ausländisches Kapital in unser

Land. Ein Teil dieser Gelder wurde von den Banken mit Hilfe der Nationalbank wieder ins Ausland zurückgeleitet. Zu den Mittelzuflüssen gesellten sich die Liquiditätsvorbereitungen der Banken auf den Halbjahresultimo hin. Insgesamt erhöhten sich die Währungsreserven bis Ende Juni auf 13 989 Millionen Franken. Da der Devisenbestand wesentlich über den von der Nationalbank gehaltenen Normalbetrag hinaus anwuchs, wurden die zwischen der Federal Reserve Bank of New York einerseits und der Schweizerischen Nationalbank sowie der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich andererseits bestehenden Swap-Vereinbarungen zur Kurssicherung in Anspruch genommen.

Nach der Sommerpause machte sich eine lebhafte Nachfrage nach Devisen geltend. Die Notenbank sah sich im August und September in der Lage, Dollars an den Markt abzutreten. Dies ermöglichte es zusammen mit dem Devisenbedarf des Bundes, die im Laufe des Frühsommers eingegangenen Swap-Verpflichtungen der amerikanischen Währungsbehörden gegenüber der BIZ und der Nationalbank sukzessive abzubauen. Zu ihrer Verringerung trug ferner ein von Grossbanken der Bank of England im Oktober eingeräumter Währungskredit von 450 Millionen Franken bei. Da die Bank of England den grösseren Teil der erhaltenen Schweizerfranken zum Erwerb von Dollars bei den amerikanischen Währungsbehörden verwendete, waren diese in der Lage, damit Swap-Verbindlichkeiten abzutragen.

Der Ausbruch der Pfundkrise im November führte zunächst nur zu relativ bescheidenen Devisenzuflüssen bei der Notenbank. Sie erreichten angesichts des hohen Dollarbedarfs für private Goldkäufe in diesem Monat lediglich 254 Millionen Franken. Die Jahresendoperationen der Banken wurden im Dezember im Hinblick auf die internationale Währungslage nicht wie im Vorjahr vornehmlich auf Swap-Basis, sondern durch Abtretung von Dollars gegen Kassa abgewickelt; von den Dollars im Gegenwert von insgesamt 1 980 Millionen Franken, welche die Nationalbank von den Banken übernahm, entfielen 1 516 Millionen Franken auf Übernahmen per Kasse und lediglich 464 Millionen Franken auf vorwiegend kurzfristige Swaps. Am 31. Dezember 1967 beliefen sich die Währungsreserven der Nationalbank auf insgesamt 15 356 Millionen Franken. Sie übertrafen damit das Vorjahresniveau um 999 Millionen Franken.

Die Veränderungen der *Goldreserven* der Nationalbank, die sich Ende 1966 auf 12 297 Millionen Franken belaufen hatten, ergaben sich zur Hauptsache aus dem Abschluss bzw. der Auflösung von Gold-Franken-Swaps mit der BIZ. So führte die Abtragung der Swap-Transaktionen über das Jahresende 1966 im Januar 1967 zu einem Rückgang des Goldbestandes um 693 Millionen Franken. Die bereits erwähnten Mittelzugänge im zweiten Quartal und die in diesem Zusammenhang vorgenommene Aktivierung der Swap-Vereinbarung mit der BIZ waren mit einem Anstieg der Goldreserven um 863 Millionen Franken verbunden. Ferner wurden im Juni Dollarguthaben im Betrage von 30 Millionen Dollar oder 130 Millionen Schweizerfranken bei den amerikanischen Währungsbehörden in Gold umgewandelt. Die schrittweise Abtragung der von den Vereinigten Staaten eingegangenen Swap-Verbindlichkeiten führte in der zweiten Jahreshälfte zu einem Rückgang des Goldbestandes um 431 Millionen Franken. In gleicher Richtung wirkte sich auch die Beteiligung

der Nationalbank am Gold-Pool aus. Die im Zusammenhang mit den Jahresendoperationen der Banken erfolgte Inanspruchnahme des Währungs-Swaps mit der BIZ resultierte in einem Anstieg der Goldreserven um 1 230 Millionen Franken. Der Goldbestand wurde am Jahresende mit 13 369 Millionen Franken ausgewiesen, wovon 2 148 Millionen auf Swaps mit der BIZ entfielen.

Im Zuge der bereits erwähnten Entwicklungstendenzen verminderte sich der *Devisenbestand* im Laufe der ersten beiden Monate des Berichtsjahres. Er erhöhte sich wieder im Gefolge der Liquiditätsvorbereitungen am Quartalsende und neuerdings in starkem Ausmasse im Laufe der Monate Mai und Juni. Am 7. Juni, zwei Tage nach Kriegsausbruch im Nahen Osten, erreichte er den hohen Stand von 2 104 Millionen Franken. Im Verlaufe der Monate August und September trat die Nationalbank, wie bereits erwähnt, Dollars an den Markt ab, und zwar im Gegenwert von insgesamt 65 Millionen Franken. In der Folge gingen die Devisenreserven durch den Abschluss von Währungs-Swaps mit der BIZ und im Zusammenhang mit Zahlungen für Bund und Bundesbetriebe bis zum 15. November sukzessive auf 1 225 Millionen Franken zurück. Die Unsicherheit am Gold- und Devisenmarkt und die Liquiditätsvorbereitungen der Banken am Jahresende liessen den Devisenbestand erneut auf 1 987 Millionen Franken Ende Dezember 1967 ansteigen. Von diesem Betrage waren 1 205 Millionen Franken kursgesichert.

Mit der Rückzahlung des Grossbritannien im November 1964 im Rahmen der Währungshilfe der «Zehner-Gruppe» gewährten Stützungskredites im Gegenwert von 80 Millionen Dollar verminderten sich die *kursgesicherten Guthaben bei ausländischen Notenbanken* am 25. Mai von 519 auf 174 Millionen Franken. Mit diesem Betrag wurden sie unverändert auch am Jahresende ausgewiesen.

Der *Kurs des Dollars* gegenüber dem Schweizerfranken notierte während der ersten vier Monate des Berichtsjahres stets auf einem Stand um 4.33. Erst die Mittelzuflüsse von Mai und Juni drückten den Kurs in die Nähe von 4.3150, dem von der Nationalbank gehaltenen unteren Interventionskurs. Im Juli befestigte sich hierauf der Dollarkurs sehr rasch und erreichte im August und September 4.34 und darüber. Die Nationalbank gab am Markt Dollars zu Kursen von 4.34 bis 4.34½ ab. Im November näherte sich die Dollarnotierung unter dem Einfluss des internationalen Währungsgeschehens wieder dem Kurse von 4.3150. Mitte November wurde diese Limite erreicht, und die Nationalbank nahm Dollars aus dem Markte. Noch vor Abschluss der Jahresendvorbereitungen der Banken löste sich der Dollar wieder vom unteren Interventionskurs.

Wie schon im Vorjahre, stand unter den *übrigen führenden Währungen* der Kursverlauf des englischen Pfundes im Mittelpunkt des Interesses. Nachdem sich die Pfundnotierung im Zeichen der günstigen Zahlungsbilanzentwicklung während der ersten Monate als bemerkenswert fest erwiesen hatte, begann sie vom Mai an sukzessive abzubröckeln, eine Tendenz, die nur im Spätsommer vorübergehend unterbrochen wurde. Die kritische Währungssituation drückte das Pfund im November auf den tiefsten Stand des Jahres. Am 18. November wurden mit der Abwertung neue Kursverhältnisse geschaffen. Das Pfund bewegte sich zunächst nahe der neuen oberen Interventionslimite, fiel aber gegen Jahresende zusehends auf einen tieferen Stand zurück. Die Notierung^{r.n} der führenden kontinentaleuropäischen Währungen zeigten im allgemeinen nur ge-

ringfügige Schwankungen. Der französische Franken war unter dem Einfluss der leicht defizitären Zahlungsbilanz Frankreichs in der ersten Jahreshälfte etwas schwächer als im Vorjahr, befestigte sich jedoch in den folgenden Monaten. Der Kurs der D-Mark bewegte sich angesichts der stark aktiven Ertragsbilanz der Bundesrepublik im allgemeinen auf einem höheren Niveau als im Jahre 1966.

An den *internationalen Goldmärkten* waren in der Berichtszeit wiederholt Phasen erhöhter Aktivität zu verzeichnen. Der Goldpreis am Londoner Markt überstieg indessen dank den Interventionen des Pools der Notenbanken nie die Limite von 35.20 Dollar die Unze fein, die dem offiziellen Abgabepreis der amerikanischen Währungsbehörden zuzüglich der sog. «Handling-charge» sowie der Versendungs- und Versicherungsspesen entspricht. Der tiefste Goldpreis des Berichtsjahres wurde im März mit 35.14 $\frac{1}{8}$ verzeichnet. Wie bereits im Vorjahr, blieben auch 1967 Goldverkäufe Russlands praktisch aus. Der Preis für Barrengold in der Schweiz erreichte mit 4917 Franken das Kilo fein am 17. Oktober den höchsten Stand, während am 16. Mai mit 4880 Franken die tiefste Notierung verzeichnet wurde.

3. Geld- und Kapitalmarkt

Die Lage des schweizerischen *Geldmarktes* wurde vornehmlich durch die Entwicklung der Ertragsbilanz, die Kapitalbewegungen über die Landesgrenzen, die marktpolitischen Massnahmen der Nationalbank und den Notenbedarf der Wirtschaft bestimmt. Von geringerer Bedeutung war die Kredithingabe der Nationalbank im Diskont- und Lombardgeschäft. Dagegen beschafften sich die Banken wiederholt Mittel durch die Abtretung von Dollars per Kasse oder auf Swap-Basis und die kurzfristige Rückgabe von Geldmarktpapieren an das Noteninstitut. Auch Verschiebungen in der Tresorerie des Bundes wirkten sich auf die Lage am Geldmarkt aus.

Nach der Abwicklung der Jahresendoperationen 1966/67 bewegten sich die täglich fälligen Verbindlichkeiten der Nationalbank zunächst auf Vorjahreshöhe. Alsdann verringerte sich die Liquidität. Im Mai hatte die Marktanspannung einen Anstieg der Zinssätze für Frankenvorlagen an den Euromärkten zur Folge, so dass Vorschüsse in Schweizerfranken von ausländischen Schuldnern zurückbezahlt wurden. Die zur Abtragung dieser Engagements erforderlichen Franken mussten vielfach durch den Verkauf von Dollars beschafft werden, was zu einem Devisenzufluss und zur Frankenschaffung durch die Nationalbank führte.

Die ersten Tage des Monats Juni brachten im Zusammenhang mit dem Ausbruch des Nahostkonfliktes einen weiteren Zustrom an Dollars, der die Guthaben des Marktes bei der Nationalbank kräftig ansteigen liess. Der Markt blieb bis zum Herbst flüssig; allerdings verringerte sich die Überhöhung der Sichtverbindlichkeiten gegenüber dem jeweils entsprechenden Vorjahresstand. Sie ging von nahezu einer Milliarde Mitte Juni im Laufe von fünf Monaten auf rund 400 Millionen Franken zurück. Zu dieser Verringerung führten hauptsächlich die Dollarabgaben zur Befriedigung laufender Bedürfnisse des Bundes sowie die Auszahlung des Kredites von

450 Millionen Franken, den schweizerische Grossbanken der englischen Regierung gewährten. In den letzten Wochen der Berichtszeit wurde der schweizerische Geldmarkt durch die Unruhe an den Devisen- und Goldmärkten sowie die Ultimovorkehrten der Banken beeinflusst. Der Nationalbank wurden in grossem Umfang Devisen abgetreten, so dass sich der Markt wieder verflüssigte.

Die Beanspruchung des *Notenbankkredites im Diskont und Lombard* bewegte sich, von den Spitzenbeträgen an den Bilanzterminen abgesehen, wie im Vorjahr im allgemeinen zwischen 100 und 140 Millionen Franken. Am kräftigsten fiel der Rückgriff auf den Kredit der Notenbank mit 248 Millionen Franken Ende April sowie mit 229 Millionen am Jahresende aus. Der letztere Betrag setzte sich zusammen aus Diskontierungen in der Höhe von 142 Millionen und Lombardvorschüssen im Betrage von 87 Millionen Franken.

Schweizerwechsel wurden der Nationalbank im Gesamtbetrag von 470 Millionen Franken zum *Diskont* eingereicht. Der Bestand an solchen Papieren bewegte sich zwischen 91 Millionen und 145 Millionen Franken. Darin stellten die Pflichtlagerwechsel nach wie vor den Hauptposten. Im Jahresdurchschnitt lagen solche Wechsel, mit Einschluss von Brotgetreidewechseln, im Betrage von 80 Millionen Franken im Portefeuille der Notenbank, verglichen mit 71 Millionen im Jahre 1966. Die Zahl der Pflichtlagerverträge hielt sich ungefähr auf Vorjahreshöhe. Ende 1967 standen insgesamt 2893 Lagerverträge in Kraft. Der Wert der eingelagerten Waren belief sich auf 1533 Millionen Franken, gegen 1516 Millionen vor Jahresfrist. An der Finanzierung der Lager waren die Banken mit 938 Millionen beteiligt, im Vergleich zu 924 Millionen Ende 1966.

Im ungefähr gleichen Umfang wie im vorangegangenen Jahre wurden Obligationen zum Diskont eingereicht. Die durchschnittliche Beanspruchung der Nationalbank bezifferte sich auf 15 Millionen Franken, gegenüber 19 Millionen im Jahre zuvor. Die Rediskontierungen von Schatzanweisungen des Bundes blieben mit 100 Millionen hinter dem Vorjahresbetrag zurück, der sich auf 220 Millionen Franken belaufen hatte.

Im *Lombardgeschäft* stellten sich die ausstehenden Vorschüsse auf durchschnittlich 31 Millionen Franken im Vergleich zu 33 Millionen im Jahre 1966.

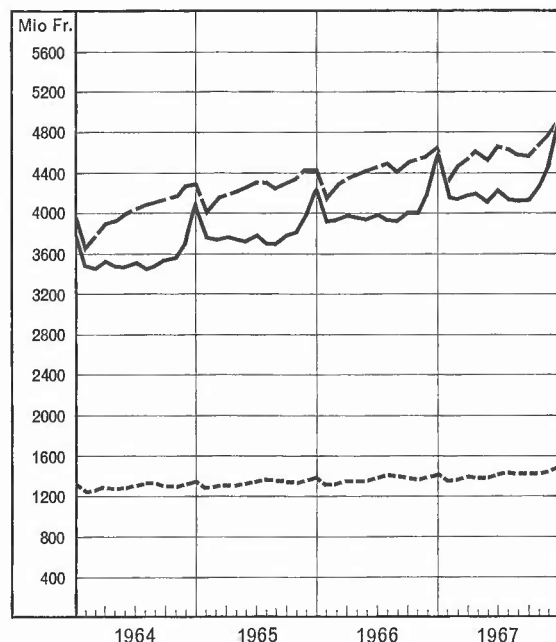
Die kurzfristige *Rückgabe von Geldmarktpapieren* an die Nationalbank zum Zwecke der Beschaffung von liquiden Mitteln auf Monatsende spielte im Frühjahr und im letzten Quartal eine Rolle. Die Banken griffen auf diese Finanzierungsmöglichkeiten namentlich Ende April zurück, als sie der Nationalbank solches Papier im Betrage von 200 Millionen Franken in Pension gaben.

Der *Notenumlauf* stellte sich Ende 1966 auf 10 651 Millionen Franken und überstieg damit den Stand vor Jahresfrist um 6,1%. Dieser Wachstumssatz verringerte sich in den ersten fünf Monaten der Berichtszeit auf 3,6%, stieg in der Folge aber wieder an. Am Jahresende erreichte der Betrag der ausgegebenen Noten 11 327 Millionen Franken; damit erhöhte sich die Notenzirkulation im Laufe 1967 um 676 Millionen Franken oder 6,3%. Im Jahresdurchschnitt betrug die Ausweitung 447 Millionen Franken oder 4,7%, verglichen mit 387 Millionen Franken oder 4,2% im Jahre 1966.

Gliederung des Notenumlaufs

Am Monatsende

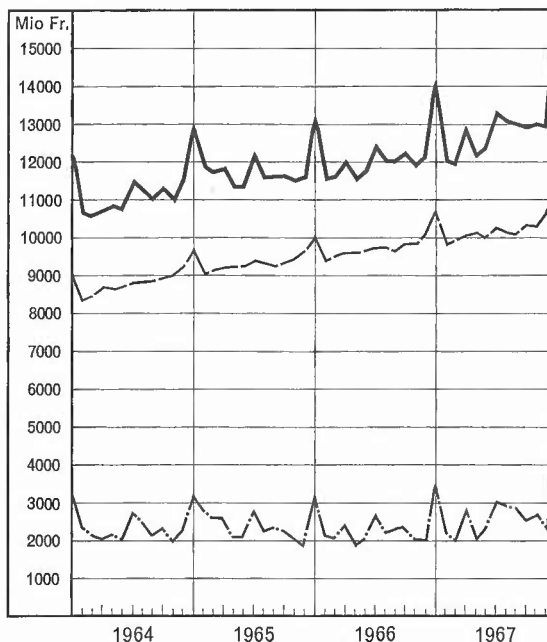
- Noten zu 1000 und 500 Franken
- Noten zu 100 Franken
- - - - - Noten zu 50, 20, 10 und 5 Franken



Notenumlauf und täglich fällige Verbindlichkeiten

Am Monatsende

- Notenumlauf
- - - - - Täglich fällige Verbindlichkeiten
- Zusammen



Die *Guthaben der Wirtschaft* bei der Notenbank beliefen sich Ende 1966 auf 2982 Millionen Franken. Im Januar zeigten sie einen Rückgang auf 1812 Millionen, weil die Banken die der Nationalbank vor der Jahreswende auf Swap-Basis abgetretenen Dollars im Gegenwert von 1717 Millionen Franken sowie ihr in Pension gegebene Geldmarktpapiere im Betrage von 211 Millionen zurücknahmen und Lombardvorschüsse im Umfang von 89 Millionen Franken abgetragen wurden. Andererseits flossen Noten in der Höhe von 826 Millionen Franken an das Emissionsinstitut zurück. Ende Januar lagen die Guthaben der Wirtschaft rund 100 Millionen Franken unter dem Vorjahresstand. In der Folge gingen diese Sichtverbindlichkeiten zurück. Indessen lagen sie Ende März und Ende April, als die Banken zur Ultimofinanzierung die Hilfe der Notenbank in grösserem Umfang in Anspruch nahmen, merklich höher als ein Jahr zuvor. Ihren Tiefstand erreichten die Girorechnungen der Wirtschaft Ende der ersten Mai-Ausweiswoche. In diesem Zeitpunkt unterschritten sie mit 1498 Millionen Franken das Vorjahresniveau um 144 Millionen. Die Devisenzuflüsse vom Mai und Juni brachten im Laufe von fünf Wochen einen Anstieg der Guthaben der Wirtschaft beim Noteninstitut auf 3060 Millionen Franken, was einer Erhöhung gegenüber dem Stand vor Jahresfrist um 890 Millionen entsprach. Ende der ersten Dezemberwoche beliefen sie sich noch auf 1904 Millionen Franken. Wohl überschritten sie das entsprechende Vorjahresniveau um 232 Millionen Franken, doch ist zu beachten, dass

die vorübergehend bei der Nationalbank gebundenen Mittel der Banken im April einen Abbau um 345 Millionen Franken erfahren hatten.

Die Devisenzuflüsse im Gefolge der Pfundabwertung und der Ultimovorkehrten der Banken liessen die Giro Guthaben anwachsen. Diese erhöhten sich Mitte Dezember durch die gänzliche Freigabe der bei der Nationalbank auf Sonderkonto gebundenen Gelder der Banken um weitere 690 Millionen Franken. Am Jahresende stellten sich die Sichtverpflichtungen auf 3811 Millionen Franken. Vor Jahresfrist betragen sie zusammen mit den zeitlich gebundenen Geldern, welche sich damals noch auf 1035 Millionen belaufen hatten, 4017 Millionen Franken.

Die *Guthaben des Bundes* bei der Nationalbank wiesen starke Schwankungen auf. Ende 1966 erreichten sie 375 Millionen Franken. Im Laufe des Jahres gingen sie wiederholt zur Neige, so dass sich der Bund veranlasst sah, der Nationalbank jeweils auf Schweizerfranken lautende Schuldverschreibungen des amerikanischen Schatzamtes («Roosa-Bonds») kurzfristig zu übertragen. Bei diesen Transaktionen handelte es sich um Beträge von 100 bzw. 130 Millionen Franken. Ende 1967 standen die Guthaben des Bundes bei der Nationalbank mit 231 Millionen Franken zu Buch. Die Anlagen des Bundes in «Roosa-Bonds» stellten sich Ende 1967 mit 480 Millionen Franken gleich hoch wie vor Jahresfrist. Dagegen erhöhte der Bund seine kursgesicherten Anlagen in Dollars und Pfund Sterling um 52 Millionen auf 85 Millionen Franken.

Der Bestand an Schatzanweisungen des Bundes blieb mit 889 Millionen Franken stabil, da die im Laufe der Berichtszeit fälligen Papiere jeweils vollumfänglich erneuert wurden. Der Bund entnahm dem Markte im Zusammenhang mit einer Anleihssemission 73,5 Millionen Franken; andererseits führte er ihm durch Auslosungen von Obligationenanleihen 14 Millionen Franken zu.

Die *Zinssätze* hatten in der Schweiz im Jahre 1966 unter dem Einfluss der lebhaften Nachfrage der Wirtschaft und der öffentlichen Hand nach Bankkrediten und langfristigem Kapital sowie im Sog der Zinsverteuerung im Ausland einen kräftigen Anstieg erfahren. In den ersten Monaten der Berichtszeit sanken die Zinssätze am Eurogeldmarkt spürbar ab. Da sich die schweizerische Kreditnachfrage in engem Rahmen hielt, kam die allgemeine Aufwärtsbewegung der inländischen Zinssätze weitgehend zum Stillstand. Vom Frühsommer an gaben die Zinssätze auch in unserem Lande nach, doch nahm die Entwicklung in den einzelnen Sektoren des Geld- und Kapitalmarktes einen unterschiedlichen Verlauf. Die Geldmarktsätze gingen deutlich zurück. Die Senkung wurde durch die Reduktion der offiziellen Raten der Nationalbank eingeleitet und hielt bis zum Spätherbst an. In den letzten Monaten des Berichtsjahres zeigten die Geldmarktsätze im Zusammenhang mit Zinsfusserhöhungen am Euromarkt und mit den Ultimovorbereitungen der Banken wieder eine Versteifung. Am mittelfristigen Markt verblieben die Zinssätze für Kassenobligationen in der Regel das ganze Jahr hindurch auf dem Stand, auf den sie am Jahresanfang gebracht worden waren. Die Zinssätze für Spareinlagen hatten weiterhin steigende Tendenz. Dies war auch bei den Hypothekarsätzen der Fall; allerdings verlangsamte sich die Aufwärtsbewegung. Der langfristige Markt wurde von der leichten Lage des Geldmarktes nur wenig beeinflusst. Immer-

hin ermässigte sich die Rendite der eidgenössischen Staatswerte im dritten Quartal, zog aber in der Folge ebenfalls an.

Was die einzelnen *Geldmarktsätze* anbelangt, senkte die Nationalbank mit Wirkung ab 10. Juli den offiziellen Diskontsatz von $3\frac{1}{2}\%$ auf 3% und den offiziellen Lombardzinsfuss von 4% auf $3\frac{3}{4}\%$. Wenn der Lombardsatz um lediglich $\frac{1}{4}\%$ reduziert wurde, so war dies darauf zurückzuführen, dass sich der Geldmarkt stärker als der Kapitalmarkt verflüssigt hatte und die Nationalbank den Abstand zwischen den beiden Sätzen, der sich vor der Satzsenkung auf $\frac{1}{2}\%$ belief, herkömmlicherweise aber 1% beträgt, wieder etwas ausweiten wollte. Die Spezialdiskontsätze für die Finanzierung von Pflichtlagern wurden auf dem Stand von $3\frac{1}{4}\%$ für Lager in Lebens- und Futtermitteln und $3\frac{1}{2}\%$ für andere Pflichtlager belassen.

Nachdem die Banken den Privatsatz für Handelswechsel und Bankakzepte Anfang 1967 von 4% auf $4\frac{1}{4}\%$ erhöht hatten, reduzierten sie ihn Mitte Juli im Anschluss an die Herabsetzung der Diskontrate der Nationalbank auf 4% . Anfang Oktober machten sie den Schritt auf $3\frac{3}{4}\%$. Der Privatsatz lag damit noch $\frac{3}{4}\%$ über dem offiziellen Satz der Notenbank. Der Callgeldsatz in Zürich zeigte in den ersten Wochen Januar den nach dem Jahresultimo üblichen Rückgang; er ermässigte sich von $3\frac{1}{2}\%$ bis 4% auf 2% bis $2\frac{1}{2}\%$. Alsdann stieg die Vergütung für Tagesgeld bis Mitte Mai auf 4% bis $4\frac{1}{2}\%$. Die anschliessende Marktverflüssigung war von einem raschen Rückgang der Nachfrage nach Callgeld begleitet, welches Mitte September nur noch zu $\frac{5}{8}\%$ bis 1% verzinst wurde. In den letzten Monaten der Berichtszeit stieg der Satz für Tagesgeld wieder an, und am Jahresende stellte er sich auf 2% bis 3% .

Die Grossbanken nahmen die Zinsvergütung für Dreimonatsgelder Mitte April von $4\frac{1}{2}\%$ auf $4\frac{1}{4}\%$ zurück, und von Mitte Juli bis Mitte September senkten sie ihn in mehreren Schritten bis auf $2\frac{3}{4}\%$. In der Folge wurde die Verzinsung wiederum erhöht. Dies war vor allem auf die Entwicklung der Zinssätze an den ausländischen Märkten zurückzuführen; auch dürfte das Bestreben der Banken, beizeiten für die Sicherung einer hohen Zahlungsbereitschaft am Jahresende vorzusorgen, dabei mitgespielt haben. Die Grossbanken vergüteten von Ende Oktober an für solche Festgelder 4% .

Die Abgabesätze für Schatzanweisungen des Bundes erfuhren bei den vierteljährlichen Erneuerungen eine Anpassung an die jeweilige Lage am Geldmarkt. Bei den Erneuerungen vom 15. Oktober 1967 lauteten sie auf $3\frac{1}{8}\%$, $3\frac{1}{4}\%$ bzw. $3\frac{3}{8}\%$ für Laufzeiten von 1 Jahr, $1\frac{1}{2}$ bzw. 2 Jahren. Dreimonatige Geldmarktpapiere wurden im November zu 3% erneuert, d. h. zum gleichen Satz wie ein Jahr zuvor.

Der für die Beurteilung der *Zinsentwicklung am mittelfristigen Markt* massgebende Zinsfuss für Kassenobligationen wurde gleich nach Jahresbeginn von den Kantonalbanken und den Grossbanken um $\frac{1}{4}\%$ erhöht, und zwar auf $4\frac{3}{4}\%$ für Laufzeiten von 3 und 4 Jahren, bzw. 5% für längerfristige Titel. Im Januar und Februar, zum Teil erst später, änderte die Mehrzahl der meldepflichtigen Lokalbanken und Sparkassen ihre Ausgabebedingungen. Dabei wurde der Zinsfuss im allgemeinen um gleichfalls $\frac{1}{4}\%$ heraufgesetzt, und zwar auf 5% für Titel mit einer Lauf-

zeit von 3 und 4, bzw. $5\frac{1}{4}\%$ für eine Laufdauer von 5 und mehr Jahren. Einige Lokalbanken konnten sich mit der Ausgabe von $5\frac{1}{4}\%$ -Kassenobligationen allerdings nicht befreunden. Sie nahmen von einer Satzerhöhung Abstand und reduzierten lediglich die Mindestlaufzeit ihrer 5% -Titel auf 3 Jahre. Die Zinsfusssteigerungen wirkten sich in einer sprunghaften Zunahme des Bestandes an Kassenobligationengeldern bei den Banken aus. Die neuen Ausgabesätze erwiesen sich für die Geldgeber als attraktiv, zumal diese nicht mehr mit einem weiteren Satzanstieg rechneten. Allein bei den 76 Banken, deren monatliche Zwischenbilanzen von der Nationalbank laufend ausgewertet werden, nahmen die Kassenobligationengelder in den ersten elf Monaten um 2046 Millionen Franken zu, gegenüber nur 476 Millionen im gleichen Zeitraum des vorangegangenen Jahres. Der kräftige Zustrom von Betriebsmitteln veranlasste einzelne Banken, sich bei der Ausgabe von längerfristigen Titeln Zurückhaltung aufzuerlegen; verschiedene Bodenkreditbanken sistierten die Emission von $5\frac{1}{4}\%$ -Kassenobligationen. Bei der Zunahme des Bestandes an Titeln handelte es sich allerdings vielfach um Umlagerungen von Spar- und Wartegeldern. Ferner erhöhte sich die durchschnittliche Verzinsung für Kassenobligationen, weil die im Berichtsjahr fällig gewordenen Titel überwiegend mit einem Zinsfuss von $3\frac{1}{2}$ bis 4% ausgestattet waren, bei der Neuausgabe oder der Konversion aber Sätze von $4\frac{3}{4}$ bis $5\frac{1}{4}\%$ bewilligt werden mussten.

Auch die Zinsvergütungen für Einlagen auf Spar- und Depositenheften waren Anfang 1967 vielfach heraufgesetzt worden. Im Unterschied zu den Zinssätzen für Kassenobligationen, welche im allgemeinen auf ihrem neuen Stand verharrten, erhöhte sich der *Zinsfuss für Spareinlagen*. Nachdem der Durchschnittssatz bei massgebenden Kantonalbanken am Jahresbeginn einen Anstieg von 3,33 auf 3,52% erfahren hatte, befestigte er sich weiter auf 3,58%. Die Staatsinstitute vergüteten am Jahresende vorwiegend $3\frac{1}{2}\%$, zum Teil $3\frac{3}{4}\%$; bei den Lokalbanken und Sparkassen stellte sich der Zinsfuss für Spareinlagen auf $3\frac{1}{2}$ bis 4% , gegenüber $3\frac{1}{4}$ bis $3\frac{3}{4}\%$ ein Jahr zuvor.

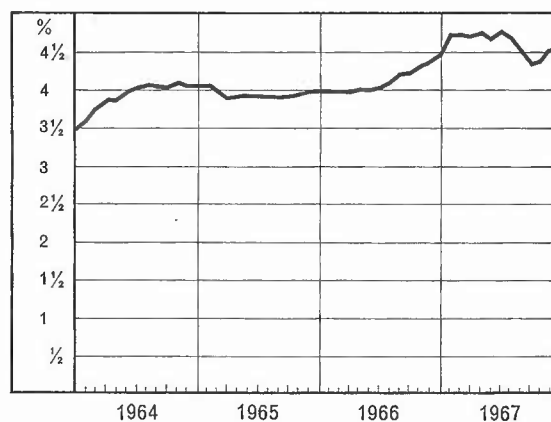
Die Entwicklung der *Aktivsätze* der Banken verlief nicht einheitlich. Während im kommerziellen Geschäft und bei den Baukrediten die Aufwärtsbewegung der Zinssätze weitgehend zum Abschluss kam, setzten die Kantonalbanken die Verzinsung der Vorschüsse an öffentlich-rechtliche Körperschaften um $\frac{1}{4}\%$ auf $4\frac{1}{2}$ bis 5% herauf.

Insbesondere nahm die Erhöhung der *Hypothekarsätze* ihren Fortgang, und zwar sowohl für die alten als auch für die neuen Darlehen. Die durchschnittliche Verzinsung von bestehenden erstrangigen Darlehen im allgemeinen Wohnungsbau zog bei den Kantonalbanken von 4,41 auf 4,51% an; in der Regel berechneten die Staatsinstitute $4\frac{1}{2}\%$, zum Teil $4\frac{3}{4}\%$, vereinzelt aber noch $4\frac{1}{4}\%$. Die grösste Kantonalbank kündete die Erhöhung auf $4\frac{1}{2}\%$ auf den 1. Januar 1968 an. Bei den Grossbanken, soweit sie das Hypothekarkreditgeschäft pflegen, gelangten in den letzten Monaten des Berichtsjahres Sätze von $4\frac{3}{4}$ bis 5% , bei den Lokalbanken und Sparkassen von $4\frac{1}{2}$ bis $5\frac{1}{4}\%$ zur Anwendung.

Für neue Hypothekardarlehen im allgemeinen Wohnungsbau berechneten die massgebenden Kantonalbanken Ende Januar 4,70% und Ende Dezember 4,78%. Die Staatsinstitute gewährten

Rendite schweizerischer Staatswerte

Monatsdurchschnitte



solche Darlehen zu $4\frac{1}{2}$ bis 5% ; die privaten Hypothekarbanken verlangten $4\frac{3}{4}$ bis $5\frac{1}{4}\%$. Für neue Darlehen zugunsten des gemeinnützigen und sozialen Wohnungsbaus wurde überwiegend der gleiche Satz wie für Darlehen im allgemeinen Wohnungsbau berechnet; einzelne Institute wandten indessen weiterhin einen niedrigeren Satz an. Neue Darlehen auf grossgewerblichen und industriellen Bauten waren dagegen vorwiegend mit 5 bis $5\frac{1}{2}\%$ zu verzinsen; es wurden aber auch niedrigere sowie höhere Sätze verlangt. Im ganzen betrachtet, tendierten die Hypothekarsätze demnach weiter nach oben; doch hat sich der Zinsauftrieb deutlich verlangsamt.

Am *langfristigen Markt* verharrte die *Rendite der Bundesobligationen* im ersten Quartal auf dem Stand von rund $4,75\%$. Da die Sätze an den ausländischen Kapitalmärkten einen Rückgang verzeichneten und eine Entspannung auch am schweizerischen Markt zu erwarten war, wirkte die Nationalbank zunächst einem Anstieg der Rendite der eidgenössischen Staatswerte entgegen. Diese Kurspflege benötigte nur bescheidene Mittel. Als der Markt im Mai selbsttragend wurde, stellte die Nationalbank ihre Interventionen ein. Im zweiten Quartal ging die Rendite der Bundesobligationen geringfügig, im dritten Quartal in einem eher beschleunigten Tempo bis auf $4,32\%$ zurück. Die Renditen der kantonalen Obligationen ermässigten sich ebenfalls. Im Oktober stiegen die Sätze sowohl der eidgenössischen als auch der kantonalen Anleihen wieder leicht an, und am Jahresende stellte sich die durchschnittliche Rendite eidgenössischer Anleihen auf $4,55\%$.

Der *Emissionsmarkt* erwies sich auch im Berichtsjahr als sehr leistungsfähig. Seine Beanspruchung durch inländische Anleihen war grösser als im Vorjahr; zudem erlaubte die gute Aufnahmefähigkeit des Marktes, ausländische Anleihen in einem höheren Betrage auszugeben als 1966. Zur guten Ordnung am Emissionsmarkt trug die private Konvention der Schweizerischen Bankiervereinigung bei, die mit dem Ziele abgeschlossen wurde, eine Überbeanspruchung des Marktes auch nach dem Wegfall der auf den Kreditbeschluss abgestützten Verordnung über die Meldepflicht für öffentliche Emissionen zu vermeiden. Die Mitglieder der Konvention verpflichteten sich, die Begebung von Obligationenanleihen von mehr als 8 Millionen Franken beim Kartell Schweizerischer Banken oder beim Verband Schweizerischer Kantonalbanken anzumelden. Auf Grund dieser Meldungen wird von einer Kommission, in welcher diese beiden Emis-

sionssyndikate sowie die Lokalbanken vertreten sind und die von der Schweizerischen Nationalbank präsidiert wird, ein vierteljährlicher Emissionskalender festgesetzt, der die Zeichnungstermine der Emissionen und deren Höchstbeträge bestimmt.

Zu Beginn des Jahres bereitete die Unterbringung vereinzelter Anleihen am Markte allerdings etwas Mühe. In der Folge wurden die neuen Anleihen aber überzeichnet, was u. a. davon herührte, dass die Anlegerkreise nicht mehr mit einem Anstieg der Zinssätze am Kapitalmarkt rechneten. Auch wandten sie sich, als die Zinssätze am kurzfristigen Markt zurückgingen, wieder vermehrt langfristigen Anlagen zu. Der Zinsfuss für neue Anleihen wurde angesichts der im Frühjahr erzielten Zeichnungserfolge für Anleihen von Kantonen und Kantonalbanken von $5\frac{1}{4}$ auf 5% und für Kraftwerkanleihen von $5\frac{1}{2}$ bis $5\frac{3}{4}$ auf $5\frac{1}{4}\%$ zurückgenommen. Diese neuen Sätze erwiesen sich aber nicht mehr als attraktiv genug, als der Markt infolge des Kriegsausbruchs im Nahen Osten Symptome der Beunruhigung zeigte, so dass die genannten Emittenten zum Typus der $5\frac{1}{4}\%$ - bzw. $5\frac{1}{2}\%$ -Anleihen zurückkehren mussten. Nach der Sommerpause im Emissionsgeschäft war der Markt wieder sehr tragfähig, was Kantonen erneut gestattete, 5% -Anleihen mit Erfolg aufzulegen bei Ausgabekursen (einschl. Stempel) zu pari oder leicht darunter. Auch bei den in den letzten Monaten der Berichtszeit begebenen Anleihen überschritten die Anmeldungen im allgemeinen die zur öffentlichen Zeichnung aufgelegten Beträge, doch waren die Emissionsergebnisse unterschiedlich.

Am Markt wurden 116 inländische Anleihen im Emissionswert von 3 385 Millionen Franken öffentlich begeben, verglichen mit 2 999 Millionen im Jahre 1966. Durch 24 Aktienemissionen wurden ihm 321 Millionen Franken entnommen, gegen 258 Millionen im Jahre zuvor. Damit belief sich die Inanspruchnahme des Marktes durch öffentlich aufgelegte Anleihen und Aktien auf 3 706 Millionen Franken oder 449 Millionen mehr als 1966. Werden die Konversionsanleihen im Betrage von 939 Millionen sowie die Rückzahlungen von Anleihen und schweizerischem Aktienkapital in der Höhe von 79 Millionen Franken in Abzug gebracht, so ergibt sich eine Nettobbeanspruchung von 2 688 Millionen Franken, gegenüber 2 279 Millionen im Vorjahr. Die Zunahme stellte sich damit auf 409 Millionen Franken oder 18% .

Der Bund gelangte zweimal an den Emissionsmarkt. Ende Februar/Anfang März legte er eine zu 5% verzinsliche Anleihe im Betrage von 250 Millionen Franken auf, bei einem Emissionskurs von 100% (einschl. Stempel) und einer Laufzeit von längstens 15 Jahren. Die Emission diente zur Konversion der auf Mitte Juni gekündigten $3\frac{1}{2}\%$ -Eidg. Anleihe vom Dezember 1945 von 175 Millionen und zur Beschaffung neuer Mittel für laufende Bedürfnisse des Bundes. Anfang November wurde die 3% -Eidg. Anleihe vom November 1955 von 230 Millionen Franken fällig. Zu deren Konversion bzw. Rückzahlung begab der Bund Ende September/Anfang Oktober eine $4\frac{3}{4}\%$ -Anleihe gleichen Betrages, mit der selben Laufzeit und dem gleichen Ausgabekurs wie die erstgenannte Anleihe. Beide Emissionen hatten Erfolg. Konversionsanmeldungen und Barzeichnungen zusammen überstiegen die verfügbaren Beträge, so dass die Zuteilungen auf Barzeichnungen gekürzt werden mussten.

Unter den übrigen Emittenten standen wie 1966 die Kantone und Gemeinden obenan; auf sie folgten die Banken und Pfandbriefzentralen an zweiter und die Kraftwerke an dritter Stelle. Gewisse Verschiebungen ergaben sich indessen bei den auf diese Gruppen entfallenden Beträgen. Kantone und Gemeinden schöpften 851 Millionen Franken vom Markte ab, verglichen mit 760 Millionen im Jahre 1966. Diese Entwicklung dürfte durch die Ausgabenüberschüsse in den Finanzhaushalten von Kantonen und Gemeinden bedingt sein. Durch Anleihsmissionen von Banken und Pfandbriefinstituten wurde der Markt mit 706 Millionen beansprucht, gegenüber 644 Millionen Franken im vorangegangenen Jahre. Wenn die Banken trotz des kräftigen Zuflusses von mittelfristigen Geldern den Kapitalmarkt in Anspruch nahmen, so dürfte dies mit dem anhaltend hohen Bedarf an Mitteln zur Konsolidierung von Baukrediten zusammenhängen. Neben den Pfandbriefinstituten und den Kantonalbanken legten denn auch vorab private Hypothekarbanken Anleihen auf. Die Kraftwerke beanspruchten den Markt wie 1966 mit etwas mehr als einer halben Milliarde Franken. Hiezu kamen allerdings Konversionen in der Höhe von 96 Millionen Franken, gegenüber lediglich 3 Millionen im Jahr zuvor. In den kommenden Jahren dürften solche Konversionsoperationen an Umfang noch zunehmen.

Die Begebung von *Auslandsanleihen* am schweizerischen Markt war reger als im Vorjahr. Da die Ertragsbilanz im Überschuss war, eine beträchtliche Nachfrage seitens ausländischer Klienten schweizerischer Banken für solche Anleihen bestand und die inländischen Kapitalbedürfnisse vom Markt zu leicht weichenden Zinssätzen befriedigt werden konnten, nahm die Nationalbank bei der Prüfung der meldepflichtigen Kapitalexportgeschäfte der Banken eine grundsätzlich liberale Haltung ein; sie war aber weiterhin darauf bedacht, dass der Markt durch ausländische Emissionen nicht überlastet wurde.

Es wurden 24 Auslandsanleihen im Emissionswert von 898 Millionen Franken aufgelegt, verglichen mit 17 Anleihen und 561 Millionen im Vorjahr. Zwei kleinere Anleihen waren nicht meldepflichtig. Die Amortisationen und Rückzahlungen von früher begebenen ausländischen Anleihen fielen mit 186 Millionen Franken gleichfalls höher als im Jahre 1966 aus, als sie 135 Millionen betragen hatten. Die Nettobeanspruchung des Marktes stellte sich auf 712 Millionen Franken, gegenüber 426 Millionen im Jahre zuvor. Teilbeträge der neuen Anleihen dienten zur Konsolidierung früher gewährter Bankenkredite. Werden diese berücksichtigt, so stellte sich der Nettokapitalexport auf 663 Millionen Franken, gegenüber 325 Millionen im Jahre 1966. Dabei ist zu beachten, dass gegen die Hälfte dieser Beträge von schweizerischen Banken für Rechnung ihrer ausländischen Kundschaft gezeichnet, das heisst durch Kapitalimporte gedeckt wurde.

Bei 7 der 24 Anleihen handelte es sich um internationale, zu 6 bis 6 $\frac{7}{8}$ % verzinsliche Dollaranleihen von insgesamt 195 Millionen Dollar, wovon 69 Millionen Dollar oder 298 Millionen Franken von dem im Jahre 1966 geschaffenen schweizerischen Emissionssyndikat für die Beteiligung an internationalen Anleihen zur Plazierung in der Schweiz übernommen wurden.

Durch die öffentliche Emission von in- und ausländischen Anleihen sowie von schweizerischen Aktien wurden dem Markte somit netto 3401 Millionen entnommen, gegenüber 2705 Millionen Franken im Vorjahr.

Die nicht öffentlich begebenen inländischen Anleihen fielen mit 167 Millionen Franken beträchtlich niedriger aus als im Jahre 1966. Dagegen kamen die nicht öffentlichen Aktienemissionen mit 888 Millionen nahezu an das Vorjahresbetreffnis heran.

Durch öffentliche und nicht öffentliche Emissionen wurde der Markt mit 4,5 Milliarden Franken in Anspruch genommen. Der Vergleichsbetrag für das Jahr 1966 hatte sich auf 4,1 Milliarden Franken belaufen.

Unter den dem *Ausland eingeräumten Bankenkrediten* steht dem Betrage nach ein von drei Grossbanken der englischen Regierung gewährter Kredit von 450 Millionen Franken an erster Stelle. Die betreffenden Grossbanken übernahmen auf Schweizerfranken lautende, zu $5\frac{1}{2}\%$ verzinsliche und dreimal prolongierbare, dreimonatige Schatzanweisungen des englischen Schatzamtes. Die übrigen Auslandskredite, deren Gewährung der Zustimmung der Nationalbank gemäss Art. 8 des Bankengesetzes bedarf, stellten sich auf 815 Millionen Franken. Im Jahre 1966 hatte sich der Betrag der bewilligungspflichtigen Auslandskredite der Banken auf 484 Millionen Franken belaufen. Die Zunahme steht im Zusammenhang mit der geringeren Kreditnachfrage der schweizerischen Wirtschaft und den vermehrten Geldzuflüssen aus dem Ausland.

Im Berichtsjahr gingen im Ausland domizilierte Unternehmungen vermehrt dazu über, sich durch die *Ausgabe mittelfristiger Zertifikate* Betriebsmittel zu beschaffen. Gleichzeitig wurden Finanzierungsinstitute errichtet mit der Aufgabe, dieses Geschäft zu pflegen. Bisher lauteten die Titel hauptsächlich auf verhältnismässig hohe Dollarbeträge. Im Hinblick auf das im internationalen Vergleich weiterhin niedrige schweizerische Zinsniveau machten sich Bestrebungen geltend, auch auf Schweizerfranken lautende Zertifikate innerhalb und ausserhalb unseres Landes zu plazieren. Die Nationalbank verhielt sich gegenüber solchen Vorhaben vorderhand betont zurückhaltend, weil die Ausgabe von mittelfristigen Papieren die internationale Verwendung des Schweizerfrankens fördern und die schweizerischen Kassenobligationen konkurrenzieren könnte.

Der *Ausgleichsfonds der AHV* spielt als Geldgeber am Kapitalmarkt eine im Vergleich zu früheren Jahren bescheidene Rolle. Er erhöhte seine festen Anlagen um 115 Millionen Franken oder um weniger als 2%. Hievon entfielen 47 Millionen auf Darlehen an Kantone und Gemeinden, 39 Millionen gingen an Kantonalbanken und 29 Millionen an übrige Darlehensnehmer. Überschüssige Kassenmittel wurden kurzfristig als Depotgelder bei Banken plaziert. Dieser Bilanzposten wies im Laufe des Jahres grössere Schwankungen auf; er stellte sich Ende Dezember auf 175 Millionen Franken.

Die Entwicklung der *Bankbilanzen* war durch einen kräftigen Zufluss an fremden Mitteln und eine gesamthaft geringe Kreditausweitung gekennzeichnet. Bis Ende November stieg bei den 76 monatlich berichtenden Instituten der Gesamtbestand der fremden Gelder um 9718 Millionen Franken oder 12,7%, verglichen mit 3973 Millionen oder 5,6% im gleichen Zeitraum des Jahres

1966. Die Kundengelder auf Sicht und Zeit dehnten sich um 2299 Millionen Franken aus, gegenüber 1045 Millionen im Vorjahr. Der Zuwachs der Spareinlagen, der Einlagen auf Depositenheften und der Kassenobligationengelder zusammen belief sich auf 3626 Millionen und war damit gleichfalls doppelt so kräftig wie 1966, als er 1735 Millionen betragen hatte. Angesichts dieses reichlichen Zugangs an Betriebsmitteln konnten die Banken ihre Geldaufnahmen am Markt in einem etwas engeren Rahmen als im vorangegangenen Jahre halten. Der Bestand an Obligationenanleihen und Pfandbriefdarlehen zeigte einen Anstieg um 584 Millionen Franken, im Vergleich zu 651 Millionen in den ersten elf Monaten 1966. Die kräftigste Steigerung verzeichneten mit 3212 Millionen Franken die Bankengelder, gegen 539 Millionen im Parallelzeitraum des Vorjahres.

In der Zusammensetzung der Mittelzugänge im einzelnen traten zum Teil beträchtliche Verschiebungen ein. So waren an der Vermehrung der Kundengelder die Checkrechnungen und Kreditoren auf Sicht einerseits, die Kreditoren auf Zeit andererseits mit je über einer Milliarde beteiligt, während im vorangegangenen Jahre lediglich die zeitlich gebundenen Depots einen Zuwachs aufgewiesen hatten. Der Anstieg des Sparens in der Form von Spareinlagen, Einlagen auf Depositenheften und Kassenobligationen war vorab auf die Ausgabe von Kassenobligationen zurückzuführen, stieg doch der Bestand an solchen Geldern in den ersten elf Monaten 1967 um 2046 Millionen Franken, gegenüber nur 476 Millionen im Jahre zuvor. Eine etwas kräftigere Steigerung als 1966 zeigten die Einlagen auf Depositenheften, während der Zuwachs der Spareinlagen sich auf Vorjahreshöhe hielt. Die Heraufsetzung der Zinssätze für Kassenobligationen löste eine sprunghafte Zunahme dieser Gelder aus. Das schwächere Wachstum der langfristigen Geldbeschaffungen der Banken war ausschliesslich auf die verringerte Aufnahme von Pfandbriefdarlehen zurückzuführen. Am Zufluss an Bankgeldern partizipierten die Sichtgelder mit 1533 Millionen und die zeitlich gebundenen Depots mit 1679 Millionen Franken, während im Jahre zuvor das Schwergewicht bei den Sichtgeldern gelegen hatte. Der überaus kräftige Zuwachs der Bankenkreditoren und zum Teil auch der Anstieg der Kundengelder auf Sicht und Zeit hing mit dem Zustrom von Geldern aus dem Ausland zusammen. Die Zunahme der übrigen Positionen der fremden Gelder rührte demgegenüber in der Hauptsache vom vermehrten Mittelzufluss aus dem Inland her.

Im Aktivgeschäft stiegen die Ausleihungen (Debitoren, Vorschüsse an öffentlich-rechtliche Körperschaften und Hypothekaranlagen) bis Ende November um 4331 Millionen Franken oder 7,5%, verglichen mit 4194 Millionen Franken oder 7,9% im gleichen Zeitraum 1966. Der bescheidene Mehrzuwachs von 137 Millionen Franken war auf einen Anstieg der Hypothekaranlagen und der Vorschüsse und Darlehen an Kantone und Gemeinden zurückzuführen, wogegen der Zuwachs der Debitoren hinter dem entsprechenden Vorjahresbetreffnis zurückblieb.

Die Zunahme der Debitoren in den ersten elf Monaten 1967 belief sich auf 2120 Millionen Franken, gegen 2218 Millionen im vorangegangenen Jahre. Wird der Stand der Debitoren per Ende November mit jenem vor Jahresfrist verglichen, so ergibt sich eine Zuwachsrate von 10,3%.

Am Zuwachs der Debitoren waren Ausleihungen sowohl an die inländische als auch an die ausländische Kundschaft beteiligt. Bei 150 von der Vierteljahresstatistik erfassten Instituten

stiegen im Laufe der drei ersten Quartale 1967 die ausländischen Debitoren um 14%, die Ausleihungen im Inlandgeschäft um lediglich 5%. Dabei ist zu beachten, dass in den inländischen Debitoren auch Posten enthalten sind, die eigentlich den Hypothekaranlagen zuzurechnen wären. Es zeigt sich nämlich bei einzelnen Instituten die Tendenz, Grundpfandkredite vermehrt als feste Darlehen mit hypothekarischer Deckung auszuweisen. In diesem indirekten Hypothekargeschäft wird den Banken ein Schuldbrief als Faustpfand übergeben, das Grundstück selbst bildet nur mittelbar die Deckung der Bank. Die Banken räumten im Berichtsjahr Baukredite in praktisch gleichem Umfang wie im vorangegangenen Jahre ein. Der Gesamtbetrag der von Januar bis November von den Kantonalbanken, den Grossbanken und 29 Lokalbänken und Sparkassen neu bewilligten Kredite belief sich auf 3290 Millionen Franken. Hievon kamen wie im Jahre 1966 rund drei Viertel dem Wohnungsbau zugute.

Die Hypothekaranlagen nahmen in den ersten elf Monaten mit 1743 Millionen Franken um 188 Millionen stärker zu als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Dies lässt vermuten, dass sich die Konsolidierung von Baukrediten, im ganzen betrachtet, ohne Hemmnisse abwickelte. Die Vorschüsse an öffentlich-rechtliche Körperschaften stiegen im Januar bis November um 467 Millionen Franken gegenüber 420 Millionen im Jahre zuvor.

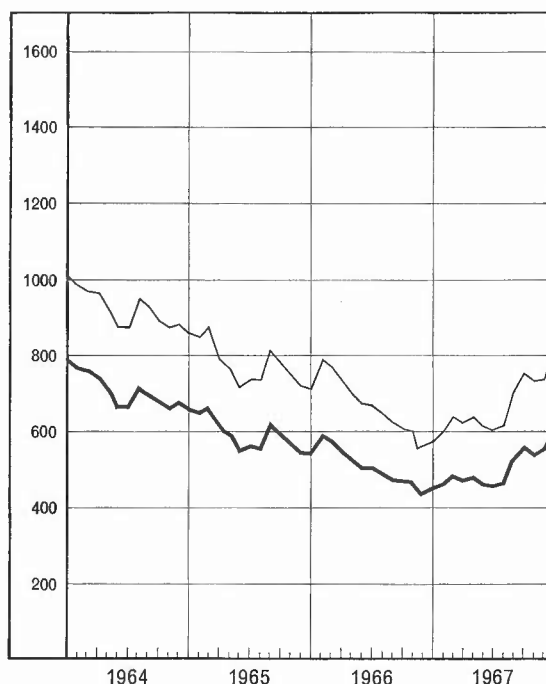
Die Ausweitung der Bilanzsumme fand bei den Bilanzaktiven indessen weniger in der Entwicklung der Kreditfähigkeit als in einer Vermehrung der Bankendebitoren ihren Niederschlag, verzeichneten diese doch in den ersten elf Monaten 1967 einen Zuwachs um 5261 Millionen Franken, gegenüber 1417 Millionen im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die den Instituten zugeströmten Banken- und Kundengelder, soweit sie nicht der Finanzierung des Kreditgeschäftes dienten, wurden vor allem bei ausländischen Instituten angelegt. Der umfangreiche Mehrzuwachs der Guthaben bei Banken macht ersichtlich, dass die schweizerischen Kreditinstitute dem europäischen Geldmarkt erhebliche Beträge zuführten. Damit nahm die internationale Verflechtung des schweizerischen Bankensystems weiter zu.

Ende September 1967 beliefen sich die Auslandverbindlichkeiten der schweizerischen Banken auf 21,1 Milliarden Franken und die Auslandguthaben, ohne die Anlagen in ausländischen Wertschriften, auf 23,2 Milliarden. Die Verpflichtungen gegenüber dem Ausland erfuhren innert Jahresfrist eine Zunahme um 4,4 Milliarden und die Guthaben auf das Ausland eine solche um 5,6 Milliarden Franken. Die Nettoforderungen stiegen demnach im Laufe von 12 Monaten um 1,2 Milliarden auf 2,1 Milliarden Franken. Ende September 1967 standen bei den Auslandverpflichtungen die Kundengelder auf Sicht und Zeit mit 12,4 Milliarden Franken an erster Stelle; die Bankengelder beliefen sich auf 7,1 Milliarden Franken. An den Forderungen auf das Ausland waren die Bankendebitoren mit 15,4 Milliarden beteiligt, die Debitoren mit 6,3 Milliarden und die Wechsel mit 1,2 Milliarden Franken.

Da der Zufluss an Publikumsgeldern und die Geldaufnahmen am Markt den Kreditzuwachs weit übertrafen, verbesserte sich die allgemeine Liquidität der Banken. Dies kam in der kräftigen Zunahme der leicht verwertbaren Aktiven in Form von auf Sicht lautenden oder kurzfristigen

Schweizerischer Aktienindex

— Gesamtindex
— Industriek Aktien allein



Guthaben bei Banken sowie von Wechseln zum Ausdruck. Dabei handelt es sich vor allem um Guthaben auf das Ausland, welche die Institute kurzfristig heimschaffen können, falls sie Mittel zur Finanzierung des inländischen Kreditgeschäftes benötigen. Die Kassenmittel wiesen demgegenüber eine eher mässige Erhöhung auf. Mit 4986 Millionen Franken waren sie Ende November nur 1,3% grösser als Ende 1966; ihr Anstieg blieb hinter der Zunahme der Bilanzsumme, welche 12,6% ausmachte, stark zurück.

Näheren Aufschluss über die Entwicklung der inländischen Kreditfähigkeit der Banken liefern die Meldungen der Banken im Rahmen der Vereinbarung über den Ausbau der Statistik. Nach diesen Angaben haben 186 Banken ihre inländischen Kredite (Debitoren, Kontokorrentvorschüsse und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften, Hypothekaranlagen und Wechsel) im 1. Quartal um 0,2%, im 2. Quartal um 2,6% und im 3. Quartal um 1,7%, in den ersten neun Monaten also um zusammen 4,5% ausgedehnt. Die Ausnützung des nach den Kreditrichtlinien für das ganze Jahr sich ergebenden Kreditzuwachses belief sich Ende Juni auf 37%. Ende September hätte sie 61% betragen.

An den *Aktienbörsen* setzte sich am Jahresanfang eine freundliche Stimmung durch. Sie war aber nur von kurzer Dauer. Ende Juni erreichte das durchschnittliche Kursniveau der schweizerischen Aktienwerte praktisch wieder nurmehr den Stand von Ende Dezember 1966. Um die Jahresmitte verbesserte sich das Klima an den Aktienbörsen erneut, und im August stand die Kursentwicklung im Zeichen einer ausgeprägten Hausse. Die grosse Marktflüssigkeit und ein vermehrtes Interesse des In- und Auslandes für schweizerische Werte lieferten die Grundlagen für einen kräftigen Anstieg der Börsennotierungen. Am 8. September stellte sich der Aktienin-

dex der Nationalbank auf 570, verglichen mit 449 am 30. Dezember 1966. Die schweizerischen Aktien verzeichneten somit eine Kurssteigerung von durchschnittlich 27%. Alsdann schwächten sich die Kurse in allerdings unregelmässiger Bewegung wieder leicht ab. Die rückläufige Tendenz erwies sich aber als nur vorübergehend. Mitte November setzte eine neue Erholung ein, die den Aktienindex bis Ende Dezember auf 604 ansteigen liess. Die im Laufe des Jahres eingetretenen Kursgewinne beliefen sich per Saldo auf 35%.

C. BANKBEHÖRDEN UND DIREKTION

Die Zusammensetzung der *Bankbehörden* hat im Berichtsjahr folgende Änderungen erfahren:

Mit der ordentlichen Generalversammlung der Aktionäre vom 17. März 1967 lief die 15. Amtsperiode des Bankrates, des Bankausschusses und der Lokalkomitees ab. Auf diesen Zeitpunkt traten altershalber zurück:

Herr E. Barbey, Genf, Mitglied des Bankrates seit 1947 und des Bankausschusses seit 1951,

Herr Ständerat Dr. A. Lusser, Zug, Mitglied des Bankrates seit 1954 und des Bankausschusses seit 1962,

Herr Dr. G. Eugster, Weinfelden, Mitglied des Bankrates seit 1950,

Herr A. Juillard, Cortébert, Mitglied des Bankrates seit 1955,

Herr H. Winzenried, Deisswil, Mitglied des Bankrates seit 1951,

Herr Dr. O. Pfiffner, Aarau, seit 1961 Vorsitzender des Lokalkomitees Aarau, dem er von 1946 bis 1955 als Mitglied und hierauf bis 1961 als Stellvertreter des Vorsitzenden angehört hatte,

Herr Dr. h. c. G. Bohny (gest. im April 1967), Basel, seit 1959 Vorsitzender des Lokalkomitees Basel, nachdem er von 1950 bis 1951 als Mitglied und anschliessend bis 1959 als Stellvertreter des Vorsitzenden amtiert hatte,

Herr W. Rohner, Basel, seit 1959 Stellvertreter des Vorsitzenden des Lokalkomitees Basel, in das er 1951 als Mitglied gewählt worden war,

Herr P. Markwalder, St. Gallen, seit 1956 Vorsitzender des Lokalkomitees St. Gallen, dem er von 1947 bis 1953 als Mitglied und in der Folge bis 1956 als Stellvertreter des Vorsitzenden angehört hatte.

Die Bankleitung benützt gerne den Anlass, um den altershalber zurückgetretenen Mitgliedern unserer Bankbehörden für ihre wertvolle Arbeit und das den Belangen der Nationalbank entgegengebrachte Interesse auch an dieser Stelle den wohlverdienten Dank abzustatten. Zu besonderer Dankbarkeit fühlt sie sich gegenüber den Herren E. Barbey und Ständerat Dr. A. Lusser verpflichtet, die während ihrer langjährigen Zugehörigkeit zum Bankrat und Bankausschuss ihre reichen Kenntnisse und Erfahrungen in den Dienst unseres Instituts stellten.

Im Oktober des Berichtsjahres hatte die Nationalbank den Hinschied von Herrn Ch. Dentan, Vorsitzender des Lokalkomitees Lausanne, zu beklagen, der diese Charge seit 1961 bekleidete,

nachdem er von 1956 bis 1957 als Mitglied und hierauf bis 1961 als Stellvertreter des Vorsitzenden tätig gewesen war. Es liegt uns daran, hier des verdienstvollen Wirkens sowohl von Herrn Ch. Dentan wie des kurz nach seinem Rücktritt verstorbenen Herrn Dr. h. c. G. Bohny in Dankbarkeit zu gedenken.

Für die neue Amtsperiode 1967/71 wurden folgende Wahlen getroffen:

Gemäss den Bestimmungen des Nationalbankgesetzes bestellte der Bundesrat zuerst das Präsidium des Bankrates, indem er am 7. Februar 1967 Herrn Nationalrat Dr. B. Galli, Rechtsanwalt in Lugano, als Präsident des Bankrates, und Herrn Professor Dr. P. Jäggi, Professor an der Universität Freiburg, Freiburg, als Vizepräsident des Bankrates wiederwählte.

Sodann ernannte die Generalversammlung der Aktionäre am 17. März 1967 die von ihr zu bezeichnenden 15 Mitglieder des Bankrates. Sie bestätigte die 14 Mandatsinhaber, die sich für eine Wiederwahl zur Verfügung gestellt hatten, und bezeichnete als neues Mitglied Herrn F. Muheim, Fürsprech und Notar, Präsident des Bankrates der Urner Kantonalbank, Altdorf.

Hierauf nahm der Bundesrat die Wahl der übrigen 23 Mitglieder des Bankrates vor. Er bestätigte die 19 Herren, die sich für eine weitere Amtsdauer zur Verfügung gestellt hatten, und wählte als neue Mitglieder des Bankrates:

Herrn L. Burrus, in Firma F. J. Burrus und Cie, Boncourt,

Herrn Dr. L. Hentsch, in Firma Hentsch und Cie, Genf,

Herrn E. Scherz, Zentralpräsident des Schweizerischen Hotelier-Vereins, Gstaad,

Herrn Th. Waldesbühl, Generaldirektor der Nestlé Alimentana A.G., Corseaux.

Der Bankrat bestätigte seinerseits diejenigen Mitglieder des Bankausschusses, die sich zu einer Wiederwahl zur Verfügung gestellt hatten, und ernannte anstelle der aus dem Bankausschuss ausscheidenden Herren E. Barbey, Genf, und Ständerat Dr. A. Lusser, Zug, zu neuen Mitgliedern:

Herrn R. Juri, Ing. agr., Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes, Brugg,

Herrn Dr. h. c. H. Küng, Delegierter des Verwaltungsrates und Direktor der Genossenschaftlichen Zentralbank, Basel.

Ferner bestellte der Bankrat die Lokalkomitees, indem er die bisherigen Mitglieder, soweit sie sich für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung stellten, bestätigte und anstelle der ausgeschiedenen Herren zu neuen Mitgliedern wählte:

Lokalkomitee Aarau: Herrn Dr. O. Seiler, Kaufmännischer Direktor der Kabelwerke Brugg A.G., Brugg.

Lokalkomitee Basel: Herrn Dr. H. Gürtler-Meyer, Delegierter des Verwaltungsrates der Brauerei Ziegelhof A.G., Liestal.

Herrn Th. Müller-Kriegel, Ingenieur, Präsident des Verwaltungsrates der Kriegel & Schaffner A.G., Basel.

Lokalkomitee St. Gallen: Herrn Th. Ruff, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der J. Huber & Co. A.G. St. Gallen, Niederteufen.

Hierauf ernannte der Bankausschuss die Vorsitzenden bzw. Stellvertreter der Vorsitzenden

der Lokalkomitees. Änderungen ergaben sich ausschliesslich in jenen Fällen, wo bisherige Mandatsinhaber wegen Erreichens der Altersgrenze demissioniert hatten.

Die Generalversammlung bestellte die Revisionskommission für die Amtsperiode 1967/68, indem sie zwei Mitglieder und zwei Ersatzmänner in ihren Funktionen bestätigte. Neu wurden bezeichnet:

Herr H. Villiger, Verwalter der Ersparniskasse Nidwalden, Stansstad, bisher Ersatzmann, als Mitglied (anstelle des im August 1966 verstorbenen Herrn N. Senn),

Herr J. Iten, Direktor der Zuger Kantonalbank, Zug, als Ersatzmann der Revisionskommission (anstelle von Herrn H. Villiger).

Im *Direktionskörper* der Bank ist nachstehende Änderung eingetreten:

Herr L.-M. de Torrenté, Direktor der Zweiganstalt Genf, sah sich aus gesundheitlichen Gründen veranlasst, um vorzeitige Versetzung in den Ruhestand nachzusuchen. Der Bundesrat entsprach diesem Begehren unter Verdankung der der Nationalbank während über 30 Jahren geleisteten ausgezeichneten Dienste und wählte zu seinem Nachfolger mit Amtsantritt am 1. Februar Herrn J. Terrier, bisher Stellvertreter des Direktors der Zweiganstalt Genf.

Der Bankausschuss ernannte im Sinne einer Erweiterung des juristischen Mitarbeiterstabes Herrn Dr. P. Ehram, bisher Adjunkt Ia beim Rechtsdienst der Eidg. Finanzverwaltung, zum zweiten Rechtskonsulenten der Bank.

JAHRESRECHNUNG

1. GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR 1967

2. JAHRESSCHLUSSBILANZ VOM 31. DEZEMBER 1967

GEWINN- UND

Abgeschlossen auf

SOLL

	Fr.
Verwaltungskosten	
Bankbehörden	Fr. 312 277. 05
Personal	Fr. 12 645 202. 60
Geschäfts- und Bureaukosten	Fr. 1 321 210. 05
Verschiedenes	Fr. 421 532. 54
	14 700 222. 24
Zinsen für Bundesschatzanweisungen	20 007 683. 85
Zinsen an Deponenten	475 874. 79
Aufwendungen für Bankgebäude	1 160 356. 23
Abschreibungen auf Mobiliar	418 770. 55
Kosten für Offenmarktoperationen	983 320. 50
Banknotenherstellungskosten	6 488 906. 15
Rückstellung für Offenmarktoperationen	4 000 000. —
Rückstellung für Zinsen für Bundesschatzanweisungen	9 000 000. —
Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle	1 000 000. —
Rückstellung für Umbauten in den Bankgebäuden	1 000 000. —
Zuwendung an die Pensionskasse	2 000 000. —
Reingewinn	6 843 248. 80
	68 078 383. 11

VERLUSTRECHNUNG

31. Dezember 1967

HABEN

	Fr.
Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen	31 649 895. 63
Diskontoertrag und Inkassogebühren	4 234 540. 84
Ertrag des Lombardgeschäftes	1 140 874. 76
Ertrag der eigenen Wertschriften einschliesslich ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken	28 789 390. 75
Zinsen von Inlandkorrespondenten	257 680. 13
Kommissionen	938 020. 34
Übrige Nutzposten	1 067 980. 66
	68 078 383. 11

JAHRESSCHLUSSBILANZ

AKTIVEN

	Fr.	
Kasse		
Gold im Inland und Ausland	Fr. 13 369 747 811. 55	
andere Kassenbestände	<u>Fr. 11 217 165. 36</u>	13 380 964 976. 91
Devisen		1 986 712 150. 99
Kursgesicherte Guthaben bei ausländischen Notenbanken		173 920 000. —
Inlandportefeuille		
Schweizerwechsel	Fr. 99 432 522. 75	
Diskontierte Obligationen	<u>Fr. 43 087 245. 70</u>	142 519 768. 45
Lombardvorschüsse		86 551 059. 23
Ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken		432 000 000. —
Eigene Wertschriften		
deckungsfähige	Fr. 9 173 600. —	
andere	<u>Fr. 172 682 001. —</u>	181 855 601. —
Korrespondenten im Inland		72 382 549. 69
Korrespondenten im Ausland		14 597 257. 81
Inkassowechsel		5 055 535. 78
Postcheckguthaben		3 478 044. 78
Diverse Debitoren		12 464 444. 65
Coupons		46 452. 45
Bankgebäude		1 500 000. —
Mobilier		1. —
Nicht einbezahltes Grundkapital		25 000 000. —
		16 519 047 842. 74

	Fr.
Notenumlauf	11 326 846 725. —
Girorechnungen	
Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie Fr. 3 810 770 003. 08	
Girorechnungen ausländischer Banken	Fr. 53 924 877. 82
	3 864 694 880. 90
Bundesverwaltungen	230 675 826. 97
Deponenten	20 516 857. 24
Zahlungs- und Clearingabkommen mit dem Ausland	29 027 915. 10
Verbindlichkeiten auf Zeit	550 000 000. —
Diverse Kreditoren	310 997 076. 62
Ausstehende Checks	658 324. 29
Sonstige Passiven	42 603 622. 77
Grundkapital	50 000 000. —
Reservefonds	34 000 000. —
Rückstellung für Offenmarktoperationen	10 000 000. —
Rückstellung für Banknotenherstellungskosten	17 183 112. 65
Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle	7 500 000. —
Rückstellung für Umbauten in den Bankgebäuden	7 189 758. 15
Rückstellung für Steuern	310 494. 25
Rückstellung für Zinsen auf Bundesschatzanweisungen	10 000 000. —
Reingewinn	6 843 248. 80
	16 519 047 842. 74

ERLÄUTERUNGEN ZUR JAHRESRECHNUNG

AKTIVEN DER BILANZ

KASSENVERKEHR

Kassenbestand am 31. Dezember 1966, einschliesslich Gold im Ausland	Fr. 23 211 172 290. 99
Eingang im Jahre 1967	Fr. 28 610 657 793. 89
	<hr/>
	Fr. 51 821 830 084. 88
Ausgang im Jahre 1967	Fr. 27 603 085 132. 97
	<hr/>
Kassenbestand am 31. Dezember 1967, einschliesslich Gold im Ausland	Fr. 24 218 744 951. 91
Der Kassenbestand vom 31. Dezember 1967 setzte sich wie folgt zusammen:	
Gold	Fr. 13 369 747 811. 55
Scheidemünzen	Fr. 11 202 594. 61
Verschiedenes	Fr. 14 570. 75
	<hr/>
Total laut Bilanz	Fr. 13 380 964 976. 91
Dazu: eigene Noten in den Kassen der Bank	Fr. 10 837 779 975. —
	<hr/>
Total	Fr. 24 218 744 951. 91

Das Gold ist mit Fr. 4 869. 80 pro Kilogramm Feingold gebucht, entsprechend dem für Goldbarren loco Bern geltenden Ankaufspreis.

DEVISENVERKEHR

Bestand am 31. Dezember 1966	Fr. 2 060 340 047. 47
Eingang im Jahre 1967	Fr. 33 615 710 268. 66
	<hr/>
	Fr. 35 676 050 316. 13
Ausgang im Jahre 1967	Fr. 33 689 338 165. 14
	<hr/>
Bestand am 31. Dezember 1967	Fr. 1 986 712 150. 99

KURSGESICHERTE GUTHABEN BEI AUSLÄNDISCHEN NOTENBANKEN

Bestand am 31. Dezember 1966	Fr. 518 920 000. —
Eingang im Jahre 1967	Fr. 187 232 728. 75
	<hr/>
	Fr. 706 152 728. 75
Ausgang im Jahre 1967	Fr. 532 232 728. 75
	<hr/>
Bestand am 31. Dezember 1967	Fr. 173 920 000. —

DISKONTOVERKEHR

Schweizerwechsel

Bestand am 31. Dezember 1966	643 Wechsel mit	Fr.	97 832 380. 81
Im Jahre 1967 wurden diskontiert	2 692 Wechsel mit	Fr.	469 683 843. 84
	3 335 Wechsel mit	Fr.	567 516 224. 65
Davon wurden 1967 eingelöst	2 748 Wechsel mit	Fr.	468 083 701. 90
Bestand am 31. Dezember 1967	587 Wechsel mit	Fr.	99 432 522. 75

Schatzanweisungen des Bundes

Bestand am 31. Dezember 1966	Fr.	16 750 000. —
Im Jahre 1967 wurden diskontiert:		
eingereicht vom Bund	Fr.	—
eingereicht vom Markt	Fr.	100 000 000. —
	Fr.	116 750 000. —
Davon wurden 1967 eingelöst	Fr.	116 750 000. —
Bestand am 31. Dezember 1967	Fr.	—

Obligationen

Bestand am 31. Dezember 1966	Fr.	43 259 500. 35
Im Jahre 1967 wurden diskontiert	Fr.	111 437 968. 25
	Fr.	154 697 468. 60
Davon wurden 1967 eingelöst	Fr.	111 610 222. 90
Bestand am 31. Dezember 1967	Fr.	43 087 245. 70

LOMBARDVERKEHR

Bestand der Lombardvorschüsse am 31. Dezember 1966	Fr.	109 343 647. 91
Neue Vorschüsse im Jahre 1967	Fr.	759 648 506. 31
	Fr.	868 992 154. 22
Rückzahlungen im Jahre 1967	Fr.	782 441 094. 99
Bestand der Lombardvorschüsse am 31. Dezember 1967	Fr.	86 551 059. 23

Die Zahl der offenen Lombardrechnungen belief sich am 31. Dezember 1967 auf 150.

Von den Hinterlagen am 31. Dezember 1967 entfielen 76% auf eidgenössische Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen, kantonale und kommunale Obligationen sowie auf Obligationen von Kantonalbanken im Sinne des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen.

VERKEHR IN AUSLÄNDISCHEN SCHATZANWEISUNGEN IN SCHWEIZERFRANKEN

Bestand am 31. Dezember 1966	Fr. 432 000 000. —
Eingang im Jahre 1967	Fr. 590 000 000. —
	<hr/>
	Fr. 1 022 000 000. —
Ausgang im Jahre 1967	Fr. 590 000 000. —
	<hr/>
Bestand am 31. Dezember 1967	Fr. 432 000 000. —

VERKEHR IN EIGENEN WERTSCHRIFTEN

Bestand am 31. Dezember 1966	Fr. 181 748 401. —
Eingang im Jahre 1967	Fr. 8 410 247. 50
	<hr/>
	Fr. 190 158 648. 50
Ausgang im Jahre 1967	Fr. 8 303 047. 50
	<hr/>
Bestand am 31. Dezember 1967	Fr. 181 855 601. —

VERKEHR MIT DEN KORRESPONDENTEN IM INLAND

Guthaben der Bank am 31. Dezember 1966	Fr. 81 500 222. 47
Im Jahre 1967 wurden der Bank von den Korrespondenten gutgeschrieben ...	Fr. 10 257 653 108. 74
	<hr/>
	Fr. 10 339 153 331. 21
Im Jahre 1967 wurden der Bank von den Korrespondenten belastet	Fr. 10 266 770 781. 52
	<hr/>
Guthaben der Bank am 31. Dezember 1967	Fr. 72 382 549. 69

Am 31. Dezember 1967 verfügte die Bank für den Inlandverkehr über ein Netz von Korrespondenten, das 367 Bank- und 180 Nebenplätze umfasste. Die Zahl der Korrespondentenmandate belief sich auf 473.

VERKEHR MIT DEN KORRESPONDENTEN IM AUSLAND

Bestand am 31. Dezember 1966	Fr. 15 413 945. 11
Eingang im Jahre 1967	Fr. 4 574 535 014. 34
	<hr/>
	Fr. 4 589 948 959. 45
Ausgang im Jahre 1967	Fr. 4 575 351 701. 64
	<hr/>
Bestand am 31. Dezember 1967	Fr. 14 597 257. 81

INKASSOVERKEHR

Den Bankstellen der Nationalbank sind im Berichtsjahr an Checks und Wechseln zum Inkasso eingereicht worden

auf Mitglieder der Abrechnungsstellen	22 189 Stück mit	Fr. 942 632 768. 37
auf andere Bezogene	<u>15 134 Stück mit</u>	<u>Fr. 338 145 799. 86</u>
Total	<u>37 323 Stück mit</u>	<u>Fr. 1 280 778 568. 23</u>

VERKEHR AUF POSTCHECKRECHNUNGEN

Postcheckguthaben am 31. Dezember 1966	Fr. 3 171 806. 11
Im Jahre 1967 wurden unsern Postcheckrechnungen gutgeschrieben	<u>Fr. 40 931 484 690. 39</u>
	Fr. 40 934 656 496. 50
Im Jahre 1967 wurden unsern Postcheckrechnungen belastet	<u>Fr. 40 931 178 451. 72</u>
Postcheckguthaben am 31. Dezember 1967	<u>Fr. 3 478 044. 78</u>

Der Überweisungsverkehr zwischen den Kunden der Nationalbank und den Inhabern von Postcheckrechnungen gestaltete sich im Berichtsjahr wie folgt:

18 421 Giroüberweisungen von der Nationalbank an die Post	Fr. 1 917 815 971. 90
31 615 Giroüberweisungen von der Post an die Nationalbank	<u>Fr. 21 912 090 014. 68</u>
Total	<u>Fr. 23 829 905 986. 58</u>

BANKGEBÄUDE UND MOBILIAR

Bankgebäude

Der Buchwert der Gebäude der Bank betrug am 31. Dezember 1967 wie im Vorjahr Fr. 1 500 000. —

Die Feuerversicherungssumme stellte sich insgesamt auf Fr. 40 578 000.—

Die Auslagen für Neueinrichtungen, Renovationen, Unterhalt, Beleuchtung, Heizung,
Bewachung, Reinigung beliefen sich auf Fr. 1 466 270. 93

Nach Verrechnung der vereinnahmten Mietzinse von Fr. 305 914. 70

verbleibt ein Überschuss der Aufwendungen von Fr. 1 160 356. 23

Mobiliar

Das Mobiliarkonto war am 31. Dezember 1966 belastet mit Fr. 1. —

Die Neuanschaffungen im Betrage von Fr. 418 770. 55
wurden vollständig abgeschrieben.

Der Buchwert am 31. Dezember 1967 beträgt somit wiederum Fr. 1. —

PASSIVEN DER BILANZ

AUSGABE UND DECKUNG DER BANKNOTEN (Vgl. Beilagen Nr. 1 und 2)

Der Notenumlauf der Nationalbank belief sich

am 31. Dezember 1966	auf	Fr. 10 651 053 330
am 31. Dezember 1967	auf	Fr. 11 326 846 725
Zunahme		<u>Fr. 675 793 395</u>

Der Notenumlauf betrug im Jahresdurchschnitt Fr. 10 013 358 985; er erreichte im Maximum (am 22. Dezember) Fr. 11 540 742 830 und im Minimum (am 15. Februar) Fr. 9 389 802 395.

Im Berichtsjahr sind insgesamt 35 927 500 Stück zurückgerufene oder beschädigte Banknoten im Nennwert von Fr. 2 278 700 000 zur Vernichtung ausgeschieden und durch neue Noten ersetzt worden.

Von den zurückgerufenen Noten der Nationalbank waren am 31. Dezember 1967 noch ausstehend:

Noten zu 1 000 Franken mit dem Bild der Giesserei auf der Rückseite	Fr.	25 642 000
Noten zu 500 Franken mit dem Bild der Handstickerinnen auf der Rückseite . .	Fr.	7 437 000
Noten zu 100 Franken mit dem Bild des Mähers auf der Rückseite	Fr.	24 813 600
Noten zu 50 Franken mit dem Bild des Holzfällers auf der Rückseite	Fr.	7 905 450
Noten zu 20 Franken mit dem Pestalozzikopf auf der Vorderseite	Fr.	7 737 760
Zusammen	Fr.	<u>73 535 810</u>

Die Nationalbank ist verpflichtet, die erwähnten Noten zu 1 000, 500, 100 und 50 Franken bis zum 30. September 1978, die Noten zu 20 Franken mit dem Pestalozzikopf bis zum 31. März 1976 zum Nennwert umzutauschen.

Deckung des Notenumlaufs am 31. Dezember 1967:

Gold	Fr. 13 369 747 812
----------------	--------------------

Übrige deckungsfähige Aktiven

Devisen	Fr. 1 986 712 151	
Inlandportefeuille	Fr. 142 519 768	
Lombardvorschüsse	Fr. 86 551 059	
Wertschriften	Fr. 9 173 600	Fr. 2 224 956 578
Gesamte Notendeckung		<u>Fr. 15 594 704 390</u>

Die Deckung des Notenumlaufs durch Gold allein betrug im Maximum 126,50 % (16. August), im Minimum 107,30 % (15. Dezember). Die Deckung des Notenumlaufs und der täglich fälligen Verbindlichkeiten durch Gold allein erreichte im Maximum 99,43 % (21. April), im Minimum 81,18 % (18. Dezember).

GIROVERKEHR (Vgl. Beilage Nr. 3)

Bestand der Giroguthaben am 31. Dezember 1966	Fr. 4 051 605 741. 58
Im Jahre 1967 wurden den Girorechnungen gutgeschrieben	Fr. 659 131 080 466. 77
	<u>Fr. 663 182 686 208. 35</u>
Im Jahre 1967 wurden den Girorechnungen belastet	Fr. 659 317 991 327. 45
Bestand der Giroguthaben am 31. Dezember 1967	<u>Fr. 3 864 694 880. 90</u>

Vom Gesamtumsatz wurden 98,63% unter Vermeidung von Barzahlungen durch Umschreibung in den Büchern der Bank erledigt.

Vom Gesamtumsatz von	4 750 930 Posten mit Fr. 1 318 449 071 794. 22
entfielen auf den Bankenclearingverkehr über die Giro-	
rechnungen bei der Nationalbank	4 127 494 Posten mit Fr. 1 045 592 383 647. 86
davon wurden über die bei der Nationalbank geführten	
Bankenclearingkonti verrechnet	4 088 994 Posten mit Fr. 320 546 936 430. 12

Der Bestand der Giroguthaben betrug im Maximum (am 29. Dezember) Fr. 3 864 694 880.90, im Minimum (am 5. Mai) Fr. 2 223 294 566.58; er belief sich im Jahresdurchschnitt auf Fr. 3 228 651 434.95.

Die Zahl der Girorechnungen stellte sich am 31. Dezember 1967 auf 1508.

VERKEHR AUF DEN KONTEN DER BUNDESVERWALTUNGEN

Ein- und Auszahlungsverkehr

Bestand der Guthaben der Bundesverwaltungen am 31. Dezember 1966 . . .	Fr. 375 232 250. 93
Im Jahre 1967 wurden den Rechnungen der Bundesverwaltungen gutgeschrieben	Fr. 41 402 133 906. 41
	<u>Fr. 41 777 366 157. 34</u>
Im Jahre 1967 wurden den Rechnungen der Bundesverwaltungen belastet	Fr. 41 546 690 330. 37
Bestand der Guthaben der Bundesverwaltungen am 31. Dezember 1967	<u>Fr. 230 675 826. 97</u>

Vom Verkehr entfallen auf	Gutschriften	Belastungen
die Eidgenössische Staatskasse	Fr. 11 648 144 745. 24	Fr. 11 793 208 903. 53
die PTT-Betriebe	Fr. 27 464 600 059. 63	Fr. 27 464 605 246. 93
die Schweizerischen Bundesbahnen	Fr. 2 059 010 742. 04	Fr. 2 058 997 445. 66
die übrigen Verwaltungen	Fr. 230 378 359. 50	Fr. 229 878 734. 25
Total	<u>Fr. 41 402 133 906. 41</u>	<u>Fr. 41 546 690 330. 37</u>

VERKEHR MIT DEPONENTEN

Bestand der Guthaben der Deponenten am 31. Dezember 1966	Fr. 15 340 828. 32
Im Jahre 1967 wurden den Depotrechnungen gutgeschrieben	Fr. 1 709 741 178. 10
	<hr/>
	Fr. 1 725 082 006. 42
Im Jahre 1967 wurden den Depotrechnungen belastet	Fr. 1 704 565 149. 18
	<hr/>
Bestand der Guthaben der Deponenten am 31. Dezember 1967	Fr. 20 516 857. 24

ZAHLUNGSVERKEHR MIT DEM AUSLAND AUF GRUND VON ZAHLUNGS- UND CLEARINGABKOMMEN

Die Rechnungen, die der Durchführung des gebundenen Zahlungsverkehrs dienen, wiesen am 31. Dezember 1966 Guthaben Dritter auf im Betrage von....	Fr. 23 277 503. 94
Im Jahre 1967 wurden diesen Rechnungen gutgeschrieben	Fr. 1 954 548 885. 08
	<hr/>
	Fr. 1 977 826 389. 02
Im Jahre 1967 wurden diesen Rechnungen belastet	Fr. 1 948 798 473. 92
	<hr/>
Bestand der Guthaben am 31. Dezember 1967	Fr. 29 027 915. 10

VERBINDLICHKEITEN AUF ZEIT

Bestand am 31. Dezember 1966	Fr. 389 050 000. —
Im Jahre 1967 wurden zu Lasten von Girorechnungen der Banken auf dieses Konto übertragen	Fr. 720 950 000. —
	<hr/>
	Fr. 1 110 000 000. —
Zur Rückgabe von solchen Zeitgeldern an Banken wurden dem Konto belastet .	Fr. 560 000 000. —
	<hr/>
Bestand am 31. Dezember 1967	Fr. 550 000 000. —

Die Verbindlichkeiten auf Zeit rühren von der am 1. Oktober 1960 und 4. August 1964 erfolgten Plazierung von Schatzanweisungen bei den Banken zur Bindung überschüssiger Marktmittel her.

AUSSTEHENDE CHECKS

Am 31. Dezember 1966 waren an Ziehungen auf die Bank ausstehend	134 Checks für	Fr. 777 103. 58
Im Jahre 1967 wurden dem Konto gutgeschrieben	7 045 Checks für	Fr. 561 619 806. 68
	7 179 Checks für	Fr. 562 396 910. 26
Im Jahre 1967 wurden dem Konto belastet	7 073 Checks für	Fr. 561 738 585. 97
Am 31. Dezember 1967 waren ausstehend	106 Checks für	Fr. 658 324. 29

EIGENE GELDER

Grundkapital

Das Grundkapital beträgt unverändert Fr. 50 000 000. —, eingeteilt in 100 000 Aktien von je Fr. 500. —, auf welche 50 % = Fr. 250. — einbezahlt sind.

Im Laufe des Berichtsjahres hat der Bankausschuss die Übertragung von 2 005 Aktien auf neue Eigentümer genehmigt.

Nach den Eintragungen im Aktienregister war das Aktienkapital am 31. Dezember 1967 wie folgt verteilt:

2 082 Privataktionäre mit je	1 Aktie
1 311 Privataktionäre mit je	2 Aktien
1 209 Privataktionäre mit je	3— 5 Aktien
607 Privataktionäre mit je	6— 10 Aktien
346 Privataktionäre mit je	11— 25 Aktien
159 Privataktionäre mit je	26— 50 Aktien
56 Privataktionäre mit je	51—100 Aktien
21 Privataktionäre mit je	101—200 Aktien
14 Privataktionäre mit je	über 200 Aktien
<u>5 805 Privataktionäre mit zusammen</u>	<u>41 864 Aktien</u>
24 Kantone und Halbkantone mit zusammen	38 733 Aktien
28 Kantonallbanken mit zusammen	16 884 Aktien
50 andere öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten mit zusammen	2 519 Aktien
<u>5 907 Aktionäre mit zusammen</u>	<u>100 000 Aktien</u>

Vom gesamten Aktienkapital sind demnach 58,14 % im Besitz von Kantonen, Kantonallbanken sowie anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten und 41,86 % im Besitz von Privataktionären.

Reservefonds

Laut Beschluss der Generalversammlung vom 17. März 1967 erreicht der Reservefonds	Fr. 34 000 000. —
Nach Verbuchung der Zuweisung von	Fr. 1 000 000. —
aus dem Reingewinn des Jahres 1967 wird sich der Reservefonds erhöhen auf	<u>Fr. 35 000 000. —</u>

RÜCKSTELLUNG FÜR OFFENMARKTOPERATIONEN

Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1966	Fr. 6 000 000. —
Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 4 000 000. —
erhöht auf	<u>Fr. 10 000 000. —</u>

RÜCKSTELLUNG FÜR ZINSEN FÜR BUNDESSCHATZANWEISUNGEN

Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1966	Fr. 1 000 000. —
Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 9 000 000. —
erhöht auf	<u>Fr. 10 000 000. —</u>

RÜCKSTELLUNG FÜR NICHT VERSICHERTE SCHADENFÄLLE

Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1966	Fr. 6 500 000. —
Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 1 000 000. —
erhöht auf	<u>Fr. 7 500 000. —</u>

RÜCKSTELLUNG FÜR UMBAUTEN IN DEN BANKGEBÄUDEN

Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1966	Fr. 6 189 758. 15
Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 1 000 000. —
erhöht auf	<u>Fr. 7 189 758. 15</u>

DIENSTLEISTUNGEN FÜR DIE BUNDESVERWALTUNGEN

EIDGENÖSSISCHES SCHULDBUCH

Gemäss Art. 10 des Bundesgesetzes vom 21. September 1939 über das eidgenössische Schuldbuch ist die Schweizerische Nationalbank mit der Führung des Schuldbuches betraut. Sie übt diese Obliegenheit im Namen und Auftrage des Bundes aus.

Am 31. Dezember 1966 waren im eidgenössischen Schuldbuch eingetragen:

658 Einzelforderungen mit Fr. 1 039 799 000. —

Zuwachs im Jahre 1967:

Zeichnungen von Schuldbuchforderungen bei Anleihensemissionen Fr. 51 863 000. —

Fr. 1 091 662 000. —

Abgang im Jahre 1967:

Rückzahlungen Fr. 102 999 000. —

Am 31. Dezember 1967 waren im Schuldbuch eingetragen:

617 Einzelforderungen mit Fr. 988 663 000. —

Im Berichtsjahre wurden 47 Übertragungen von Schuldbuchforderungen auf andere Gläubiger vorgenommen im Gesamtbetrage von Fr. 27 083 000. —

An Zinsen auf Schuldbuchforderungen wurden im Berichtsjahre vergütet in

1 001 Gutschriften Fr. 21 571 803. 70

Das eidgenössische Schuldbuch wurde im Berichtsjahre für die Umwandlung bestehender Schuldverschreibungen in Schuldbuchforderungen nicht geöffnet.

VERWALTUNG VON WERTSCHRIFTEN

Die Schweizerische Nationalbank ist laut Art. 15, Absatz 1, des Bankgesetzes verpflichtet, die dem Bunde gehörenden und die unter seiner Verwaltung stehenden Wertschriften und Wertgegenstände unentgeltlich zur Aufbewahrung und Verwaltung zu übernehmen.

Bestand der verwalteten Wertschriften am 31. Dezember 1967

für den Bund Fr. 1 147 624 297. —

für die Schweizerischen Bundesbahnen Fr. 352 500. —

Total Fr. 1 147 976 797. —

EINLÖSUNG VON TITELN UND COUPONS

Als Domizilstelle hat die Nationalbank im Berichtsjahr an rückzahlbaren Titeln und fälligen Coupons für den Bund und die Bundesbahnen eingelöst:

rückzahlbare Titel	7 555 Stück mit	Fr.	23 998 500. —
Coupons	<u>338 495</u> Stück mit	Fr.	<u>19 103 938. 80</u>
Total	<u>346 050</u> Stück mit	Fr.	<u>43 102 438. 80</u>

GEWINNVERTEILUNG

Gemäss Art. 27 des Nationalbankgesetzes vom 23. Dezember 1953 ist von dem durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Reingewinn zunächst dem Reservefonds ein Betrag zuzuweisen, der 2% des Grundkapitals, d.h. 1 Million Franken nicht übersteigen darf.

Sodann kann eine Dividende bis zu 6% des einbezahlten Grundkapitals ausgerichtet werden, was einen Betrag von höchstens Fr. 1 500 000. — erfordert.

Der verbleibende Rest ist der eidgenössischen Staatskasse zur Ausrichtung einer Entschädigung an die Kantone bis zu 80 Rappen je Kopf der Bevölkerung zu überweisen. Der auf dieser Grundlage berechnete Aufwand würde sich per 31. Dezember 1967 auf Fr. 4 343 248.80 belaufen.

ANTRÄGE

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beehren wir uns, folgende Anträge zu stellen:

1. Es wird der vorliegende Geschäftsbericht samt Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz auf 31. Dezember 1967 genehmigt.
2. Es wird der Verwaltung Entlastung erteilt.
3. Der durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Reingewinn von Fr. 6 843 248.80 ist wie folgt zu verwenden:

Einlage in den Reservefonds	Fr. 1 000 000. —
Ausrichtung einer Dividende von 6%.....	Fr. 1 500 000. —
Ablieferung an die eidgenössische Staatskasse	Fr. 4 343 248.80
	<hr/>
	Fr. 6 843 248.80

Wir schliessen unsern Bericht über das vergangene Geschäftsjahr mit dem verbindlichen Dank an den Vorsteher des Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartements, Herrn Bundesrat R. Bonvin, für seine verständnisvolle und tatkräftige Unterstützung, die er der Nationalbank auch im abgelaufenen Jahr hat zuteil werden lassen. Im weitern ist es uns eine angenehme Pflicht, unsern Korrespondenten und Berichterstatlern aus Bank- und Wirtschaftskreisen für ihre geschätzte Mitarbeit sowie unsern Beamten und Angestellten für ihre treue Pflichterfüllung zu danken.

Zürich, den 18. Januar 1968

Namens des Direktoriums
der Schweizerischen Nationalbank

Der Präsident: *Stopper*

Der Generalsekretär: *Läng*

DER BANKAUSSCHUSS

DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK

hat in seiner Sitzung vom 2. Februar 1968 den vorstehenden Geschäftsbericht über das Jahr 1967 zur Kenntnis genommen und ihm die Genehmigung erteilt. Gemäss Artikel 43, Absatz 1, Ziffer 4, und Artikel 49, Absatz 1, des Nationalbankgesetzes wird der Bericht mit den nachstehenden Anträgen dem Bankrate überwiesen.

Der Bankausschuss

BEANTRAGT

der Bankrat möge beschliessen:

1. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1967 mit Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz vom 31. Dezember 1967 wird zur Vorlage an den Bundesrat und an die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.
2. Die auf Seite 58 des Berichtes formulierten Anträge werden vom Bankrat der Generalversammlung unterbreitet.

Bern, den 2. Februar 1968.

Im Namen des Bankausschusses
der Schweizerischen Nationalbank,

Der Präsident des Bankrates: *Dr. B. Galli*

Der Protokollführer: *Flückiger*

BERICHT DER REVISIONSKOMMISSION
AN DIE GENERALVERSAMMLUNG DER AKTIONÄRE
DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK

Hochgeehrter Herr Präsident,
Hochgeehrte Herren Aktionäre,

Die von Ihnen bestellte Revisionskommission führte im Laufe des vergangenen Jahres bei allen Zweiganstalten sowie bei den Agenturen Biel, La Chaux-de-Fonds und Winterthur Revisionen durch. Sie hat auch die Hauptbuchhaltung sowie die Bestände an den Sitzen Zürich und Bern einer Prüfung unterzogen.

Die Kommission hat alles in bester Ordnung befunden und erklärt, dass die Gewinn- und Verlustrechnung und die Schlussbilanz vom 31. Dezember 1967, wie sie Ihnen vorgelegt werden, mit den Saldi der im Generalhauptbuch der Bank geführten Konti übereinstimmen. Sie stellt mit Befriedigung fest, dass sowohl die Hauptbuchhaltung als auch die Buchhaltungen der Sitze, Zweiganstalten und eigenen Agenturen übersichtlich geführt sind und dass in allen Dienstzweigen gute Ordnung herrscht.

Wir beantragen Ihnen, hochgeehrter Herr Präsident, hochgeehrte Herren Aktionäre, die vorgelegte Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanz vom 31. Dezember 1967 mit dem ausgewiesenen Reingewinn von Fr. 6 843 248. 80 zu genehmigen und die Ihnen vom Bankrat vorgeschlagene Verteilung des Reingewinnes gutzuheissen.

Bern, den 16. Februar 1968.

Mit Hochachtung,

Die Revisionskommission :

Gsell

Villiger

Spälty

DER SCHWEIZERISCHE BUNDESRAT

in Ausführung von Artikel 25, Absatz 3, und Artikel 63, Ziffer 2, lit. i, des Bundesgesetzes vom 23. Dezember 1953 über die Schweizerische Nationalbank;

nach erfolgter Kenntnisnahme von dem im Artikel 51, Absatz 2, des genannten Gesetzes vorgesehenen Bericht der Revisionskommission vom 16. Februar 1968;

auf Antrag des Eidg. Finanz- und Zolldepartements,

BESCHLIESST:

Dem Geschäftsbericht und der Jahresrechnung der Schweizerischen Nationalbank für das Jahr 1967 wird die gesetzlich vorgesehene Genehmigung erteilt.

Bern, den 28. Februar 1968.

Im Namen
des Schweizerischen Bundesrates,

Der Bundespräsident: *Spühler*

Der Kanzler: *Huber*

AN DIE GENERALVERSAMMLUNG DER AKTIONÄRE DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK

Hochgeehrte Herren Aktionäre,

Der Bankrat der Schweizerischen Nationalbank hat in seiner Sitzung vom 16. Februar 1968 auf Antrag des Bankausschusses den vom Direktorium vorgelegten Geschäftsbericht über die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1967 zur Vorlage an den Bundesrat und die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.

Nachdem auch die Revisionskommission ihren in Artikel 51, Absatz 2, des Bankgesetzes vorgesehenen Bericht am 16. Februar 1968 erstattet hat und die in Artikel 25, Absatz 3, vorgesehene Genehmigung durch den Bundesrat am 28. Februar 1968 erfolgt ist, beehren wir uns, Ihnen den sechzigsten Geschäftsbericht zu unterbreiten und Ihnen die Abnahme der Rechnung wie auch die Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinnes im Sinne der auf Seite 58 aufgeführten Anträge zu empfehlen.

Bern, den 29. Februar 1968.

Mit Hochachtung,

Im Namen des Bankrates
der Schweizerischen Nationalbank,

Der Präsident des Bankrates: *Galli*

Ein Mitglied des Direktoriums: *Hay*

VERZEICHNIS DER BEILAGEN

- Nr. 1 Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise.
- Nr. 2 Gliederung des Notenumlaufs nach Abschnitten.
- Nr. 3 Giroverkehr.
- Nr. 4 Geschäftsverkehr der einzelnen Bankstellen.
- Nr. 5 Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank:
Tabelle I: Bestände am Jahresende.
Tabelle II: Jahresdurchschnitte.
Tabelle III: Umsätze.
Tabelle IV: Geschäftsergebnisse.
- Nr. 6 Graphische Darstellung:
Schweizerische Nationalbank 1962—1967.
- Nr. 7 Diskontosatz und Lombardzinsfuß seit Eröffnung der Bank.
- Nr. 8 Abrechnungsverkehr:
Verkehr der schweizerischen Abrechnungsstellen (Kol. 2—10).
Wertschriften-Clearing für Kassageschäfte auf den Plätzen Basel und Zürich
(Kol. 11 und 12).
- Nr. 9 Verzeichnis der Mitglieder der Bankbehörden und der Bankorgane.

1967	Aktiven												Sonstige Aktiven
	Goldbestand	Devisen	Kurs-gesicherte Guthaben bei ausländischen Notenbanken	Inlandportefeuille			Lombardvorschüsse	Ausländische Schatzanweisungen in sFr.	Wertschriften		Korrespondenten		
				Wechsel	Schatzanweisungen des Bundes	Total			Total	davon deckungsfähige	im Inland	im Ausland	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Jan. 6.	12 181 737	1 587 357	518 920	136 620	6 750	143 370	62 947	432 000	181 748	1 757	9 821	15 381	48 663
13.	11 948 824	1 380 992	518 920	145 110	6 750	151 860	39 499	432 000	184 985	1 757	15 263	15 824	47 443
23.	11 732 368	1 113 854	518 920	133 666	6 000	139 666	36 404	562 000	185 283	1 757	11 569	15 470	48 703
31.	11 591 732	959 600	518 920	134 129	6 000	140 129	20 461	562 000	185 283	1 757	38 016	14 038	54 374
Febr. 7.	11 588 410	961 648	518 920	111 466	6 000	117 466	23 134	432 000	185 906	1 757	19 824	15 553	52 567
15.	11 588 410	929 764	518 920	104 828	—	104 828	17 751	432 000	185 906	1 757	19 663	30 508	52 198
23.	11 588 410	927 027	518 920	106 910	—	106 910	17 399	432 000	185 906	1 757	20 704	18 416	54 990
28.	11 588 410	924 040	518 920	99 937	—	99 937	22 361	562 000	186 598	1 767	33 647	11 693	62 122
März 7.	11 595 794	906 544	518 920	100 401	—	100 401	27 738	562 000	186 598	1 767	25 344	16 684	63 591
15.	11 595 794	875 232	518 920	104 234	—	104 234	14 990	562 000	186 598	6 531	28 886	30 435	63 703
23.	11 595 794	1 325 656	518 920	104 158	—	104 158	18 146	432 000	186 598	6 531	27 955	15 365	59 817
31.	11 595 794	1 826 827	518 920	110 970	10 000	120 970	36 466	432 000	186 777	6 531	57 139	15 170	55 268
April 7.	11 598 786	1 044 413	518 920	108 949	—	108 949	31 035	432 000	186 777	6 531	12 631	14 358	54 747
14.	11 598 786	788 752	518 920	105 422	—	105 422	29 226	432 000	186 777	6 531	27 079	14 547	54 828
21.	11 598 786	773 867	518 920	101 562	—	101 562	30 776	432 000	186 777	6 531	10 651	14 714	54 684
28.	11 438 695	761 455	518 920	172 801	30 000	202 801	45 093	432 000	185 693	5 443	35 533	15 333	55 320
Mai 5.	11 434 722	745 246	518 920	100 601	—	100 601	32 660	432 000	185 693	5 443	48 542	40 405	56 895
12.	11 334 708	880 350	518 920	96 586	—	96 586	30 387	432 000	185 693	5 443	21 271	16 343	54 155
23.	11 334 708	1 166 525	518 920	95 980	—	95 980	26 220	432 000	185 693	5 443	33 899	30 434	55 195
31.	11 334 708	1 673 487	173 920	97 519	—	97 519	38 684	432 000	185 693	5 454	50 869	34 218	56 973
Juni 7.	11 821 417	2 104 169	173 920	97 574	—	97 574	28 043	432 000	185 693	5 454	20 190	25 421	64 059
15.	12 252 846	1 659 737	173 920	95 794	—	95 794	30 649	432 000	185 693	5 449	25 917	35 813	63 584
23.	12 252 846	1 527 075	173 920	94 562	—	94 562	27 732	432 000	185 693	5 449	19 984	16 235	62 749
30.	12 252 846	1 736 184	173 920	96 356	10 000	106 356	49 595	432 000	185 740	5 449	47 318	15 158	59 867
Juli 7.	12 308 020	1 676 140	173 920	95 096	—	95 096	41 338	432 000	185 740	5 449	18 869	13 490	64 769
14.	12 308 020	1 531 086	173 920	95 434	—	95 434	32 635	432 000	185 740	5 449	19 998	16 889	69 317
21.	12 308 020	1 486 373	173 920	93 522	—	93 522	29 322	432 000	185 740	5 449	14 834	15 627	72 665
31.	12 308 020	1 478 047	173 920	95 714	—	95 714	34 520	432 000	185 740	5 449	45 509	15 527	80 433
Aug. 7.	12 307 255	1 477 144	173 920	94 985	—	94 985	33 443	432 000	185 740	5 449	23 097	14 595	73 903
15.	12 307 255	1 491 787	173 920	93 514	—	93 514	20 280	432 000	185 740	5 449	30 546	17 196	77 621
23.	12 301 869	1 458 596	173 920	92 513	—	92 513	19 005	432 000	185 740	5 449	22 635	28 078	75 141
31.	12 301 869	1 440 210	173 920	90 602	—	90 602	13 435	432 000	185 740	5 449	33 752	16 157	75 859
Sept. 7.	12 296 432	1 424 229	173 920	91 284	—	91 284	15 895	432 000	185 740	5 449	17 065	35 071	75 615
15.	12 296 432	1 376 174	173 920	91 045	—	91 045	10 276	432 000	185 740	5 449	16 663	14 262	77 435
22.	12 296 432	1 356 363	173 920	90 675	—	90 675	13 856	432 000	185 740	5 449	10 026	15 259	78 429
29.	12 296 566	1 337 141	173 920	95 235	30 000	125 235	27 495	432 000	185 740	5 449	21 155	14 592	82 134
Okt. 6.	12 292 049	1 317 418	173 920	96 150	—	96 150	19 201	432 000	185 740	5 449	14 965	37 322	72 973
13.	12 292 049	1 298 135	173 920	96 272	—	96 272	12 040	432 000	185 740	5 449	18 421	16 392	76 504
23.	12 292 049	1 273 448	173 920	97 159	—	97 159	10 155	532 000	185 740	5 449	10 758	15 700	80 704
31.	12 292 049	1 257 353	173 920	101 782	20 000	121 782	18 907	532 000	185 740	5 449	38 663	20 123	81 557
Nov. 7.	12 280 715	1 270 683	173 920	100 669	—	100 669	17 253	432 000	181 856	3 973	27 870	17 534	77 437
15.	11 910 622	1 224 900	173 920	104 897	—	104 897	30 903	432 000	181 856	9 174	26 960	37 027	82 289
23.	11 933 475	1 232 042	173 920	111 023	—	111 023	32 200	432 000	181 856	9 174	24 264	36 306	77 040
30.	11 916 191	1 544 005	173 920	131 115	—	131 115	44 308	532 000	181 856	9 174	42 199	16 208	83 647
Dez. 7.	11 847 885	1 735 734	173 920	131 769	—	131 769	57 474	432 000	181 856	9 174	19 240	33 277	75 257
15.	11 847 885	2 695 585	173 920	132 060	—	132 060	48 860	432 000	181 856	9 174	31 502	13 657	76 175
22.	13 164 498	1 935 512	173 920	137 134	—	137 134	56 144	432 000	181 856	9 174	26 680	40 748	78 035
29.	13 369 748	1 986 712	173 920	142 520	—	142 520	86 551	432 000	181 856	9 174	72 383	14 597	33 761

VERÖFFENTLICHTEN AUSWEISE

Passiven										Deckung	
Eigene Gelder	Notenumlauf	Täglich fällige Verbindlichkeiten			Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Verbindlichkeiten auf Zeit	Pflichtdepots gemäss Bundesbeschluss vom 13. März 1964	Sonstige Passiven	Bilanzsumme	des Notenumlaufs	des Notenumlaufs und der täglich fälligen Verbindlichkeiten
		Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie	Übrige täglich fällige Verbindlichkeiten	Total						durch Gold	In Prozenten
In 1000 Franken										In Prozenten	
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
58 000	10 104 458	2 480 483	566 921	3 047 404	1 035 000	600 000	2 290	334 792	15 181 944	120.56	92.62
58 000	9 768 656	2 763 939	165 765	2 929 704	1 035 000	600 000	3 757	340 493	14 735 610	122.32	94.10
58 000	9 664 903	2 504 202	157 780	2 661 982	1 035 000	600 000	3 958	340 394	14 364 237	121.39	95.18
58 000	9 824 986	1 811 731	401 818	2 213 549	1 035 000	600 000	6 414	346 604	14 084 553	117.98	96.29
58 000	9 555 065	1 929 259	382 892	2 312 151	1 035 000	600 000	6 403	348 809	13 915 428	121.28	97.65
58 000	9 389 802	2 247 155	197 412	2 444 567	1 035 000	600 000	3 207	349 372	13 879 948	123.41	97.92
58 000	9 677 876	2 088 824	58 696	2 147 520	1 035 000	600 000	746	351 540	13 870 682	119.74	98.00
58 000	9 955 781	1 833 004	169 549	2 002 553	1 035 000	600 000	746	357 648	14 009 728	116.40	96.91
58 000	9 745 243	1 852 766	344 135	2 196 901	1 035 000	600 000	746	367 724	14 003 614	118.99	97.10
58 000	9 630 487	1 917 327	369 050	2 286 377	1 035 000	600 000	—	370 928	13 980 792	120.41	97.31
59 000	10 058 301	2 069 111	100 283	2 169 394	1 035 000	600 000	—	362 714	14 284 409	115.29	94.83
59 000	10 091 521	2 585 286	217 705	2 802 991	1 035 000	500 000	—	356 819	14 845 331	114.91	89.93
59 000	9 806 534	1 831 659	306 883	2 138 542	1 035 000	600 000	—	363 540	14 002 616	118.28	97.10
59 000	9 633 063	1 876 406	188 098	2 064 504	1 035 000	600 000	—	364 770	13 756 337	120.21	99.16
59 000	9 692 140	1 815 183	157 854	1 973 037	1 035 000	600 000	—	363 560	13 722 737	119.67	99.43
59 000	10 165 063	1 833 762	176 557	2 010 319	690 000	400 000	—	366 461	13 690 843	112.53	93.95
59 000	9 944 511	1 497 733	437 607	1 935 340	690 000	600 000	—	366 833	13 595 684	114.99	96.25
59 000	9 778 864	1 733 218	341 234	2 074 452	690 000	600 000	—	368 097	13 570 413	115.91	95.62
59 000	9 778 037	2 051 249	333 329	2 384 578	690 000	600 000	—	367 959	13 879 574	115.92	93.19
59 000	10 037 633	1 882 617	441 640	2 324 257	690 000	590 000	—	377 181	14 078 071	112.92	91.69
59 000	9 853 832	2 874 185	486 627	3 360 812	690 000	600 000	—	388 842	14 952 486	119.97	89.46
59 000	9 686 849	3 059 044	472 991	3 532 035	690 000	600 000	—	388 069	14 955 953	126.49	92.69
59 000	10 058 164	2 639 401	359 190	2 998 591	690 000	600 000	—	387 041	14 792 796	121.82	93.84
59 000	10 289 704	2 673 092	360 011	3 033 103	690 000	600 000	—	387 177	15 058 984	119.08	91.97
59 000	10 081 343	2 606 043	579 336	3 185 379	690 000	600 000	—	393 660	15 009 382	122.09	92.77
59 000	9 938 105	2 766 313	418 323	3 184 636	690 000	600 000	—	393 298	14 865 039	123.85	93.79
59 000	10 050 749	2 763 895	248 758	3 012 653	690 000	600 000	—	399 621	14 812 023	122.46	94.22
59 000	10 170 982	2 515 755	409 039	2 924 794	690 000	600 000	—	404 654	14 849 430	121.01	93.98
59 000	9 934 740	2 527 143	605 133	3 132 276	690 000	600 000	—	400 066	14 816 082	123.88	94.19
59 000	9 742 068	2 859 085	479 947	3 339 032	690 000	600 000	—	399 759	14 829 859	126.33	94.08
59 000	9 852 215	2 800 713	384 764	3 185 477	690 000	600 000	—	402 805	14 789 497	124.86	94.36
59 000	10 121 343	2 430 636	452 271	2 882 907	690 000	600 000	—	410 294	14 763 544	121.54	94.60
59 000	9 946 752	2 512 186	525 118	3 037 304	690 000	600 000	—	414 195	14 747 251	123.62	94.70
59 000	9 837 945	2 775 611	292 264	3 067 875	690 000	600 000	—	419 127	14 673 947	124.99	95.28
59 000	10 016 444	2 625 942	240 530	2 866 472	690 000	600 000	—	420 784	14 652 700	122.76	96.45
59 000	10 389 154	2 387 223	145 335	2 532 558	690 000	600 000	—	425 266	14 695 978	118.36	95.16
59 000	10 119 946	2 464 340	281 344	2 745 684	690 000	600 000	—	427 108	14 641 738	121.46	95.54
59 000	9 943 369	2 654 194	220 408	2 874 602	690 000	600 000	—	434 502	14 601 473	123.62	95.90
59 000	10 010 334	2 722 790	152 370	2 875 160	690 000	600 000	—	437 139	14 671 633	122.79	95.39
59 000	10 359 887	2 021 071	646 244	2 667 315	690 000	500 000	—	445 892	14 722 094	118.65	94.36
59 000	10 138 551	1 866 590	795 017	2 661 607	690 000	600 000	—	430 779	14 579 937	121.13	95.94
59 000	10 038 032	2 082 631	302 248	2 384 879	690 000	600 000	—	433 463	14 205 374	118.65	95.88
59 000	10 364 086	1 924 547	160 528	2 085 075	690 000	600 000	—	435 965	14 234 126	115.14	95.86
59 000	10 669 444	1 953 323	350 005	2 303 328	690 000	500 000	—	443 677	14 665 449	111.69	91.86
59 000	10 688 346	1 904 127	292 412	2 196 539	690 000	600 000	—	454 527	14 688 412	110.85	91.95
59 000	11 042 083	3 367 389	109 082	3 476 471	—	600 000	—	455 946	15 633 500	107.30	81.60
59 000	11 540 743	3 393 957	176 805	3 570 762	—	600 000	—	456 022	16 226 527	114.07	87.12
59 000	11 326 847	3 810 770	334 145	4 144 915	—	550 000	—	413 286	16 494 048	118.04	86.41

GLIEDERUNG DES NOTENUMLAUFS NACH ABSCHNITTEN

1967	Abschnitte zu Franken								Total	Abschnitte zu Franken							
	1000	500	100	50	20	10	5	1000		500	100	50	20	10	5		
	In Millionen Franken									Prozentuale Verteilung							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16		
Januar	6.	2 906,8	1 386,5	4 415,4	633,8	510,1	242,2	9,7	10 104,5	28.77	13.72	43.70	6.27	5.05	2.40	0.09	
	13.	2 809,8	1 322,5	4 268,0	619,7	500,6	238,4	9,7	9 768,7	28.76	13.54	43.69	6.34	5.13	2.44	0.10	
	23.	2 752,7	1 347,3	4 217,3	610,0	492,4	235,5	9,7	9 664,9	28.48	13.94	43.63	6.31	5.10	2.44	0.10	
	31.	2 760,0	1 385,4	4 329,3	612,9	492,3	235,4	9,7	9 825,0	28.09	14.10	44.06	6.24	5.01	2.40	0.10	
Februar	7.	2 681,3	1 301,9	4 225,6	609,8	491,9	234,9	9,7	9 555,1	28.06	13.63	44.22	6.38	5.15	2.46	0.10	
	15.	2 649,5	1 269,0	4 137,4	604,0	487,0	233,2	9,7	9 389,8	28.22	13.52	44.06	6.43	5.19	2.48	0.10	
	23.	2 680,0	1 370,0	4 288,4	608,7	488,1	233,0	9,7	9 677,9	27.69	14.16	44.31	6.29	5.04	2.41	0.10	
	28.	2 715,3	1 421,0	4 460,4	619,6	494,3	235,6	9,6	9 955,8	27.27	14.27	44.80	6.22	4.97	2.37	0.10	
März	7.	2 659,0	1 323,6	4 389,1	623,4	498,7	236,8	9,6	9 745,2	27.28	13.63	45.04	6.40	5.12	2.43	0.10	
	15.	2 663,8	1 307,0	4 295,6	621,3	497,1	236,1	9,6	9 630,5	27.66	13.57	44.61	6.45	5.16	2.45	0.10	
	23.	2 708,9	1 442,1	4 521,2	633,0	503,9	239,6	9,6	10 058,3	26.93	14.34	44.95	6.29	5.01	2.38	0.10	
	31.	2 749,9	1 427,7	4 527,0	634,2	503,5	239,6	9,6	10 091,5	27.25	14.15	44.86	6.28	4.99	2.37	0.10	
April	7.	2 675,2	1 341,9	4 411,1	628,8	501,1	238,8	9,6	9 806,5	27.28	13.68	44.98	6.41	5.11	2.44	0.10	
	14.	2 649,8	1 311,3	4 311,0	618,7	495,7	237,0	9,6	9 633,1	27.51	13.61	44.75	6.42	5.15	2.46	0.10	
	21.	2 659,2	1 354,1	4 326,9	614,2	492,5	235,6	9,6	9 692,1	27.44	13.97	44.64	6.34	5.08	2.43	0.10	
	28.	2 722,8	1 472,2	4 597,1	626,2	499,0	238,2	9,6	10 165,1	26.79	14.48	45.22	6.16	4.91	2.34	0.10	
Mai	5.	2 676,3	1 385,0	4 503,7	627,8	502,2	239,9	9,6	9 944,5	26.91	13.93	45.29	6.31	5.05	2.41	0.10	
	12.	2 654,7	1 338,7	4 407,6	626,0	501,7	240,6	9,6	9 778,9	27.15	13.69	45.07	6.40	5.13	2.46	0.10	
	23.	2 644,4	1 388,2	4 380,7	620,2	496,2	238,7	9,6	9 778,0	27.04	14.20	44.80	6.34	5.08	2.44	0.10	
	31.	2 679,1	1 440,8	4 533,5	630,1	502,7	241,8	9,6	10 037,6	26.69	14.35	45.16	6.28	5.01	2.41	0.10	
Juni	7.	2 648,8	1 363,0	4 456,1	630,4	503,5	242,4	9,6	9 853,8	26.88	13.83	45.22	6.40	5.11	2.46	0.10	
	15.	2 635,1	1 334,5	4 344,0	622,4	499,6	241,6	9,6	9 686,8	27.20	13.78	44.84	6.43	5.16	2.49	0.10	
	23.	2 681,8	1 463,1	4 525,8	630,7	503,7	243,5	9,6	10 058,2	26.66	14.55	44.99	6.27	5.01	2.42	0.10	
	30.	2 746,6	1 479,1	4 652,5	644,1	511,2	246,6	9,6	10 289,7	26.69	14.37	45.22	6.26	4.97	2.40	0.09	
Juli	7.	2 674,2	1 394,4	4 589,2	649,8	515,1	249,0	9,6	10 081,3	26.53	13.83	45.52	6.45	5.11	2.47	0.09	
	14.	2 664,6	1 371,7	4 490,0	643,5	511,1	247,6	9,6	9 938,1	26.81	13.80	45.18	6.48	5.14	2.49	0.10	
	21.	2 661,4	1 428,1	4 550,1	643,4	510,3	247,8	9,6	10 050,7	26.48	14.21	45.27	6.40	5.08	2.46	0.10	
	31.	2 657,5	1 469,0	4 622,4	649,1	513,7	249,7	9,6	10 171,0	26.13	14.44	45.45	6.38	5.05	2.45	0.10	
August	7.	2 605,2	1 390,0	4 515,6	649,7	514,5	250,2	9,5	9 934,7	26.22	13.99	45.45	6.54	5.18	2.52	0.10	
	15.	2 594,0	1 348,2	4 390,2	642,8	509,4	248,0	9,5	9 742,1	26.63	13.84	45.06	6.60	5.23	2.54	0.10	
	23.	2 620,3	1 411,8	4 412,3	641,4	508,9	248,0	9,5	9 852,2	26.60	14.33	44.78	6.51	5.16	2.52	0.10	
	31.	2 666,8	1 456,7	4 576,8	648,3	513,8	249,4	9,5	10 121,3	26.35	14.39	45.22	6.40	5.08	2.46	0.10	
September	7.	2 643,4	1 389,3	4 494,9	647,3	513,4	249,0	9,5	9 946,8	26.57	13.97	45.19	6.51	5.16	2.50	0.10	
	15.	2 659,2	1 361,9	4 411,3	639,9	508,8	247,3	9,5	9 837,9	27.03	13.84	44.84	6.51	5.17	2.51	0.10	
	22.	2 687,8	1 445,7	4 482,3	638,3	507,1	245,7	9,5	10 016,4	26.84	14.43	44.75	6.37	5.06	2.45	0.10	
	29.	2 762,2	1 522,3	4 685,5	647,7	514,2	247,8	9,5	10 389,2	26.59	14.65	45.10	6.23	4.95	2.39	0.09	
Oktober	6.	2 707,8	1 422,0	4 568,9	647,8	516,2	247,7	9,5	10 119,9	26.76	14.05	45.15	6.40	5.10	2.45	0.09	
	13.	2 687,6	1 382,0	4 469,3	639,2	510,4	245,4	9,5	9 943,4	27.03	13.90	44.95	6.43	5.13	2.47	0.09	
	23.	2 704,1	1 434,9	4 477,3	634,6	506,5	243,4	9,5	10 010,3	27.01	14.33	44.73	6.34	5.06	2.43	0.10	
	31.	2 762,5	1 511,9	4 674,2	642,8	513,2	245,8	9,5	10 359,9	26.67	14.59	45.12	6.21	4.95	2.37	0.09	
November	7.	2 721,6	1 432,4	4 574,7	641,0	513,4	246,0	9,5	10 138,6	26.84	14.13	45.12	6.32	5.07	2.43	0.09	
	15.	2 734,7	1 418,5	4 481,1	636,4	511,9	245,9	9,5	10 038,0	27.24	14.13	44.64	6.34	5.10	2.45	0.10	
	23.	2 794,0	1 553,9	4 608,0	640,2	512,1	246,4	9,5	10 364,1	26.96	14.99	44.46	6.18	4.94	2.38	0.09	
	30.	2 859,1	1 605,8	4 775,1	651,6	518,8	249,5	9,5	10 669,4	26.80	15.05	44.75	6.11	4.86	2.34	0.09	
Dezember	7.	2 868,7	1 569,7	4 794,0	663,0	529,1	254,3	9,5	10 688,3	26.84	14.69	44.85	6.20	4.95	2.38	0.09	
	15.	3 030,4	1 661,6	4 877,3	671,1	535,7	256,5	9,5	11 042,1	27.44	15.05	44.17	6.08	4.85	2.32	0.09	
	22.	3 171,0	1 792,4	5 076,0	687,9	543,5	260,4	9,5	11 540,7	27.48	15.53	43.98	5.96	4.71	2.26	0.08	
	29.	3 196,3	1 719,4	4 923,1	680,4	538,7	259,4	9,5	11 326,8	28.22	15.18	43.46	6.01	4.76	2.29	0.08	
Jahresdurchschnitt																	
	1965	2 583,0	1 134,6	4 149,1	600,5	479,9	221,8	10,2	9 179,1	28.14	12.36	45.20	6.54	5.23	2.42	0.11	
	1966	2 648,8	1 267,8	4 299,3	615,8	493,1	231,9	9,8	9 566,5	27.69	13.25	44.94	6.44	5.16	2.42	0.10	
	1967	2 717,4	1 421,0	4 483,5	633,6	505,4	242,9	9,6	10 013,4	27.14	14.19	44.77	6.33	5.05	2.43	0.09	

GIROVERKEHR

Umsätze	Jahr	Barzahlungen	Verrechnungen	Platzübertragungen 1)	Übertragungen von und nach andern Bankplätzen	Total	Barzahlungen	Verrechnungen	Platzübertragungen 1)	Übertragungen von und nach andern Bankplätzen	Total												
												Zahl der Posten						In 1000 Franken					
												1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Gutschriften	1963	20 278	94 661	1 551 009	76 295	1 742 243	1 205 635	37 602 134	238 203 998	23 599 551	300 611 318												
	1964	18 721	89 611	1 630 671	84 818	1 823 821	1 326 285	40 022 441	239 793 901	33 393 649	314 536 276												
	1965	18 539	87 645	1 755 418	83 676	1 945 278	1 412 532	39 254 638	309 479 628	41 215 644	391 362 442												
	1966	18 684	89 770	1 942 803	83 347	2 134 604	1 488 949	39 436 745	417 296 432	48 460 423	506 682 549												
	1967	19 392	88 243	2 170 003	82 953	2 360 591	1 687 434	47 294 357	554 963 540	55 185 749	659 131 080												
Belastungen	1963	30 760	87 324	1 551 009	93 111	1 762 204	12 701 635	25 745 737	238 203 998	23 620 337	300 271 707												
	1964	31 581	85 236	1 630 671	100 001	1 847 489	14 009 715	26 497 011	239 793 901	34 033 975	314 334 602												
	1965	31 477	83 876	1 755 418	98 634	1 969 405	14 435 531	25 216 140	309 479 628	42 115 337	391 246 636												
	1966	32 081	85 886	1 942 803	96 429	2 157 199	15 494 030	25 074 101	417 296 432	48 850 657	506 715 220												
	1967	31 686	91 810	2 170 003	96 840	2 390 339	16 335 171	33 783 873	554 963 540	54 235 408	659 317 992												
Total	1963	51 038	181 985	3 102 018	169 406	3 504 447	13 907 270	63 347 871	476 407 996	47 219 888	600 883 025												
	1964	50 302	174 847	3 261 342	184 819	3 671 310	15 336 000	66 519 452	479 587 802	67 427 624	628 870 878												
	1965	50 016	171 521	3 510 836	182 310	3 914 683	15 848 063	64 470 778	618 959 256	83 330 981	782 609 078												
	1966	50 765	175 656	3 885 606	179 776	4 291 803	16 982 979	64 510 846	834 592 864	97 311 080	1013397769												
	1967	51 078	180 053	4 340 006	179 793	4 750 930	18 022 605	81 078 230	1109927080	109421157	1318449072												
Gutschriften	Prozentuale Verteilung																						
	1963	1.17	5.43	89.02	4.38	100	0.40	12.51	79.24	7.85	100												
	1964	1.03	4.91	89.41	4.65	100	0.42	12.72	76.24	10.62	100												
	1965	0.95	4.51	90.24	4.30	100	0.36	10.03	79.08	10.53	100												
	1966	0.87	4.21	91.01	3.91	100	0.29	7.78	82.36	9.57	100												
	1967	0.82	3.74	91.93	3.51	100	0.25	7.18	84.20	8.37	100												
	Belastungen	1963	1.75	4.95	88.02	5.28	100	4.23	8.57	79.33	7.87	100											
		1964	1.71	4.61	88.27	5.41	100	4.45	8.43	76.29	10.83	100											
		1965	1.60	4.26	89.13	5.01	100	3.69	6.44	79.10	10.77	100											
		1966	1.49	3.98	90.06	4.47	100	3.06	4.95	82.35	9.64	100											
		1967	1.33	3.84	90.78	4.05	100	2.48	5.12	84.17	8.23	100											
	Total	1963	1.46	5.19	88.52	4.83	100	2.32	10.54	79.28	7.86	100											
		1964	1.37	4.76	88.83	5.04	100	2.44	10.58	76.26	10.72	100											
		1965	1.28	4.38	89.68	4.66	100	2.02	8.24	79.09	10.65	100											
		1966	1.18	4.09	90.54	4.19	100	1.67	6.37	82.36	9.60	100											
		1967	1.08	3.79	91.35	3.78	100	1.37	6.15	84.18	8.30	100											

1) Mit Einschluss des Bankenclearing.

GESCHÄFTSVERKEHR DER

Jahr	Aarau	Basel	Bern	Genf	Lausanne	Lugano	Luzern	Neuen- burg	St. Gallen	Zürich	Total
	In 1000 Franken										
	Kassenumsatz										
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1963	1 267 796	3 487 487	15 963 864 ¹⁾	3 397 180	3 518 004	1 556 723	1 411 739	964 556	2 197 599	9 931 398	43 696 346 ¹⁾
1964	1 393 643	3 774 964	17 518 091 ¹⁾	3 897 199	4 187 699	1 662 319	1 525 309	1 032 367	2 292 324	11 100 396	48 384 311 ¹⁾
1965	1 447 146	3 955 326	16 386 525 ¹⁾	3 929 163	3 957 380	1 746 834	1 603 509	1 114 522	2 423 873	11 365 508	47 929 786 ¹⁾
1966	1 687 043	4 330 273	18 145 147 ¹⁾	4 256 644	4 115 651	1 757 022	1 744 751	1 320 115	2 646 270	11 959 946	51 962 862 ¹⁾
1967	1 887 470	4 659 851	20 085 069 ¹⁾	4 198 822	4 620 864	1 890 965	1 845 550	1 434 089	2 825 660	12 765 403	56 213 743 ¹⁾
Devisenverkehr											
1963	—	—	—	—	—	—	—	—	—	52 243 448	52 243 448
1964	—	—	—	—	—	—	—	—	—	47 793 962	47 793 962
1965	—	—	—	—	—	—	—	—	—	53 340 548	53 340 548
1966	—	—	—	—	—	—	—	—	—	47 396 096	47 396 096
1967	—	—	—	—	—	—	—	—	—	67 305 048	67 305 048
Diskontierungen von Schweizerwechsln, Schatzanweisungen des Bundes und Obligationen											
1963	12 904	18 214	86 431	15 094	13 553	3 795	63 542	22 281	46 219	132 978	415 011
1964	22 517	33 470	117 029	16 508	15 884	3 865	83 800	24 413	46 280	343 673	707 439
1965	19 065	30 561	91 566	11 281	18 285	4 396	85 818	24 345	56 169	409 049	750 535
1966	22 193	38 074	92 608	16 678	31 179	5 460	91 553	26 050	52 667	432 252	808 714
1967	37 752	25 874	57 553	6 944	26 868	21 123	84 064	24 861	47 833	348 250	681 122
Neue Lombardvorschüsse											
1963	30 815	8 208	198 840	30 865	74 439	6 527	53 715	22 969	93 446	14 798	534 622
1964	26 001	9 047	234 582	51 467	60 498	5 663	118 359	18 144	99 137	21 080	643 978
1965	15 574	12 294	184 869	34 363	51 636	1 564	98 400	32 567	131 163	20 113	582 543
1966	29 692	23 366	275 229	70 096	71 304	7 614	155 205	38 797	169 274	78 208	918 785
1967	24 690	7 824	247 478	53 720	108 953	9 424	141 335	9 972	103 156	53 097	759 649
Verkehr mit den Korrespondenten im Inland											
1963	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15 746 124	15 746 124
1964	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17 333 525	17 333 525
1965	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18 429 813	18 429 813
1966	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19 678 154	19 678 154
1967	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20 524 424	20 524 424
Verkehr mit den Korrespondenten im Ausland											
1963	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3 920 027	3 920 027
1964	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8 593 576	8 593 576
1965	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 440 573	5 440 573
1966	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 272 003	5 272 003
1967	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9 149 887	9 149 887
¹⁾ Einschliesslich Gold im Ausland.											

EINZELNEN BANKSTELLEN ²⁾

	Aarau	Basel	Bern	Genf	Lausanne	Lugano	Luzern	Neuen- burg	St. Gallen	Zürich	Total
Jahr	In 1000 Franken										
	Inkassoverkehr (Einreichungen)										
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1963	2 345	9 944	595 909	21 735	15 724	113	8 412	6 609	2 066	156 352	819 209
1964	1 468	11 287	715 327	33 271	17 174	120	8 728	6 548	3 518	99 747	897 188
1965	1 137	31 392	798 009	24 669	18 444	54	8 715	10 094	3 101	89 848	985 463
1966	1 740	17 293	911 757	18 528	24 766	31	8 497	9 687	2 073	85 738	1 080 110
1967	1 224	10 645	1 080 046	19 838	23 360	6 169	4 330	8 636	2 951	123 579	1 280 778
Giroverkehr											
1963	2 842 246	25 799 172	15 514 674	20 565 763	7 667 148	2 165 607	3 017 670	2 015 568	5 145 104	516 150 073	600 883 025
1964	3 182 911	25 603 742	15 702 320	22 232 209	8 527 612	1 945 245	3 567 694	2 092 876	5 721 136	540 295 133	628 870 878
1965	3 351 165	31 087 674	17 346 015	23 282 154	8 813 149	2 057 548	3 610 835	2 428 715	6 064 227	684 567 596	782 609 078
1966	3 407 863	38 829 405	19 730 183	21 959 414	9 839 275	2 163 506	4 288 043	2 601 002	6 723 230	903 855 847	1 013 397 768
1967	3 362 918	40 833 925	23 507 049	26 220 669	9 980 486	2 391 188	4 150 136	2 539 302	6 951 697	1 198 511 702	1 318 449 072
Verkehr mit den Bundesverwaltungen											
1963	—	—	62 531 666	—	—	—	—	—	—	—	62 531 666
1964	—	—	67 257 281	—	—	—	—	—	—	—	67 257 281
1965	—	—	71 030 049	—	—	—	—	—	—	—	71 030 049
1966	—	—	78 449 841	—	—	—	—	—	—	—	78 449 841
1967	—	—	82 948 824	—	—	—	—	—	—	—	82 948 824
Verkehr mit Deponenten											
1963	4 279	14 982	71 076	22 139	9 258	3 658	6 233	9 881	3 983	2 486 939	2 632 428
1964	5 985	37 949	82 289	23 851	8 962	5 432	8 321	7 971	5 786	576 023	762 569
1965	6 266	21 688	103 310	27 086	7 075	4 544	6 746	9 003	5 068	669 191	859 977
1966	6 976	25 660	81 781	25 658	7 385	4 579	7 443	10 732	3 508	3 420 039	3 593 761
1967	8 671	23 868	111 481	35 730	11 648	4 130	6 698	10 126	4 309	3 197 645	3 414 306
Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrechnungsstellen)											
1963	9 628 514	51 462 857	205 298 839	35 679 366	23 083 781	7 539 637	10 613 625	6 261 874	17 740 551	698 679 344	1 065 988 388
1964	11 199 806	52 691 471	223 843 205	39 084 892	26 602 778	7 464 233	12 216 298	6 630 124	19 785 813	732 211 261	1 131 729 881
1965	11 792 825	63 206 879	236 299 312	40 779 219	26 210 181	7 743 606	13 016 416	7 592 592	21 368 598	903 100 234	1 331 109 862
1966	12 540 489	77 620 186	261 385 995	40 804 795	29 431 966	8 160 323	15 012 798	8 225 913	23 184 512	1 131 839 679	1 608 206 656
1967	13 049 491	80 601 059	278 088 455	45 987 719	30 099 210	8 717 574	15 237 205	8 352 997	24 375 837	1 458 526 002	1 963 035 549
Umsatz der Abrechnungsstellen											
1963	—	2 824 012	355 255	3 915 794	750 230	—	—	75 611 ³⁾	93 053	1 638 001	9 651 956
1964	—	3 131 453	374 441	3 889 284	804 049	—	—	73 052 ³⁾	101 405	1 827 361	10 201 045
1965	—	3 236 475	398 446	3 940 764	778 817	—	—	69 937 ³⁾	102 204	1 839 914	10 366 557
1966	—	4 965 513	485 803	3 837 990	818 351	—	—	85 201 ³⁾	105 065	1 935 620	12 233 543
1967	—	4 622 678	499 339	5 372 152	838 792	—	—	85 662 ³⁾	110 270	2 046 150	13 575 043

²⁾ Der Verkehr der Agenturen ist in den Verkehrszahlen der vorgesetzten Bankstelle enthalten.

³⁾ Einschliesslich Umsatz der Abrechnungsstelle in La Chaux-de-Fonds.

BESTÄNDE AM JAHRESENDE

Jahr	Metallbestand			Devisen ²⁾	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lombard- vorschüsse
	Gold ¹⁾	Silber	Total		Schweizer- wechsel	Schatz- anweisungen ³⁾	Diskon- tierte Obli- gationen	Total		
	In Millionen Franken									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1907	75,5	5,8	81,3	27,7	77,9	—	—	77,9	—	2,7
1908	117,5	7,2	124,7	44,7	63,7	—	—	63,7	—	10,4
1909	124,0	14,4	138,4	48,2	111,0	—	—	111,0	—	14,7
1910	155,6	10,2	165,8	59,1	99,8	—	—	99,8	—	18,0
1911	160,7	9,2	169,9	24,6	130,4	—	7,0	137,4	—	16,8
1912	173,1	12,8	185,9	26,7	146,2	—	5,1	151,3	—	25,5
1913	170,0	20,8	190,8	42,3	100,0	—	9,4	109,4	—	28,4
1914	237,9	24,9	262,8	34,4	114,7	58,0	8,3	181,0	—	19,6
1915	250,1	51,3	301,4	49,6	63,9	75,0	3,5	142,4	—	21,0
1916	345,0	52,5	397,5	63,3	56,3	123,0	4,5	183,8	—	22,1
1917	357,7	51,8	409,5	47,8	88,4	233,0	6,0	327,4	—	45,2
1918	414,7	58,4	473,1	70,6	249,8	312,0	6,5	568,3	—	40,9
1919	517,0	73,6	590,6	94,8	184,1	301,0	2,0	487,1	—	32,7
1920	542,9	121,6	664,5	25,4	167,1	280,0	5,8	452,9	—	36,6
1921	549,5	108,3	657,8	58,8	44,8	287,0	2,9	334,7	—	76,2
1922	535,1	103,9	639,0	74,1	33,9	325,0	2,0	360,9	—	62,2
1923	537,2	90,7	627,9	94,4	102,5	155,0	4,5	262,0	—	85,3
1924	505,9	87,2	593,1	193,3	81,2	78,0	5,7	164,9	—	70,8
1925	467,1	89,3	556,4	222,5	70,2	68,5	3,2	141,9	—	72,4
1926	471,8	72,8	544,6	222,0	91,7	83,1	5,5	180,3	—	60,6
1927	517,0	62,9	579,9	197,9	128,8	71,7	6,2	206,7	—	78,5
1928	533,0	45,8	578,8	258,6	157,1	53,9	6,8	217,8	—	82,9
1929	595,0	23,5	618,5	362,3	95,2	39,1	15,1	149,4	—	75,2
1930	712,9	—	712,9	353,4	86,7	—	8,0	94,7	—	53,4
1931	2 346,9	—	2 346,9	107,0	27,7	0,4	6,5	34,6	—	64,7
1932	2 471,2	—	2 471,2	88,6	12,8	0,2	6,7	19,7	4,6	48,7
1933	1 998,1	—	1 998,1	17,7	19,0	15,2	16,7	50,9	58,3	94,7
1934	1 909,8	—	1 909,8	7,5	13,4	4,0	8,9	26,3	5,9	118,0
1935	1 388,8	—	1 388,8	8,3	25,3	114,6	12,6	152,5	85,5	142,2
1936	2 709,0	—	2 709,0	57,6	7,7	9,5	2,3	19,5	28,5	46,8
1937	2 679,2	—	2 679,2	513,1	5,3	1,7	1,9	8,9	10,3	34,8
1938	2 889,6	—	2 889,6	279,7	52,5	101,5	1,1	155,1	3,8	21,9
1939	2 261,6	—	2 261,6	361,7	46,3	46,4	5,7	98,4	6,8	89,6
1940	2 173,2	—	2 173,2	996,8	63,2	149,3	2,1	214,6	2,8	45,4

¹⁾ Bewertung vom 20. Juni 1907 bis 10. November 1921: 1 kg Feingold = Fr. 3440; vom 11. November 1921 an: 1 kg = Fr. 3435.555.
²⁾ 1907 und 1908 nur Auslandswchsel; von 1909 bis 1927 nur Auslandswchsel und Sichtguthaben im Ausland.
³⁾ Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

BESTÄNDE AM JAHRESENDE

Eigene Wert-schriften	Guthaben bei Kor-respon-denten im Inland ⁴⁾	Noten-umlauf	Deckung des Notenumlaufs durch den Metallbestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten					Bilanz-summe	Jahr
				Girorech-nungen von Banken, Handel u. Industrie	Rechnungen der Bundes-verwaltungen	Rechnungen der Deponenten	Konti Zahlungs-u. Clearing-abkommen	Total		
				In Millionen Franken						
In Millionen Franken			%	In Millionen Franken						
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
3,8	10,5	159,2	51.09	19,5	5,7	0,6	—	25,8	243,8	1907
6,2	8,2	204,1	61.11	21,1	13,1	0,8	—	35,0	292,9	1908
10,8	28,4	261,5	52.91	29,4	39,6	1,4	—	70,4	386,0	1909
10,0	35,0	297,2	55.77	22,4	45,7	0,7	—	68,8	421,0	1910
16,5	18,9	314,8	53.96	24,6	23,8	0,9	—	49,3	419,3	1911
7,1	19,2	339,2	54.80	28,9	25,4	1,2	—	55,5	451,0	1912
6,4	16,1	313,8	60.79	27,4	30,6	1,0	—	59,0	429,9	1913
9,3	14,7	455,9	57.65	54,6	8,6	7,6	—	70,8	589,2	1914
8,1	29,0	465,6	64.72	61,0	14,3	7,4	—	82,7	608,7	1915
6,8	18,2	536,5	74.07	89,8	12,7	27,3	—	129,8	735,1	1916
7,3	18,0	702,3	58.30	89,0	42,6	7,1	—	138,7	908,7	1917
8,6	28,1	975,7	48.49	79,1	20,1	88,4	—	187,6	1 239,0	1918
6,6	36,1	1 036,1	57.00	121,0	18,7	41,5	—	181,2	1 298,2	1919
5,9	35,0	1 023,7	64.90	146,4	11,4	5,4	—	163,2	1 273,1	1920
6,5	27,2	1 009,3	65.17	116,5	7,7	4,4	—	128,6	1 224,7	1921
9,8	18,9	976,4	65.44	147,4	11,0	5,7	—	164,1	1 224,3	1922
8,6	30,0	982,0	63.94	80,0	13,0	10,4	—	103,4	1 166,4	1923
6,8	38,6	913,9	64.89	102,8	8,3	6,0	—	117,1	1 107,5	1924
6,6	34,4	875,8	63.53	113,2	4,7	6,3	—	124,2	1 075,1	1925
6,4	33,6	873,9	62.31	127,0	4,3	5,5	—	136,8	1 087,6	1926
9,2	34,6	917,4	63.20	123,8	18,4	9,2	—	151,4	1 147,5	1927
19,0	40,6	952,6	60.75	141,5	54,0	6,6	—	202,1	1 236,4	1928
5,4	40,2	999,2	61.90	171,7	28,5	7,1	—	207,3	1 288,9	1929
104,0	32,7	1 062,1	67.12	213,2	28,0	7,9	—	249,1	1 391,9	1930
37,9	25,6	1 609,4	145.82	883,2	40,1	44,9	—	968,2	2 659,5	1931
50,8	15,7	1 612,6	153.24	922,3	51,0	67,9	—	1 041,2	2 743,5	1932
27,7	19,9	1 509,5	132.36	629,6	9,4	51,4	—	690,4	2 309,7	1933
52,5	19,2	1 440,3	132.60	539,4	39,6	45,9	—	624,9	2 179,2	1934
44,9	26,7	1 366,3	101.65	357,9	7,6	24,8	16,4	406,7	1 887,4	1935
15,9	14,2	1 482,2	182.76	1 093,9	183,4	29,9	62,9	1 370,1	3 505,9	1936
30,7	11,4	1 530,5	175.05	1 602,6	12,5	35,4	71,9	1 722,4	3 902,3	1937
90,9	9,6	1 751,0	165.02	1 592,6	8,2	31,2	39,9	1 671,9	4 081,0	1938
80,9	16,6	2 049,9	110.33	686,7	10,9	32,0	67,8	797,4	3 501,8	1939
87,8	20,0	2 273,4	95.59	1 018,6	6,8	41,6	119,9	1 186,9	3 727,7	1940

⁴⁾ 1907 und 1908 einschliesslich Auslandskorrespondenten und Sichtguthaben im Ausland; von 1909 bis 1927 mit Einschluss der Auslandguthaben unter Weglassung der Sichtguthaben im Ausland.

BESTÄNDE AM JAHRESENDE

Jahr	Goldbestand ¹⁾	Devisen	Kursgesicherte Guthaben bei ausländischen Notenbanken	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehenskasse	Lombardvorschüsse	Ausländische Schatzanweisungen in sFr.	Eigene Wertschriften	Guthaben bei Korrespondenten	
				Schweizerwechsel	Schatzanweisungen ²⁾	Diskon- tionierte Obligati- onen	Total					im Inland	im Ausland
In Millionen Franken													
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1941	2 878,5	679,0	—	32,5	4,4	2,3	39,2	12,8	25,0	—	69,6	15,8	—
1942	3 565,2	61,8	—	123,8	85,3	0,8	209,9	12,0	25,2	—	63,9	16,3	—
1943	4 172,7	83,0	—	92,0	0,4	0,7	93,1	0,3	18,4	—	64,5	14,2	—
1944	4 554,1	102,4	—	69,5	—	1,6	71,1	—	27,6	—	64,2	13,9	—
1945	4 777,0	162,5	—	78,1	39,9	5,9	123,9	6,7	67,6	—	62,1	27,5	—
1946	4 949,9	158,0	—	46,1	14,5	13,9	74,5	9,6	164,2	—	52,7	51,7	—
1947	5 256,2	102,5	—	116,3	20,1	18,8	155,2	13,6	246,6	—	48,4	68,6	—
1948	5 821,0	236,6	—	115,2	1,5	8,8	125,5	1,6	79,0	—	47,4	50,4	—
1949	6 240,2	260,0	—	81,4	2,0	0,7	84,1	0,1	31,0	—	39,7	26,7	—
1950	5 975,8	256,4	—	165,3	31,5	4,4	201,2	—	85,0	—	40,9	60,3	—
1951	6 003,8	227,6	—	233,8	4,6	12,7	251,1	1,4	58,9	—	39,9	53,0	—
1952	5 876,1	490,9	—	243,9	—	1,8	245,7	—	64,0	—	40,1	37,5	—
1953	6 086,1	522,2	—	190,8	14,7	1,1	206,6	—	65,2	—	35,5	34,9	—
1954	6 323,4	649,8	—	91,6	2,0	9,6	103,2	—	116,6	—	46,5	41,3	—
1955	6 686,3	624,1	—	129,2	2,0	23,0	154,2	—	131,8	—	45,9	47,8	—
1956	7 102,9	627,0	—	170,9	21,5	80,0	272,4	—	186,9	—	45,7	56,1	—
1957	7 383,5	781,4	—	193,9	—	31,9	225,8	—	52,0	—	45,3	41,4	—
1958	8 329,3	560,9	—	56,0	—	2,3	58,3	—	21,8	—	44,6	33,0	—
1959	8 369,3	534,6	—	50,6	—	7,3	57,9	—	39,7	—	44,2	45,2	6,4
1960	9 454,7	583,0	—	49,2	—	4,3	53,5	—	37,8	—	43,3	45,1	6,8
1961	11 078,0	842,4	—	62,2	—	7,3	69,5	—	66,3	—	42,9	58,3	6,8
1962	11 543,3	867,4	—	67,4	45,0	11,2	123,6	—	71,7	207,0	42,8	77,8	10,2
1963	12 203,8	1 083,3	—	87,5	35,0	19,7	142,2	—	97,5	207,0	51,7	61,5	9,4
1964	11 793,6	1 679,1	431,3	109,8	24,8	28,0	162,6	—	77,7	432,0	65,3	75,3	17,0
1965	13 164,2	852,6	428,5	98,1	9,5	31,5	139,1	—	38,9	432,0	92,9	66,1	14,5
1966	12 297,4	2 060,3	518,9	97,8	16,7	43,3	157,8	—	109,3	432,0	181,7	81,5	15,4
1967	13 369,7	1 986,7	173,9	99,4	—	43,1	142,5	—	86,6	432,0	181,9	72,4	14,6

¹⁾ Bewertung bis 6. Oktober 1936: 1 kg Feingold = Fr. 3435.555; vom 7. Oktober 1936 bis 30. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4639.13; seit 31. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4869.80.
²⁾ Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

BESTÄNDE AM JAHRESENDE

Notenumlauf	Deckung des Notenumlaufs durch den Goldbestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten						Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Verbindlichkeiten auf Zeit	Pflichtdepots gemäss Bundesbeschluss vom 13. März 1964	Bilanzsumme	Jahr
		Girorechnungen von Banken, Handel u. Industrie	Rechnungen der Bundesverwaltungen	Rechnungen der DepONENTEN	Konti Zahlungs- u. Clearing-abkommen	Guthaben ausländischer Banken ³⁾	Total					
In Millionen Franken	%	In Millionen Franken										
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27
2 336,7	123.18	896,9	194,7	44,6	108,9	—	1 245,1	—	—	—	3 880,6	1941
2 637,3	135.18	1 147,8	13,6	42,0	95,7	—	1 299,1	—	—	—	4 226,4	1942
3 048,5	136.87	1 065,3	9,2	47,1	126,7	—	1 248,3	—	—	—	4 597,2	1943
3 548,0	128.35	835,5	27,7	50,9	109,7	—	1 023,8	—	—	—	4 868,6	1944
3 835,2	124.55	843,2	6,6	106,8	162,0	—	1 118,6	—	—	—	5 266,5	1945
4 090,7	121.00	662,3	194,6	84,2	223,5	—	1 164,6	—	—	—	5 499,8	1946
4 383,4	119.91	722,3	127,2	59,4	263,4	—	1 172,3	—	—	—	5 932,1	1947
4 594,3	126.70	960,0	11,2	49,9	221,7	—	1 242,8	—	337,1	—	6 400,6	1948
4 566,3	136.66	1 334,8	105,8	40,9	249,6	—	1 731,1	—	200,0	—	6 721,9	1949
4 663,8	128.13	1 042,1	485,6	75,2	170,2	—	1 773,1	—	—	—	6 658,6	1950
4 927,3	121.85	1 101,9	225,4	41,6	159,9	—	1 528,8	—	—	—	6 675,9	1951
5 121,9	114.73	1 209,2	78,9	39,0	126,8	—	1 453,9	—	—	—	6 796,8	1952
5 228,5	116.40	1 147,3	157,3	64,8	171,5	—	1 540,9	—	—	—	6 996,8	1953
5 411,6	116.85	1 255,2	216,1	49,4	171,5	—	1 692,2	—	—	—	7 327,2	1954
5 515,5	121.23	1 623,8	268,9	15,6	82,1	—	1 990,4	—	—	—	7 738,2	1955
5 809,7	122.26	1 570,6	609,2	17,4	89,2	—	2 286,4	—	—	—	8 340,1	1956
5 931,2	124.49	1 831,1	471,0	16,2	74,7	—	2 393,0	—	—	—	8 574,6	1957
6 109,3	136.34	2 541,2	105,7	18,2	61,3	—	2 726,4	—	—	—	9 098,9	1958
6 343,9	131.93	2 330,7	165,6	16,9	22,1	—	2 535,3	—	—	—	9 141,5	1959
6 854,1	137.94	2 288,4	416,6	18,1	33,3	—	2 756,4	—	390,3	—	10 266,2	1960
7 656,0	144.70	1 996,1	662,5	19,7	37,2	231,5	2 947,0	1 035,0	293,5	—	12 206,6	1961
8 506,1	135.71	2 294,2	355,9	21,6	30,0	98,0	2 799,7	1 035,0	373,0	—	12 994,7	1962
9 035,4	135.07	2 700,0	389,4	27,3	39,3	31,8	3 187,8	1 035,0	357,3	—	13 910,2	1963
9 721,8	121.31	2 907,9	291,5	21,2	24,4	25,6	3 270,6	1 035,0	433,2	3,4	14 787,6	1964
10 042,5	131.08	3 005,0	126,2	19,0	20,9	44,3	3 215,4	1 035,0	602,0	19,9	15 287,6	1965
10 651,1	115.46	2 982,2	375,2	15,4	23,3	34,4	3 430,5	1 035,0	389,0	2,3	15 922,3	1966
11 326,8	118.04	3 810,8	230,7	20,5	29,0	53,9	4 144,9	—	550,0	—	16 519,0	1967

³⁾ Vor Ende Juni 1961 in den Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie inbegriffen.

JAHRESDURCHSCHNITTE

Jahr	Metallbestand			Devisen ²⁾	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lombard- vor- schüsse
	Gold ¹⁾	Silber	Total		Schweizer- wechsel ³⁾	Schatz- anwei- sungen ⁴⁾	Diskontierte Obligationen	Total		
	In Millionen Franken									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1907	52,1	6,3	58,4	19,0	36,7	—	—	36,7	—	0,6
1908	98,3	8,1	106,4	39,0	24,0	—	—	24,0	—	2,5
1909	121,5	15,2	136,7	49,6	41,7	—	—	41,7	—	4,4
1910	143,3	16,1	159,4	44,7	70,9	—	—	70,9	—	5,9
1911	158,5	14,8	173,3	56,1	60,5	—	5,6	66,1	—	7,0
1912	168,1	13,0	181,1	34,7	78,1	—	4,5	82,6	—	12,2
1913	170,5	23,1	193,6	48,7	57,9	—	2,3	60,2	—	15,7
1914	195,1	17,2	212,3	45,9	103,5	—	7,2	110,7	—	20,1
1915	241,5	47,8	289,3	35,1	108,6	—	3,5	112,1	—	16,9
1916	271,5	54,0	325,5	72,1	126,1	—	1,2	127,3	—	17,7
1917	344,6	52,7	397,3	52,7	170,6	—	0,9	171,5	—	28,3
1918	377,1	55,3	432,4	53,7	321,7	—	2,1	323,8	—	36,4
1919	451,5	64,8	516,3	62,1	418,2	—	1,5	419,7	—	38,7
1920	534,2	93,0	627,2	84,6	303,1	—	4,0	307,1	—	32,3
1921	544,2	122,7	666,9	26,5	308,5	—	1,9	310,4	—	41,9
1922	532,4	111,1	643,5	72,8	251,3	—	1,6	252,9	—	49,1
1923	531,5	100,0	631,5	79,3	254,2	—	4,4	258,6	—	49,1
1924	518,6	94,5	613,1	122,9	153,0	—	4,3	157,3	—	66,6
1925	485,7	89,4	575,1	211,8	87,3	—	2,0	89,3	—	48,6
1926	429,1	85,9	515,0	218,0	105,0	—	2,0	107,0	—	45,6
1927	450,5	69,3	519,8	205,1	131,9	—	5,1	137,0	—	48,6
1928	450,3	56,2	506,5	219,8	144,5	—	7,9	152,4	—	62,8
1929	506,6	37,0	543,6	248,6	125,7	—	8,5	134,2	—	61,3
1930	607,2	5,6	612,8	361,6	40,0	—	8,4	48,4	—	42,2
1931	1 165,0	—	1 165,0	353,7	35,3	—	5,7	41,0	—	45,2
1932	2 546,0	—	2 546,0	81,4	13,9	4,6	4,5	23,0	3,0	45,8
1933	2 119,5	—	2 119,5	21,7	10,2	4,2	5,9	20,3	19,5	53,1
1934	1 788,1	—	1 788,1	14,1	12,3	20,2	6,1	38,6	21,5	75,0
1935	1 457,1	—	1 457,1	18,7	34,0	42,8	8,5	85,3	41,3	87,6
1936	1 690,5	—	1 690,5	23,7	9,4	79,9	4,5	93,8	50,7	63,8
1937	2 640,0	—	2 640,0	191,6	6,2	2,0	3,8	12,0	14,3	32,3
1938	2 849,0	—	2 849,0	384,3	17,1	16,3	1,5	34,9	5,7	22,7
1939	2 530,2	—	2 530,2	280,3	24,3	64,8	3,0	92,1	7,8	36,4
1940	2 144,9	—	2 144,9	517,0	67,5	143,1	3,4	214,0	6,5	66,8

¹⁾ Bewertung vom 20. Juni 1907 bis 10. November 1921: 1 kg Feingold = Fr. 3440; vom 11. November 1921 an: 1 kg = Fr. 3435.555.
²⁾ 1907 und 1908 nur Auslandswchsel; von 1909 bis 1927 nur Auslandswchsel und Sichtguthaben im Ausland.
³⁾ Bis 1931 einschliesslich Schatzanweisungen.
⁴⁾ Vor 1932 nicht berechnet.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

JAHRESDURCHSCHNITTE

Eigene Wert-schriften	Guthaben bei Korre-spondenten im Inland ⁵⁾	Noten-umlauf	Deckung des Notenum-laufs durch den Metall-bestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten					Jahr
				Girorechnun-gen von Ban-ken, Handel, u. Industrie	Rechnungen der Bundes-verwaltungen	Rechnungen der Deponenten	Konti Zahlungs-u. Clearing-abkommen	Total	
				In Millionen Franken					
In Millionen Franken			%	In Millionen Franken					
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
3,2	9,6	88,9	65.74	15,3	9,4	1,0	—	25,7	1907
9,0	8,5	145,9	72.95	13,6	10,6	1,2	—	25,4	1908
8,0	6,3	191,4	71.41	17,5	18,2	1,3	—	37,0	1909
12,2	28,8	241,4	66.03	15,1	43,0	1,8	—	59,9	1910
12,5	22,4	253,6	68.35	16,3	40,8	1,6	—	58,7	1911
11,1	10,9	269,3	67.25	16,4	25,4	1,4	—	43,2	1912
9,3	11,2	272,4	71.09	15,8	28,5	0,7	—	45,0	1913
11,7	10,4	335,1	63.33	34,5	19,0	4,0	—	57,5	1914
8,9	23,6	409,9	70.57	44,0	20,4	6,3	—	70,7	1915
7,8	13,6	430,3	75.63	94,9	15,8	8,1	—	118,8	1916
7,6	13,4	535,8	74.15	80,9	19,9	10,3	—	111,1	1917
9,7	17,6	733,1	58.98	71,1	14,8	33,0	—	118,9	1918
7,7	21,4	905,8	57.00	73,9	16,7	29,0	—	119,6	1919
6,6	27,6	933,8	67.16	96,0	14,5	10,4	—	120,9	1920
5,8	20,2	925,1	72.09	95,3	12,5	4,8	—	112,6	1921
8,6	21,9	817,6	78.71	181,5	15,6	6,2	—	203,3	1922
8,9	18,4	875,0	72.17	130,0	14,0	8,6	—	152,6	1923
7,1	25,5	850,5	72.08	66,9	28,3	10,0	—	105,2	1924
7,1	21,7	797,6	72.10	98,3	11,8	6,3	—	116,4	1925
6,5	19,1	769,0	66.96	81,7	13,5	7,1	—	102,3	1926
6,5	24,6	798,8	65.06	85,4	19,2	6,3	—	110,9	1927
6,3	22,3	818,3	61.89	82,4	21,3	6,9	—	110,6	1928
3,9	24,9	855,7	63.52	89,4	15,5	7,4	—	112,3	1929
59,9	20,4	894,0	68.54	167,8	31,6	6,8	—	206,2	1930
85,8	15,1	1 141,0	102.09	483,0	25,8	19,1	—	527,9	1931
40,6	9,7	1 508,4	168.79	1 075,1	59,1	61,8	—	1 196,0	1932
61,7	12,0	1 440,1	147.17	702,7	24,8	62,6	—	790,1	1933
46,9	10,3	1 349,2	132.52	515,0	12,5	46,1	—	573,6	1934
55,7	11,2	1 283,0	113.57	349,9	14,0	29,4	5,0	398,3	1935
42,4	8,7	1 293,9	130.64	541,3	29,0	27,7	27,2	625,2	1936
17,9	6,6	1 378,4	191.51	1 305,3	86,1	28,4	69,5	1 489,3	1937
74,4	6,0	1 555,4	183.17	1 703,7	18,1	44,1	45,0	1 810,9	1938
93,2	7,5	1 802,3	140.38	1 093,2	12,0	33,1	44,4	1 182,7	1939
86,2	8,5	2 081,9	103.02	744,3	4,4	38,6	80,5	867,8	1940

⁵⁾ 1907 und 1908 einschliesslich Auslandskorrespondenten und Sichtguthaben im Ausland; von 1909 bis 1927 mit Einschluss der Auslandguthaben unter Weglassung der Sichtguthaben im Ausland.

JAHRESDURCHSCHNITTE

Jahr	Goldbestand ¹⁾	Devisen	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehenskasse	Lombardvorschüsse	Eigene Wertpapiere	Guthaben bei Korrespondenten	
			Schweizerwechsel	Schatzanweisungen ²⁾	Diskontierte Obligationen	Total				im Inland	im Ausland
In Millionen Franken											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1941	2 347,3	1 153,5	63,8	63,9	1,6	129,3	9,3	25,4	73,5	7,5	—
1942	3 390,6	175,1	76,2	25,4	1,2	102,8	6,8	19,4	66,3	7,1	—
1943	3 774,4	65,6	87,1	61,2	0,7	149,0	0,4	16,7	64,8	7,4	—
1944	4 384,3	90,1	76,2	20,0	1,0	97,2	1,4	17,0	64,3	7,6	—
1945	4 691,1	117,3	68,1	112,8	1,1	182,0	0,3	19,6	63,8	9,3	—
1946	4 818,0	171,7	48,1	6,4	2,8	57,3	1,0	36,3	58,8	13,3	—
1947	5 129,9	113,6	36,2	8,0	7,7	51,9	3,9	59,7	50,8	16,8	—
1948	5 662,7	135,7	118,7	1,6	11,3	131,6	4,5	59,5	47,7	16,8	—
1949	6 046,1	305,2	102,4	0,3	2,2	104,9	0,2	27,6	41,7	9,7	—
1950	6 179,4	297,9	86,8	0,7	1,2	88,7	0,0	23,3	41,2	11,3	—
1951	6 000,9	225,5	150,0	2,6	2,3	154,9	0,1	30,9	40,1	13,8	—
1952	5 847,5	337,1	201,2	0,8	3,4	205,4	0,3	30,0	40,1	13,0	—
1953	5 998,7	511,4	191,6	0,7	0,9	193,2	—	24,7	35,8	13,0	—
1954	6 176,7	517,5	111,9	0,5	1,5	113,9	—	26,1	43,7	14,5	—
1955	6 304,5	597,9	88,9	1,2	8,6	98,7	—	44,7	46,1	17,1	—
1956	6 794,6	585,8	100,5	1,6	15,8	117,9	—	47,7	45,4	19,8	—
1957	7 096,4	538,3	128,5	0,5	15,8	144,8	—	31,6	45,4	16,3	—
1958	7 957,8	539,2	108,6	0,1	2,6	111,3	—	11,4	44,9	11,2	—
1959	8 285,9	444,1	46,6	—	0,7	47,3	—	8,5	44,3	10,5	4,9
1960	8 151,0	522,4	48,2	0,0	1,7	49,9	—	15,6	43,6	13,4	7,1
1961	10 049,6	1 121,6	48,0	—	1,5	49,5	—	13,8	43,0	13,0	8,1
1962	10 613,6	827,3	53,6	1,1	5,3	60,0	—	16,1	42,8	16,1	10,4
1963	10 753,3	844,1	59,6	2,7	4,5	66,8	—	17,5	91,9	16,3	11,5
1964	11 080,6	1 232,4	77,0	5,2	9,8	92,0	—	29,4	58,3	20,0	22,5
1965	11 672,4	971,7	77,5	5,6	10,0	93,1	—	20,9	78,0	22,1	21,5
1966	11 621,5	983,4	86,5	4,7	18,6	109,8	—	32,6	144,1	26,4	18,3
1967	11 982,3	1 351,8	92,5	4,7	15,0	112,2	—	30,5	185,1	26,9	20,9

¹⁾ Bewertung bis 6. Oktober 1936: 1 kg Feingold = Fr. 3435.555; vom 7. Oktober 1936 bis 30. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4639.13; seit 31. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4869.80.
²⁾ Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

JAHRESDURCHSCHNITTE

Notenumlauf	Deckung des Notenumlaufs durch den Goldbestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten						Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Verbindlichkeiten auf Zeit	Jahr
		Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie	Rechnungen der Bundesverwaltungen	Rechnungen der Deponenten	Konti Zahlungs- u. Clearingabkommen	Guthaben ausländischer Banken ³⁾	Total			
In Millionen Franken	%	In Millionen Franken								
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
2 107,8	111.36	1 309,1	60,8	50,5	102,0	—	1 522,4	—	—	1941
2 251,4	150.60	1 197,1	86,7	52,5	99,4	—	1 435,7	—	—	1942
2 646,5	142.62	1 195,9	54,3	45,4	127,1	—	1 422,7	—	—	1943
3 025,1	144.93	1 097,2	146,1	60,2	129,8	—	1 433,3	—	—	1944
3 517,6	133.36	1 017,8	42,7	83,0	137,1	—	1 280,6	—	—	1945
3 633,2	132.61	813,8	131,9	90,8	189,9	—	1 226,4	—	—	1946
3 940,6	130.18	734,0	147,2	74,4	242,9	—	1 198,5	—	—	1947
4 167,9	135.86	935,0	64,5	51,6	256,6	—	1 307,7	—	401,9	1948
4 259,9	141.93	1 373,0	149,1	54,2	240,9	—	1 817,2	—	269,3	1949
4 239,6	145.75	1 512,1	305,5	58,6	242,4	—	2 118,6	—	176,0 ⁴⁾	1950
4 419,5	135.78	1 269,2	384,0	51,3	153,0	—	1 857,5	—	—	1951
4 596,2	127.22	1 176,7	319,5	41,7	154,2	—	1 692,1	—	—	1952
4 783,6	125.40	1 373,9	203,8	99,8	127,7	—	1 805,2	—	—	1953
4 904,0	125.95	1 354,5	229,1	54,4	164,2	—	1 802,2	—	—	1954
5 056,8	124.67	1 397,2	303,2	30,3	142,9	—	1 873,6	—	—	1955
5 189,7	130.92	1 672,0	458,7	17,7	74,3	—	2 222,7	—	—	1956
5 467,2	129.80	1 788,4	283,8	17,6	106,4	—	2 196,2	—	—	1957
5 501,2	144.66	2 600,3	270,6	17,9	66,5	—	2 955,3	—	—	1958
5 705,3	145.23	2 610,3	264,9	17,8	36,4	—	2 929,4	—	—	1959
6 042,4	134.90	2 112,3	289,0	17,6	23,8	—	2 442,7	—	399,2 ⁵⁾	1960
6 672,9	150.60	2 346,5	684,9	21,2	29,8	222,6 ⁶⁾	3 198,4	1 035,0 ⁷⁾	397,8	1961
7 358,9	144.23	2 034,2	326,4	21,7	23,6	187,6	2 593,5	1 035,0	399,4	1962
8 002,8	134.37	2 046,3	195,1	26,0	21,6	59,7	2 348,7	1 035,0	399,1	1963
8 638,6	128.27	2 059,2	283,1	24,5	27,0	32,2	2 426,0	1 035,0	483,3	1964
9 179,1	127.16	2 173,9	232,2	26,9	18,8	44,5	2 496,3	1 035,0	597,5	1965
9 566,5	121.48	1 997,2	287,5	19,8	15,8	37,8	2 358,1	1 035,0	587,0	1966
10 013,4	119.66	2 366,4	234,0	18,1	19,7	57,3	2 695,5	805,0	588,3	1967

³⁾ Vor Ende Juni 1961 in den Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie inbegriffen. ⁶⁾ Durchschnitt Ende Juni bis Dezember.

⁴⁾ Durchschnitt Januar bis Juli. ⁷⁾ Durchschnitt Ende März bis Dezember.

⁵⁾ Durchschnitt Oktober bis Dezember.

UMSÄTZE

Jahr	Kassenumsatz	Devisenverkehr 1)	Diskontierungen					Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lombard- vorschüsse	Verkehr in eigenen Wert- schriften
			Inlandportefeuille							
			Schweizerwechsel		Schatz- anwei- sungen 2)	Obli- gationen	Total			
			Betrag	Durch- schnittl. Laufzeit						
In Millionen Franken			Tage	In Millionen Franken						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1907	1 819,5	124,4	317,7	28	—	—	317,7	—	13,4	6,4
1908	2 567,9	310,2	465,2	18	—	—	465,2	—	85,5	37,5
1909	2 890,5	337,4	569,4	29	—	—	569,4	—	113,6	44,0
1910	3 265,4	381,7	965,8	26	—	—	965,8	—	126,7	40,4
1911	3 548,0	364,8	903,0	26	—	12,4	915,4	—	127,9	46,5
1912	3 920,1	424,8	1 082,0	26	—	28,3	1 110,3	—	174,4	16,0
1913	3 798,2	472,3	956,9	21	—	27,3	984,2	—	215,1	12,4
1914	4 434,9	350,5	907,5	38	124,0	48,2	1 079,7	—	152,7	15,6
1915	3 649,1	430,6	484,1	33	444,0	22,5	950,6	—	94,1	5,6
1916	4 250,7	662,6	237,2	29	954,0	10,5	1 201,7	—	90,5	8,3
1917	4 479,0	513,8	336,9	28	1 392,0	12,5	1 741,4	—	175,4	6,8
1918	6 219,3	484,5	1 158,8	37	1 962,0	21,6	3 142,4	—	300,4	4,4
1919	5 690,1	740,2	1 384,0	32	2 365,0	11,4	3 760,4	—	275,8	2,9
1920	6 181,3	558,7	1 373,1	38	1 949,0	33,9	3 356,0	—	315,3	6,7
1921	5 964,1	428,8	516,1	35	1 884,0	15,2	2 415,3	—	262,7	6,5
1922	5 997,1	579,4	160,3	47	1 083,0	10,9	1 254,2	—	226,1	7,4
1923	5 818,9	584,2	476,2	35	1 419,0	27,7	1 922,9	—	341,9	4,5
1924	5 684,6	716,8	741,4	38	181,0	30,4	952,8	—	576,8	4,0
1925	6 314,6	1 098,6	292,1	35	174,4	11,8	478,3	—	317,4	27,3
1926	6 520,5	1 125,9	451,7	26	153,0	15,2	619,9	—	350,6	7,3
1927	7 056,5	1 199,3	828,7	28	93,0	30,5	952,2	—	470,4	12,8
1928	6 801,1	11 228,6	1 093,0	28	14,0	49,9	1 156,9	—	681,7	72,5
1929	6 689,1	10 499,3	957,9	29	24,0	56,4	1 038,3	—	712,7	37,5
1930	6 948,2	9 369,0	294,2	35	62,0	43,8	400,0	—	449,6	309,0
1931	9 386,6	15 370,5	229,7	41	193,0	33,4	456,1	—	406,7	449,9
1932	6 566,4	3 747,8	79,4	57	62,9	29,1	171,4	7,5	282,8	58,8
1933	6 171,0	5 310,7	73,7	52	139,7	43,7	257,1	143,8	394,2	88,0
1934	5 248,5	3 025,3	79,9	53	573,5	33,1	686,5	88,5	437,9	52,5
1935	5 706,7	4 566,6	245,7	52	431,6	57,5	734,8	272,8	664,9	119,9
1936	6 899,0	2 313,5	53,3	54	650,0	22,0	725,3	234,0	343,7	215,4
1937	6 030,0	7 893,4	39,0	55	10,6	21,0	70,6	63,0	165,9	31,5
1938	8 435,8	4 736,6	122,6	74	295,2	9,3	427,1	28,6	107,5	102,4
1939	9 870,8	5 348,1	106,3	75	449,8	19,7	575,8	41,4	277,2	118,5
1940	9 291,5	6 105,8	324,2	79	1 281,4	20,4	1 626,0	46,4	404,0	22,0

1) 1907 bis 1927 ist nur der Betrag der diskontierten und angekauften Auslandswchsel angegeben; der Verkehr der Auslandskorrespondenten ist bis 1927 im Umsatz der Korrespondentenrechnungen im Inland (Kol. 12) inbegriffen.

2) Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

UMSÄTZE

Verkehr mit den Korrespondenten im Inland ³⁾	Inkassoverkehr Einreichungen	Giroverkehr	Verkehr zwischen Nationalbankkunden und Postcheckkonti	Verkehr mit den Bundesverwaltungen	Verkehr mit Deponenten	Verkehr der Konti Zahlungs- u. Clearingabkommen	Auf die Bank ausgestellte Checks und Generalmandate ⁴⁾	Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrechnungsstellen)	Umsatz der Abrechnungsstellen	Jahr
In Millionen Franken										
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1 143,2	64,5	5 019,5	—	367,0	5,5	—	—	15 876,2	2 133,7	1907
1 839,4	131,0	10 610,1	37,9	1 066,5	12,0	—	22,9	31 056,2	2 997,4	1908
1 819,1	286,5	13 683,3	178,1	1 411,8	23,5	—	48,6	37 578,2	3 483,7	1909
2 205,8	360,9	16 616,6	297,6	1 663,9	42,8	—	48,6	44 845,6	4 036,0	1910
2 553,6	399,4	17 480,0	364,8	1 997,1	45,4	—	34,5	47 493,6	4 305,0	1911
2 852,8	454,8	19 641,0	454,8	2 115,1	57,7	—	34,7	55 760,6	4 614,6	1912
2 982,7	483,3	18 799,0	487,1	2 238,5	51,9	—	31,9	54 962,4	5 471,6	1913
2 353,7	323,5	17 438,1	502,6	2 353,8	194,9	—	23,9	56 172,0	4 146,8	1914
2 785,7	276,5	18 920,7	575,2	3 933,7	197,7	—	31,1	59 920,6	3 923,7	1915
3 980,9	254,0	26 918,2	707,1	5 655,7	329,0	—	42,6	86 220,6	4 914,9	1916
3 784,5	266,3	28 891,5	962,2	7 217,3	405,5	—	68,8	103 332,4	5 793,2	1917
4 088,9	381,2	38 016,6	1 328,7	10 155,4	1 122,8	—	59,5	142 371,6	7 578,0	1918
5 481,0	420,6	43 616,2	1 361,5	12 381,5	856,6	—	41,6	159 069,8	9 664,3	1919
6 312,9	477,2	51 599,2	1 554,5	12 693,5	382,9	—	34,9	169 423,4	14 831,3	1920
4 870,3	371,8	48 803,6	1 433,5	12 563,1	192,5	—	22,0	161 033,0	12 701,4	1921
4 712,9	293,9	46 262,0	1 368,9	10 601,1	311,6	—	26,0	121 686,4	10 281,2	1922
6 233,5	358,4	51 646,4	1 467,7	13 058,3	377,7	—	30,3	136 914,8	11 372,0	1923
7 274,2	459,2	57 981,2	1 652,5	10 874,4	494,3	—	22,2	130 707,2	13 128,4	1924
7 778,8	433,0	58 206,0	1 726,9	10 956,9	407,3	—	63,5	131 395,0	13 185,0	1925
6 405,5	430,4	63 755,5	1 707,0	10 280,9	436,2	—	55,5	133 765,6	13 617,9	1926
7 702,0	488,9	76 062,7	1 800,8	11 017,4	465,5	—	60,9	150 757,6	15 652,8	1927
2 933,8	593,3	79 462,8	1 951,0	11 276,1	1 204,3	—	66,4	159 714,6	14 747,6	1928
2 956,3	589,0	77 063,9	2 121,7	11 626,5	1 985,5	—	61,3	158 593,7	13 761,5	1929
2 888,1	549,0	78 448,4	2 204,5	13 656,5	1 755,1	—	142,2	158 659,2	12 586,0	1930
2 706,1	628,6	74 074,5	2 139,2	12 082,0	1 047,1	—	179,7	170 066,7	10 243,8	1931
2 456,3	584,1	41 755,3	2 028,2	10 291,6	526,8	—	169,3	108 175,0	5 193,3	1932
2 321,2	511,2	44 954,6	2 048,4	9 904,4	566,7	—	160,0	113 801,0	4 824,6	1933
2 292,0	467,0	39 524,8	2 151,1	11 038,7	790,2	—	136,0	104 803,8	4 013,8	1934
2 222,7	320,5	39 566,4	2 113,7	9 803,0	542,0	2 157,9	110,5	109 537,7	3 267,8	1935
2 150,5	296,6	41 231,0	1 990,9	11 230,1	609,4	2 627,7	104,0	118 067,9	3 066,7	1936
2 311,6	287,5	44 139,2	2 357,1	9 161,2	574,6	3 680,8	134,8	128 825,4	3 712,9	1937
2 298,6	272,5	41 076,5	2 492,3	9 636,8	496,5	3 589,6	138,4	113 198,6	3 563,9	1938
2 446,0	307,5	41 412,6	2 677,2	11 175,3	589,3	3 905,3	181,9	125 049,3	3 331,8	1939
2 496,4	283,9	34 238,1	3 764,3	16 059,7	674,5	5 179,8	161,4	141 568,3	2 130,3	1940

³⁾ 1907 bis 1927 einschliesslich Verkehr der Auslandskorrespondenten, ab 1928 nur Verkehr der Korrespondenten im Inland.

⁴⁾ Bis 1924 nur Generalmandate.

UMSÄTZE

Jahr	Kassen- umsatz ¹⁾	Devisen- verkehr	Diskontierungen					Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lombard- vorschüsse	Verkehr in eigenen Wert- schriften
			Inlandportefeuille							
			Schweizerwechsel		Schatz- anwei- sungen ²⁾	Obli- gationen	Total			
			Betrag	Durch- schnittl. Laufzeit						
In Millionen Franken			Tage	In Millionen Franken						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1941	7 836,4	7 844,4	290,1	86	728,9	10,5	1 029,5	58,5	158,1	24,0
1942	9 194,0	5 280,4	462,3	86	474,6	6,9	943,8	49,9	152,6	15,3
1943	9 683,4	1 936,9	459,2	85	663,2	3,9	1 126,3	16,4	134,0	4,4
1944	10 522,5	3 119,5	566,8	77	404,1	8,3	979,2	19,8	141,5	4,9
1945	12 005,6	6 734,2	408,3	74	977,8	10,7	1 396,8	65,7	276,1	7,0
1946	14 043,1	4 716,9	363,5	74	236,8	26,6	626,9	61,5	498,0	17,4
1947	21 023,4	3 584,3	275,6	66	74,4	63,8	413,8	84,1	864,9	11,5
1948	17 787,7	4 936,2	808,4	71	27,6	60,2	896,2	59,5	664,6	5,0
1949	15 720,1	6 421,6	465,6	85	6,2	8,8	480,6	41,4	244,8	16,1
1950	17 841,5	6 316,2	470,3	78	32,7	9,6	512,6	20,0	308,0	5,9
1951	15 933,8	6 960,0	842,5	79	27,5	23,1	893,1	2,9	437,7	4,4
1952	16 645,0	9 518,0	1 264,9	85	8,1	12,5	1 285,5	1,6	448,6	4,7
1953	17 130,8	13 518,0	1 100,3	88	23,7	4,7	1 128,7	—	358,8	63,9
1954	18 230,1	17 961,2	817,7	86	2,0	14,7	834,4	—	474,9	22,3
1955	18 609,2	21 665,5	836,9	83	23,7	63,7	924,3	—	774,8	4,6
1956	23 143,6	22 895,8	922,1	81	36,5	124,7	1 083,3	—	847,6	27,7
1957	35 038,4	19 667,6	1 053,6	43 ³⁾	0,3	63,2	1 117,1	—	559,9	0,6
1958	33 429,7	24 195,4	827,5	45 ⁴⁾	0,3	6,7	834,5	—	217,0	23,4
1959	29 399,6	19 956,0	523,3	50 ⁴⁾	—	9,8	533,1	—	202,9	19,3
1960	29 297,6	33 172,5	533,8	51 ⁴⁾	0,5	9,5	543,8	—	331,0	7,7
1961	35 856,9	30 831,8	532,4	49 ⁴⁾	—	13,9	546,3	—	366,8	10,3
1962	38 492,0	51 924,5	476,8	61 ⁴⁾	49,5	36,2	562,5	—	412,6	45,2
1963	43 696,3	52 243,4	307,3	47 ⁴⁾	68,6	39,1	415,0	—	534,6	585,0
1964	48 384,3	47 794,0	475,3	25 ⁴⁾	158,3	73,8	707,4	—	644,0	20,9
1965	47 929,8	53 340,5	405,9	32 ⁴⁾	264,5	80,2	750,6	—	582,5	29,8
1966	51 962,9	47 396,1	457,8	35 ⁴⁾	220,2	130,7	808,7	—	918,8	91,3
1967	56 213,7	67 305,0	469,7	32 ⁴⁾	100,0	111,4	681,1	—	759,6	16,7

¹⁾ Seit 1938 einschliesslich Gold im Ausland.
²⁾ Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.
³⁾ Durchschnittliche Laufzeit der im 2. Halbjahr 1957 diskontierten Wechsel ohne eigene Pflichtlagerkredite.
⁴⁾ Durchschnittliche Laufzeit der diskontierten Wechsel ohne eigene Pflichtlagerkredite.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

UMSÄTZE

Verkehr mit den Korrespondenten		Inkassoverkehr Einreichungen	Giroverkehr	Verkehr zwischen Nationalbankkunden und Postcheckkonti	Verkehr mit den Bundesverwaltungen	Verkehr mit Depo- nenten	Verkehr der Konti Zahlungs- u. Clearing- abkommen	Auf die Bank aus- gestellte Checks und Generalmandate	Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrechnungsstellen)	Umsatz der Abrechnungsstellen	Jahr
im Inland	im Ausland										
In Millionen Franken											
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
2 748,6	—	322,3	32 947,5	3 986,0	17 767,6	653,2	9 933,9	205,5	138 483,8	1 791,6	1941
3 006,0	—	406,7	35 633,6	4 039,9	18 487,5	562,3	9 913,8	164,8	143 977,4	2 010,8	1942
3 233,4	—	386,4	34 775,8	4 075,5	23 190,7	425,1	9 855,9	167,6	150 645,4	1 877,5	1943
3 369,4	—	341,5	33 575,0	4 196,7	23 427,9	776,4	6 788,2	152,5	150 264,2	1 661,1	1944
3 884,4	—	372,3	37 791,6	4 334,4	26 930,4	1 182,0	3 590,8	188,1	169 458,1	1 827,8	1945
5 086,4	—	489,7	48 765,6	5 160,5	26 501,4	613,7	18 759,7	227,5	209 443,8	2 467,6	1946
6 034,0	—	586,0	56 150,8	6 128,5	28 357,7	512,5	32 066,0	292,0	250 367,6	3 232,0	1947
6 347,5	—	647,0	60 726,3	6 475,6	27 141,3	401,4	38 499,3	325,8	264 778,4	3 762,7	1948
5 878,7	—	555,6	55 864,0	5 990,3	28 040,8	379,9	38 824,8	310,0	257 165,5	3 320,3	1949
6 104,3	—	579,9	61 896,7	6 449,1	25 148,7	547,7	24 140,2	259,2	246 919,6	3 162,1	1950
6 585,2	—	670,0	75 414,9	7 023,5	28 867,5	357,6	36 881,3	245,0	296 821,6	3 685,1	1951
6 817,3	—	680,4	81 565,3	7 408,2	29 370,4	289,9	22 289,3	255,9	291 769,5	3 496,5	1952
6 980,9	—	518,0	86 311,5	7 431,8	29 820,7	962,0	19 639,7	238,6	300 436,6	3 394,6	1953
7 466,1	—	535,7	101 534,2	7 812,4	30 470,3	825,9	18 819,1	252,9	324 828,1	3 589,4	1954
7 992,6	—	488,8	120 290,7	8 446,0	32 726,7	778,6	15 930,9	289,2	359 430,7	3 873,8	1955
8 810,3	—	494,1	138 809,8	9 241,4	33 896,8	457,8	15 351,0	351,9	386 756,6	4 135,0	1956
9 381,3	—	523,3	157 939,4	9 907,1	37 889,1	402,4	26 041,6	434,8	483 891,1	4 794,2	1957
9 423,3	—	475,4	175 439,9	10 287,8	37 910,9	688,9	18 024,4	399,1	477 050,6	4 200,2	1958
9 962,6	1 447,0	462,0	244 499,6	10 945,2	37 738,9	1 018,8	6 718,9	366,3	524 253,8	5 191,1	1959
11 176,5	2 527,8	477,7	325 786,5	12 191,1	42 908,7	1 100,4	2 934,5	485,8	646 506,7	6 553,6	1960
12 575,5	25 986,0	622,2	384 805,1	13 453,2	47 980,5	1 607,2	2 936,4	463,3	769 982,6	8 051,5	1961
14 348,7	22 492,4	656,8	508 180,6	15 271,4	58 630,9	1 442,2	2 793,7	476,5	957 725,1	10 110,3	1962
15 746,1	3 920,0	819,2	600 883,0	16 889,5	62 531,7	2 632,4	2 038,6	455,7	1 065 988,4	9 652,0	1963
17 333,5	8 593,6	897,2	628 870,9	19 239,5	67 257,3	762,6	2 183,3	502,9	1 131 729,9	10 201,0	1964
18 429,8	5 440,6	985,5	782 609,1	20 364,0	71 030,0	860,0	2 780,1	485,3	1 331 109,9	10 366,6	1965
19 678,2	5 272,0	1 080,1	1 013 397,8	22 022,7	78 449,8	3 593,8	3 330,7	538,9	1 608 206,7	12 233,5	1966
20 524,4	9 149,9	1 280,8	1 318 449,1	23 829,9	82 948,8	3 414,3	3 903,3	561,6	1 963 035,5	13 575,0	1967

GESCHÄFTSERGEBNISSE

Jahr	Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen	Diskontoertrag und Inkassogebühren					Ertrag des Lombardgeschäftes	Ertrag der eigenen Wertpapiere ²⁾	Zinsen von Inland-korrespondenten ³⁾	Kommissionen ⁴⁾	Diverse Nutzposten	Zinsen an Deponenten ⁵⁾	Bruttoertrag
		davon Diskontoertrag auf											
		Total	Schweizerwechseln	Schatzanweisungen ¹⁾	Obligationen	Wechseln der eidg. Darlehenskasse							
In 1000 Franken													
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1907/08	1 563	1 979	1 977	—	—	—	117	496	738	69	20	473	4 509
1909	1 098	1 304	1 303	—	—	—	158	360	337	116	29	444	2 958
1910	1 270	2 502	2 490	—	—	—	247	481	1 084	69	5	1 415	4 243
1911	1 628	2 315	2 267	—	35	—	302	527	866	87	19	1 313	4 431
1912	1 117	3 430	3 233	—	183	—	568	479	396	125	22	705	5 432
1913	1 849	2 994	2 868	—	110	—	830	407	454	149	18	841	5 860
1914	1 208	5 292	4 472	427	371	—	1 046	527	487	192	19	426	8 345
1915	÷ 421	5 458	2 264	3 014	168	—	840	418	1 096	259	9	323	7 336
1916	2 470	5 874	939	4 872	51	—	920	382	1 520	321	12	288	11 211
1917	900	8 155	1 076	7 027	42	—	1 471	366	1 474	458	8	475	12 357
1918	1 120	10 660	4 813	5 734	103	—	2 106	520	1 553	695	140	25	16 769
1919	999	15 887	6 628	9 162	87	—	2 402	552	1 734	656	192	163	22 259
1920	3 996	11 696	7 149	4 343	191	—	1 956	446	4 164	619	189	187	22 879
1921	1 715	11 612	2 915	8 593	91	—	2 162	1 387	833	677	117	333	18 170
1922	4 640	4 492	848	3 575	55	—	2 070	747	1 288	752	130	497	13 622
1923	2 839	5 918	1 344	4 408	156	—	2 201	770	1 126	627	87	473	13 095
1924	909	3 606	3 246	175	175	—	3 323	609	1 617	525	137	867	9 859
1925	4 273	1 841	1 199	551	85	—	2 403	704	1 527	653	188	252	11 337
1926	4 927	2 419	1 177	1 169	68	—	2 064	543	1 098	539	249	267	11 572
1927	4 775	3 352	2 145	1 029	174	—	2 184	485	1 784	621	315	390	13 126
1928	5 222	4 240	2 970	995	271	—	2 821	475	496	578	393	468	13 757
1929	6 402	4 149	2 862	994	287	—	2 738	339	550	539	289	373	14 633
1930	7 646	1 658	972	422	258	—	1 675	1 359	468	727	287	778	13 042
1931	6 941	997	611	250	116	—	1 384	831	316	789	310	328	11 240
1932	4 660	517	300	91	89	16	1 375	2 240	197	662	340	310	9 681
1933	3 626	713	214	100	108	268	1 400	2 391	144	930	251	204	9 251
1934	3 529	1 338	256	606	117	338	1 926	1 203	119	698	234	217	8 830
1935	1 630	2 930	799	1 028	186	898	2 806	1 374	169	677	100	186	9 500
1936	1 562	3 304	237	1 830	111	1 106	2 165	1 270	145	736	170	219	9 133
1937	5 904	365	108	22	56	165	818	1 272	55	737	193	171	9 173
1938	10 429	523	259	159	23	67	571	2 445	46	673	95	181	14 601
1939	4 857	1 153	323	692	41	82	895	2 511	59	475	198	147	10 001
1940	3 454	2 676	872	1 580	54	81	1 668	3 087	75	546	146	132	11 520

1) Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.
2) Ohne Berücksichtigung der Abschreibungen.
3) Einschliesslich Zinsen auf Postcheckrechnungen.
4) Einschliesslich Aufbewahrungsgebühren und Schrankmieten.
5) Einschliesslich Zinsen an Bundesverwaltungen.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

GESCHÄFTSERGEBNISSE

Verwaltungs-kosten	Steuern und Abgaben inkl. Rückstellungen hiefür	Banknoten-anfertigungs-kosten inkl. Rückstellungen hiefür	Rückstellungen und Verluste auf Gold ⁶⁾	Abschreibungen, Verluste und Rückstellungen		Ausser-ordentliche Zuweisung an die Wohlfahrtseinrichtungen der Bank	Rein-gewinn	Zuwei-sung an den Re-serve-fonds	Divi-dende	Ab-lieferung an die eidg. Staats-kasse	Jahr
				auf Bankgebäuden und Mobiliar, ab-züglich Mehrerlös aus verkauften Liegenschaften	auf Wert-schriften und laufenden Ge-schäften, ab-züglich Wieder-eingänge						
In 1000 Franken											
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
2 068	—	226	162	29	7	—	2 017	202	1 800	15	1907/08
1 399	—	151	8	22	43	20	1 315	131	1 000	184	1909
1 307	—	151	69	95	77	20	2 524	252	1 000	1 272	1910
1 355	—	225	68	91	87	30	2 575	258	1 000	1 317	1911
1 381	—	224	315	188	246	40	3 038	304	1 000	1 734	1912
1 426	—	271	165	163	248	100	3 487	349	1 000	2 138	1913
1 572	—	503	25	292	621	60	5 272	500	1 000	3 772	1914
1 498	—	566	2	140	598	80	4 452	445	1 000	3 007	1915
1 571	—	628	—	1 001	231	350	7 430	500	1 000	5 930	1916
1 844	—	501	—	1 195	419	440	7 958	500	1 000	6 458	1917
2 550	—	1 352	—	4 294	2 576	510	5 487	500	1 000	3 987	1918
3 577	—	454	1 878	5 046	2 861	1 000	7 443	500	1 000	5 943	1919
3 749	—	2 253	367	3 426	1 164	500	11 420	500	1 000	9 920	1920
3 715	2 500	1 000	146	1 233	÷ 48	500	9 124	500	1 500	7 124	1921
3 885	—	500	—	1 069	40	500	7 628	500	1 500	5 628	1922
3 825 ⁷⁾	1 500	176	—	67	490	—	7 037	500	1 500	5 037	1923
3 630	—	521	—	÷ 642	÷ 7	—	6 357	500	1 500	4 357	1924
3 708	—	415	—	33	÷ 5	500	6 686	500	1 500	4 686	1925
3 525	300	665	244	112	÷ 22	—	6 748	500	1 500	4 748	1926
3 597	800	779	77	830	290	—	6 753	500	1 500	4 753	1927
4 204 ⁷⁾	262	278	178	1 682	255	—	6 898	559	1 500	4 839	1928
4 153	—	437	624	1 618	÷ 10	500	7 311	500	1 500	5 311	1929
3 873	—	705	35	1 323	÷ 3	—	7 109	500	1 500	5 109	1930
3 913	—	688	—	66	869	—	5 704	500	1 500	3 704	1931
3 909	—	170	—	33	261	—	5 308	500	1 500	3 308	1932
3 532	—	204	234	28	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1933
3 390	170	123	—	27	÷ 133 ⁹⁾	—	5 253	500	1 500	3 253	1934
3 455	200	173	—	13	406	—	5 253	500	1 500	3 253	1935
3 459	112	258	—	46	5	—	5 253	500	1 500	3 253	1936
3 443	—	450	—	27	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1937
3 689	117	1 802	—	37	3 703	—	5 253	500	1 500	3 253	1938
3 764	—	946	—	38	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1939
4 308	735	1 058	—	166	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1940

⁶⁾ Einschliesslich Fr. 300 000 für einen Transportversicherungsfonds (Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle).

⁷⁾ Einschliesslich Fr. 635 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

⁸⁾ Einschliesslich Barschaftsimporkosten von 1907/08 bis 1915.

⁹⁾ Nicht beanspruchte Reservestellung für Verluste im laufenden Geschäft.

GESCHÄFTSERGEBNISSE

Jahr	Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen ¹⁾	Diskontoertrag und Inkassogebühren					Ertrag des Lombardgeschäftes	Ertrag der eigenen Wertpapiere ³⁾	Zinsen von Inlandkorrespondenten ⁴⁾	Kommissionen ⁵⁾	Diverse Nutzenposten	Zinsen an Depositen ⁶⁾	Bruttoertrag
		Total	davon Diskontoertrag auf										
			Schweizerwechseln	Schatzanweisungen ²⁾	Obligationen	Wechseln der eidg. Darlehenskasse							
In 1000 Franken													
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1941	6 503	1 513	783	520	23	114	642	2 555	56	634	122	134	11 891
1942	9 294	1 210	853	138	19	108	484	2 133	48	669	146	133	13 901
1943	7 098	1 365	963	335	10	18	419	2 269	49	568	82	137	11 713
1944	8 424	1 241	959	198	14	17	426	2 198	50	674	136	131	13 018
1945	8 550	2 232	725	1 455	14	7	480	2 072	52	624	223	130	14 103
1946	16 725	859	628	89	37	14	868	1 377	93	1 154	138	142	21 072
1947	10 756	811	517	127	108	55	1 427	1 515	147	1 899	—	175	16 380
1948	7 168	2 134	1 827	44	163	95	1 498	1 736	176	2 345	95	150	15 002
1949	7 689	1 902	1 814	14	34	37	700	1 386	80	1 409	116	164	13 118
1950	10 470	1 623	1 567	11	16	25	552	1 350	81	1 223	151	171	15 279
1951	7 888	2 811	2 641	127	31	1	770	1 459	130	1 266	179	176	14 327
1952	8 232	3 934	3 537	328	53	5	736	1 303	117	934	139	191	15 204
1953	9 699	3 751	3 295	435	14	—	605	1 258	114	1 214	171	206	16 606
1954	10 689	2 705	2 192	489	19	—	622	1 356	126	971	102	223	16 348
1955	16 735	2 298	1 832	347	115	—	1 090	1 366	168	967	607	231	23 000
1956	19 215	2 648	1 975	464	206	—	1 149	1 550	182	864	571	234	25 945
1957	16 894	3 329	2 860	176	289	—	981	1 702	187	712	591	246	24 150
1958	15 293	3 005	2 920	9	71	—	417	1 408	147	679	518	251	21 216
1959	16 167	1 385	1 368	—	13	—	254	1 793	99	502	564	251	20 513
1960	19 970	1 354	1 318	—	33	—	463	2 192	111	465	840	262	25 133
1961	25 750	1 337	1 297	—	27	—	390	1 776	112	537	912	284	30 530
1962	25 863	1 483	1 374	5	101	—	465	2 497	135	648	1 141	292	31 940
1963	25 889	1 541	1 396	58	83	—	505	8 416	147	601	1 088	302	37 885
1964	24 898	2 033	1 753	85	191	—	936	12 367	200	635	1 533	347	42 255
1965	29 785	2 270	1 959	74	233	—	731	20 208	189	671	1 468	402	54 920
1966	35 216	3 127	2 533	70	518	—	1 160	26 964	237	893	1 350	430	68 517
1967	31 650	4 235	3 596	77	557	—	1 141	28 789	258	938	1 068	476	67 603

¹⁾ Einschliesslich Ertrag im Verkehr mit Auslandskorrespondenten.
²⁾ Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.
³⁾ Einschliesslich ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken, ohne Berücksichtigung der Abschreibungen.
⁴⁾ Bis 1949 einschliesslich Zinsen auf Postcheckrechnungen.
⁵⁾ Einschliesslich Aufbewahrungsgebühren und Schrankfachmieten.
⁶⁾ Bis 1936 einschliesslich Zinsen an Bundesverwaltungen.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

GESCHÄFTSERGEBNISSE

Verwaltungs-kosten	Steuern und Abgaben inkl. Rückstellungen hiefür	Kosten und Rückstellung für Offenermark-operationen	Kosten und Rückstellungen für Banknoten-anfertigung	Rückstellungen und Verluste auf Gold, Sterilisierungs-kosten	Abschreibungen, Verluste und Rückstellungen		Ausser-ordentliche Zuweisung an die Wohlfahrtseinrichtungen der Bank	Rein-gewinn	Zuwei-sung an den Re-serve-fonds	Divi-dende	Ab-lieferung an die eidg. Staats-kasse	Jahr
					auf Bankgebäuden und Mobiliar, ab-züglich Mehrerlös aus verkauften Liegenschaften	auf Wert-schriften und laufenden Ge-schäften, abzüg-lich Wieder-eingänge						
In 1000 Franken												
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27
3 774	1 147	—	1 134	—	583	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1941
4 238	188	—	2 500	—	562	—	1 000	5 413	500	1 500	3 413	1942
4 370	323	—	1 535	—	72	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1943
5 273	300	—	1 500	—	532	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1944
4 836	239	—	2 300	—	715	—	600	5 413	500	1 500	3 413	1945
5 293	—	—	5 000	4 140 ¹¹⁾	26	—	1 200	5 413	500	1 500	3 413	1946
6 563	480	—	3 243	—	681	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1947
7 056	—	—	2 000	—	83	—	450	5 413	500	1 500	3 413	1948
7 210	—	—	—	451 ¹²⁾	44	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1949
7 331	—	—	500	1 501 ¹²⁾	534	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1950
7 409	—	—	—	799 ¹²⁾	347	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1951
7 492	250	—	1 500	—	190	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1952
7 976 ⁷⁾	250	—	1 500	—	608	—	500	5 772	500	1 500	3 772	1953
7 786	—	—	2 500	—	290	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1954
8 501 ⁷⁾	—	—	6 000	—	727	—	1 500	6 272	1 000	1 500	3 772	1955
11 138 ⁸⁾	300	—	5 000	—	2 035	—	1 200	6 272	1 000	1 500	3 772	1956
10 088 ⁹⁾	300	—	5 000	—	990	—	1 500	6 272	1 000	1 500	3 772	1957
9 871 ¹⁰⁾	—	—	3 000	—	2 073	—	—	6 272	1 000	1 500	3 772	1958
8 959	—	—	3 000	—	2 282	—	—	6 272	1 000	1 500	3 772	1959
8 883	400	—	3 000	4 087 ¹²⁾	1 741	—	750	6 272	1 000	1 500	3 772	1960
9 432	—	—	6 000	5 362 ¹³⁾	1 893	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1961
10 366	400	—	6 000	4 358 ¹²⁾	2 973	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1962
11 603	200	—	10 000	5 812 ¹²⁾	2 427	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1963
13 172 ¹⁰⁾	400	—	10 000	7 914 ¹³⁾	2 926	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1964
12 788	—	6 000	10 000	12 964 ¹²⁾	4 325	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1965
14 565	—	16 460	7 020	16 513 ¹²⁾	5 116	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1966
15 700 ¹⁰⁾	—	4 984	6 489	29 008 ¹⁴⁾	2 579	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1967

⁷⁾ Einschliesslich Fr. 500 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

⁸⁾ Einschliesslich Fr. 1 000 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle und Fr. 1 700 000 Rückstellung für das 50jährige Jubiläum der Bank.

⁹⁾ Einschliesslich Fr. 1 500 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

¹⁰⁾ Einschliesslich Fr. 1 000 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

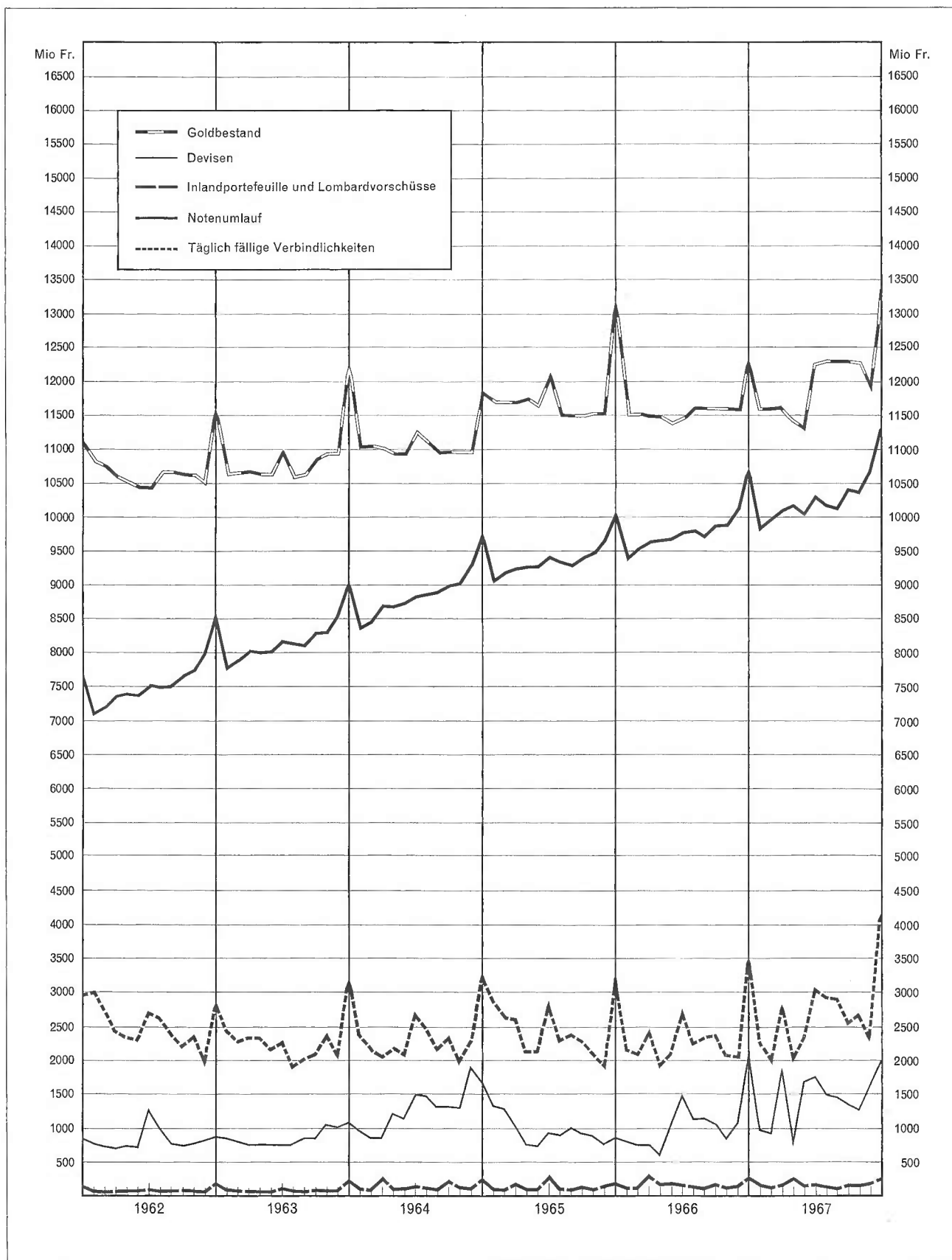
¹¹⁾ Rückstellung für Zinsen für im Markt plazierte Bundesschatzanweisungen.

¹²⁾ Zinsen für im Markt plazierte Bundesschatzanweisungen.

¹³⁾ Zinsen für im Markt plazierte Bundesschatzanweisungen Fr. 4 362 000 und Rückstellung für Zinsen von im Markt plazierten Bundesschatzanweisungen Fr. 1 000 000.

¹⁴⁾ Zinsen für im Markt plazierte Bundesschatzanweisungen Fr. 20 008 000 und Rückstellung für Zinsen von im Markt plazierten Schatzanweisungen Fr. 9 000 000.

BESTÄNDE AM MONATSENDE



LOMBARDZINSFUSS SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

Datum der Veränderung	Diskontosatz		Lombardzinsfuß		Datum der Veränderung	Diskontosatz		Lombardzinsfuß	
	%	Geltungs- dauer Tage	%	Geltungs- dauer Tage		%	Geltungs- dauer Tage	%	Geltungs- dauer Tage
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1907 20. Juni	4½	56	5	56	1914 10. September	5	113	6	14
15. August	5	84	5½	84	24. September	—	—	5½	99
7. November	5½	70	6	70	1915 1. Januar	4½	1 371	5	1 280
1908 16. Januar	5	7	5½	7	1918 4. Juli	—	—	5½	91
23. Januar	4½	28	5	28	3. Oktober	5½	322	6	917
20. Februar	4	28	4½	28	1919 21. August	5	595	—	—
19. März	3½	322	4	441	1921 7. April	4½	126	5½	126
1909 4. Februar	3	252	—	—	11. August	4	203	5	203
3. Juni	—	—	3½	133	1922 2. März	3½	168	4½	168
14. Oktober	3½	28	4	28	17. August	3	331	4	331
11. November	4	56	4½	56	1923 14. Juli	4	831	5	831
1910 6. Januar	3½	49	4	210	1925 22. Oktober	3½	1 624	4½	1 624
24. Februar	3	161	—	—	1930 3. April	3	98	4	98
4. August	3½	49	4½	84	10. Juli	2½	196	3½	196
22. September	4	35	—	—	1931 22. Januar	2	1 562	3	748
27. Oktober	4½	70	5	70	1933 8. Februar	—	—	2½	814
1911 5. Januar	4	42	4½	42	1935 3. Mai	2½	495	3½	495
16. Februar	3½	224	4	224	1936 9. September	2	78	3	78
28. September	4	350	4½	350	26. November	1½	7 475	2½	7 475
1912 12. September	4½	77	5	77	1957 15. Mai ¹⁾	2½	652	3½	652
28. November	5	259	5½	259	1959 26. Februar ²⁾	2	1 955	3	1 955
1913 14. August	4½	161	5	161	1964 3. Juli ³⁾	2½	732	3½	732
1914 22. Januar	4	28	4½	189	1966 6. Juli ⁴⁾	3½	369	4	369
19. Februar	3½	161	—	—	1967 10. Juli ⁴⁾	3	175 ⁵⁾	3¾	175 ⁵⁾
30. Juli	4½	1	5½	1					
31. Juli	5½	3	6	3					
3. August	6	38	7	38					

¹⁾ Spezialdiskontsätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 1¾/₀ (vom 1. April bis 24. Juli 1957), 2/₀ (vom 25. Juli 1957 bis 25. Februar 1959); übrige Pflichtlager 2/₀ (vom 1. April bis 24. Juli 1957).

²⁾ Spezialdiskontsätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 1¾/₀ (vom 1. Juni 1959 bis 5. Juli 1964); übrige Pflichtlager 2½/₀ (vom 26. Februar bis 31. Mai 1959).

³⁾ Spezialdiskontsätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 2½/₀ (vom 6. Juli 1964 bis 31. Dezember 1965); übrige Pflichtlager 2/₀ (vom 3. bis 5. Juli 1964).

⁴⁾ Spezialdiskontsätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 2¾/₀ (vom 1. Januar bis 30. September 1966), 3¼/₀ (seit 1. Oktober 1966); übrige Pflichtlager 3/₀ (vom 1. Januar bis 30. September 1966), 3½/₀ (seit 1. Oktober 1966).

⁵⁾ Bis 31. Dezember 1967.

ABRECHNUNGSVERKEHR

Jahr	Abrechnungsstellen für Wechsel- und Checkverkehr									Wertschriften-Clearing für Kassageschäfte	
	Basel	Bern	La Chaux- de-Fonds	Genf	Lausanne	Neuenburg	St. Gallen	Zürich	Total	Basel	Zürich
Mitglieder am 31. Dezember											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1963	14	12	4	13	12	6	8	7	76	20	26
1964	14	12	4	13	11	6	8	7	75	20	26
1965	14	12	4	13	11	6	8	7	75	20	26
1966	13	12	4	14	12	6	8	7	76	20	27
1967	12	12	4	14	12	6	8	7	75	20	27
Zahl der eingereichten Stücke											
1963	65 970	44 107	2 087	277 102	118 673	5 398	11 349	193 688	718 374	—	—
1964	63 191	47 131	1 904	310 896	122 514	4 797	11 599	207 475	769 507	—	—
1965	64 404	47 205	1 799	312 194	121 744	4 069	12 040	211 814	775 269	—	—
1966	58 822	46 162	1 633	352 454	122 791	4 769	12 190	219 704	818 525	—	—
1967	58 097	48 244	1 801	387 031	126 367	4 865	12 819	234 346	873 570	—	—
Betrag der Einreichungen (in 1000 Franken)											
1963	2 824 012	355 255	30 634	3 915 794	750 230	44 977	93 053	1 638 001	9 651 956	642 451	3 010 573
1964	3 131 453	374 441	32 481	3 889 284	804 049	40 571	101 405	1 827 361	10 201 045	682 880	3 065 277
1965	3 236 475	398 446	32 487	3 940 764	778 817	37 450	102 204	1 839 914	10 366 557	682 369	2 836 113
1966	4 965 513	485 803	30 097	3 837 990	818 351	55 104	105 065	1 935 620	12 233 543	642 286	2 724 075
1967	4 622 678	499 339	35 016	5 372 152	838 792	50 646	110 270	2 046 150	13 575 043	798 609	3 386 545
Vom Betrag der Einreichungen wurden kompensiert (in Prozenten)											
1963	54.52	48.99	20.20	56.43	69.20	34.80	46.43	63.35	57.45	64.39	77.93
1964	58.63	49.67	22.69	58.03	68.79	31.57	44.30	62.78	59.26	65.68	78.61
1965	56.99	49.40	24.82	54.57	67.20	27.32	47.35	62.26	57.18	64.67	77.96
1966	64.95	44.10	20.57	57.58	64.83	26.74	46.40	63.56	61.14	64.57	76.63
1967	64.12	44.37	28.57	58.52	64.27	25.38	46.41	64.57	60.88	67.58	77.15

VERZEICHNIS DER MITGLIEDER DER BANKBEHÖRDEN UND DER BANKORGANE

AUF 1. JANUAR 1968

I. PRÄSIDIUM DER GENERALVERSAMMLUNG

(Amtsperiode 1967–1971)

Nationalrat Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Lugano, Präsident

Dr. P. Jäggi, Professor an der Universität Freiburg, Freiburg, Vizepräsident

II. BANKRAT

(Amtsperiode 1967–1971)

Die von der Generalversammlung der Aktionäre gewählten Mitglieder sind mit einem Stern (*) bezeichnet

- | | |
|---|---|
| Nationalrat Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Lugano, Präsident | Dr. E. Hatt, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Aktiengesellschaft Heinr. Hatt-Haller, Hoch- & Tiefbau-Unternehmung, Zürich |
| Dr. P. Jäggi, Professor an der Universität Freiburg, Freiburg, Vizepräsident | Dr. L. Hentsch, in Firma Hentsch et Cie, Genf |
| * J. Ackermann, Direktor der Freiburgerischen Elektrizitätswerke, Freiburg | M. Jaeger, Präsident des Bündner Handels- und Industrievereins, Bündner Handelskammer, Chur |
| * G. André, Präsident des Verwaltungsrates der Firma André et Cie, Aktien-Gesellschaft, Lausanne | R. Juri, Ing. agr., Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes, Brugg |
| F. Antognini, Direktor der Chocolat Cima-Norma S. A., Torre | Dr. Dr. h. c. R. Käppeli, Präsident des Verwaltungsrates der CIBA Aktiengesellschaft, Riehen |
| J.-L. Borel, Delegierter des Verwaltungsrates und Direktor der Uhrenfabrik Ernest Borel et Cie S. A., Neuenburg | E. Kronauer, Ing., Delegierter des Verwaltungsrates und Generaldirektor der Sécheron Werke Aktiengesellschaft, Genf |
| Regierungsrat Dr. W. Bühlmann, Vorsteher des Finanzdepartements des Kantons Luzern, Kastanienbaum/Horw | Dr. h. c. H. Küng, Delegierter des Verwaltungsrates und Direktor der Genossenschaftlichen Zentralbank, Basel |
| L. Burrus, in Firma F. J. Burrus et Cie, Boncourt | Nationalrat H. Leuenberger, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Zürich |
| Dr. Dr. h. c. R. Devrient, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Unfall- und Lebensversicherungs-Gesellschaft «Die Schweiz», Präsident der Chambre vaudoise du Commerce et de l'Industrie, Pully | * Dr. R. Mäder, Rechtsanwalt, St. Gallen |
| * A. Gisling, Generaldirektor der Waadtländischen Kantonalbank, Lausanne | Regierungsrat R. Meier, Finanzdirektor des Kantons Zürich, Eglisau |
| * Dr. J. Golay, Professor an der Universität Lausanne, Lausanne | * Dr. H. Meyer-Scholer, Mitglied des Verwaltungsrates und Direktor der Tonwerk Lausen A. G., Liestal |
| * Dr. M. Haffter, Präsident des Bankrates der Thurgauischen Kantonalbank, Frauenfeld | |

- * Nationalrat U. Meyer-Boller, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Zollikon
- * J. Michaud, Ing. agr., Direktor der «Provins» Fédération des Producteurs de Vins du Valais, Präsident des Verbandes der Walliser Wirtschaft (Walliser Handelskammer), Sitten
- * F. Muheim, Fürsprecher und Notar, Präsident des Bankrates der Urner Kantonalbank, Altdorf
- * Dr. K. Obrecht, Fürsprecher und Notar, Präsident des Verwaltungsrates der Allgemeinen Schweizerischen Uhrenindustrie A.G. (ASUAG), Solothurn
- Regierungsrat A. Richner, Direktor des Innern und des Gesundheitswesens des Kantons Aargau, Oftringen
- * Ständerat Dr. W. Rohner, Altstätten
- E. Scherz, Zentralpräsident des Schweizer Hotelier-Vereins, Gstaad
- F. W. Schulthess, Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Kreditanstalt, Zürich
- * Dr. H. R. Schwarzenbach, in Firma Robt. Schwarzenbach & Co., Präsident des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins, Horgen
- Dr. S. Schweizer, Präsident des Verwaltungsrates des Schweizerischen Bankvereins, Arlesheim
- * W. F. Siegenthaler, Präsident des Bankrates der Kantonalbank von Bern, Muri bei Bern
- G. Sulzer, dipl. Ing., Präsident des Verwaltungsrates der Gebrüder Sulzer, Aktiengesellschaft, Winterthur
- Nationalrat Dr. H. Tschumi, Regierungsrat, Volkswirtschafts-direktor des Kantons Bern, Interlaken
- * Dr. R. Vischer, in Firma Simonius, Vischer & Co., Basel
- Th. Waldesbühl, Generaldirektor der Nestlé Alimentana A. G., Corseaux
- Nationalrat E. Wüthrich, Zentralpräsident des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verbandes, Bern
- Nationalrat Dr. E. Wyss, Regierungsrat, Vorsteher des Departements des Innern des Kantons Basel-Stadt, Basel

III. BANKAUSSCHUSS

(Amtsperiode 1967–1971)

- Nationalrat Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Lugano, Präsident von Amtes wegen
- Dr. P. Jäggi, Professor an der Universität Freiburg, Freiburg, Vizepräsident von Amtes wegen
- Dr. Dr. h. c. R. Devrient, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Unfall- und Lebensversicherungs-Gesellschaften «Die Schweiz», Präsident der Chambre vaudoise du Commerce et de l'Industrie, Pully
- R. Juri, Ing. agr., Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes, Brugg
- Dr. Dr. h. c. R. Käppeli, Präsident des Verwaltungsrates der CIBA Aktiengesellschaft, Riehen
- Dr. h. c. H. Küng, Delegierter des Verwaltungsrates und Direktor der Genossenschaftlichen Zentralbank, Basel
- Regierungsrat R. Meier, Finanzdirektor des Kantons Zürich, Eglisau
- Dr. K. Obrecht, Fürsprecher und Notar, Präsident des Verwaltungsrates der Allgemeinen Schweizerischen Uhrenindustrie A.G. (ASUAG), Solothurn
- Ständerat Dr. W. Rohner, Altstätten
- Nationalrat E. Wüthrich, Zentralpräsident des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verbandes, Bern

IV. REVISIONSKOMMISSION

(Amtsperiode 1967/1968)

MITGLIEDER

- Dr. E. Gsell, Professor an der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Bihler, Präsident
- Dr. A. von der Weid, a. Direktor der Freiburger Staatsbank, Freiburg
- H. Villiger, Verwalter der Ersparniskasse Nidwalden, Stansstad

ERSATZMÄNNER

- G. Spälty-Leemann, Fabrikant, Netstal
- A. Cornaz, Direktor der Caisse d'Epargne et de Crédit, Lausanne
- J. Iten, Direktor der Zuger Kantonalbank, Zug

V. LOKALKOMITEES

(Amtsperiode 1967–1971)

AARAU

- K. Oehler, Delegierter des Verwaltungsrates der Eisen- und Stahlwerke Oehler & Co. Aktiengesellschaft, Aarau, Vorsitzender
- A. Job, a. Direktionspräsident der USEGO (Union Schweizerische Einkaufs-Gesellschaft Olten), Olten, Stellvertreter des Vorsitzenden
- Dr. O. Seiler, Kaufmännischer Direktor der Kabelwerke Brugg A. G., Brugg

BASEL

- H. Hatt, Präsident des Verwaltungsrates und Generaldirektor der Danzas A. G., Basel, Vorsitzender
- Dr. H. Gürtler-Meyer, Delegierter des Verwaltungsrates der Brauerei Ziegelhof A. G., Liestal, Stellvertreter des Vorsitzenden
- Th. Müller-Kriegel, Ing., Präsident des Verwaltungsrates der Kriegel & Schaffner A. G., Basel

BERN

- A. Buser, Ing. agr., a. Direktor des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften von Bern und benachbarter Kantone, Wabern, Vorsitzender
- Dr. W. Weyermann, Fürsprecher, Mitglied der Berner Handelskammer, Belp, Stellvertreter des Vorsitzenden
- H. Hauser, Präsident des Verwaltungsrates und Direktor der Firma Henri Hauser A. G., Biel

GENÈVE

- J. Gay, Präsident des Verwaltungsrates der Firma Gay Frères S. A., Thônex, Vorsitzender
- J. Duckert, Generalagent der Genfer Lebensversicherungsgesellschaft und der Genfer, Allgemeine Versicherungsgesellschaft, Genf, Stellvertreter des Vorsitzenden
- Dr. E. Bordier, in Firma Bordier & Co., Genf

LAUSANNE

- A. Langer, Präsident des Verwaltungsrates der Fabrique des Lactas Langer Gland S. A., Gland, Stellvertreter des Vorsitzenden
- R. Morandi, Delegierter des Verwaltungsrates der Firma Morandi frères, société anonyme, Payerne

(Ein Mandat vakant)

LUGANO

- F. Antognini, Direktor der Chocolat Cima-Norma S. A., Torre, Vorsitzender
- E. Ferrari, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Società Anonima Demetrio Ferrari, Chiasso, Stellvertreter des Vorsitzenden
- T. Frigerio, Ing., Delegierter des Verwaltungsrates der Finapar S. A. Société Anonyme de Participations à des Entreprises Financières, Muzzano

LUZERN

- J. Moser, Ing. agr., Direktor des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften der Zentralschweiz, Luzern, Vorsitzender
- Dr. J. Hug, Präsident des Verwaltungsrates der Zwieback- und Biscuitfabrik Hug A. G. Malters, Luzern, Stellvertreter des Vorsitzenden
- Dr. W. Dubach, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Brauerei Eichhof, Präsident der Zentralschweiz. Handelskammer, Luzern

NEUENBURG

- J.-L. Borel, Delegierter des Verwaltungsrates und Direktor der Uhrenfabrik Ernest Borel et Cie S. A., Neuenburg, Vorsitzender
- L. Huguenin, Mitglied des Verwaltungsrates der Société des Fabriques de Spiraux Réunies, La Chaux-de-Fonds, Stellvertreter des Vorsitzenden
- W. Wüthrich, Direktor der Cisac S. A., fabrique de produits alimentaires, Neuenburg

ST. GALLEN

- R. Nef-Suter, in Firma Nef & Co., Präsident des Kaufmännischen Directoriums St. Gallen, St. Gallen, Vorsitzender
- Dr. R. Perret, Präsident des Verwaltungsrates und Direktor der Roco Conserven Rorschach, Horn, Stellvertreter des Vorsitzenden
- Th. Ruff, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der J. Huber & Co. A. G. St. Gallen, Niederteufen

ZÜRICH

- O. Küderli, in Firma Küderli & Co., Zollikerberg, Vorsitzender
- R. H. Stehli-Pestalozzi, Präsident des Verwaltungsrates der Stehli Seiden A. G., Zürich, Stellvertreter des Vorsitzenden
- Dr. Ing. agr. E. Jaggi, Direktionspräsident des Verbandes ostschweiz. landwirtschaftl. Genossenschaften (VOLG), Winterthur

VI. DIREKTORIUM

MITGLIEDER DES DIREKTORIUMS

Dr. E. Stopper, Zürich (Präsident); A. Hay, Rechtsanwalt, Bern (Vizepräsident); Dr. M. Iklé, Zürich

DEPARTEMENTE DES DIREKTORIUMS

I. UND III. DEPARTEMENT IN ZÜRICH

Vorsteher des I. Departements: Dr. E. Stopper, Präsident des Direktoriums

Vorsteher des III. Departements: Dr. M. Iklé, Mitglied des Direktoriums

Stellvertreter des Vorstehers des I. Departements: Direktor Dr. J. Leemann, Direktor Dr. W. Kull

Stellvertreter des Vorstehers des III. Departements: Direktor E. Colombo, Direktor Dr. F. Leutwiler

Abteilungsdirektoren: Fürsprech H. Huher (I. Rechtskonsulent), Dr. J. Lademann

II. Rechtskonsulent: Dr. P. Ehrsam

Abteilungsvorsteher: E. Brunner, O. Heyer, H. Nägeli, J. Rudin, H. Schmid, H. Stahel

Prokuristen: J. Bertschi, Dr. J. Bonorand, E. Guyer, E. Harlacher, W. Haubensak, A. Kunz, E. Meier,

L. Nosedá, W. Obi, H. W. Preisig, R. Reutlinger, A. Ritter, A. Schoch, R. Würmli

Handlungsbevollmächtigte: G. Allenbach, Th. Benz, W. Bolliger, W. Brunner, J. Deschmann, J. Dolder, A. Dutli, Dr. A. Föllmi, Dr. M. Gal, A. Grolimund, J. Knecht, R. Meier, Dr. H. Meyer, R. Perret, J. Pfister, F. Schmid, H. Wenziker, Dr. R. Widmer, W. Wunderli, E. Zangger

Agentur Winterthur

Agenturführer: E. Maurer – Prokurist: E. Kaufmann – Handlungsbevollmächtigter: M. Weiss

II. DEPARTEMENT IN BERN

Departementsvorsteher: A. Hay, Rechtsanwalt, Vizepräsident des Direktoriums

Stellvertreter des Departementsvorstehers: Direktor Dr. M. de Rivaz

Abteilungsdirektor: Dr. P. Flückiger

Hauptkassier der Bank: R. Aebersold

Abteilungsvorsteher: H. Baumgartner, W. Bretscher, H. Brunner, R. Raschle, Ch. Schweingruber

Prokuristen: R. Bourqui, H.-P. Dosch, H. Hulliger, M. Isenschmid, W. Wey, V. Zumwald

Handlungsbevollmächtigte: Frl. S. Grandjean, W. Gutmann, R. Kuhn, A. Lerch, B. Siegrist, H. Spahni

Agentur Biel

Agenturführer: J. Messmer – Prokurist: P. Bürgi – Handlungsbevollmächtigter: R. Januth

GENERALSEKRETARIAT

Generalsekretär: Dr. H.R. Läng, Abteilungsdirektor, Zürich

Stellvertreter des Generalsekretärs: Dr. P. Flückiger, Bern

Prokuristen: Dr. G. Jaquemet und W. Schreyer, Zürich

Handlungsbevollmächtigte: D. Kaeser und H. Lerch, Bern

VII. ZWEIGANSTALTEN

A A R A U

Direktor: Dr. R. Erb
Stellvertreter des Direktors: W. Schaffner
Prokuristen: Th. Hensler, A. Widmer
Handlungsbevollmächtigter: F. Merz

B A S E L

Direktor: J. Hablützel
Stellvertreter des Direktors: A. Bertschinger
Prokuristen: A. Spreyermann, R. Winteler
Handlungsbevollmächtigte: H. Brunner, M. Joho, F. Küng,
K. Schär

G E N F

Direktor: J. Terrier
Stellvertreter des Direktors: M. Berthoud
Prokuristen: R. Jaccaz, J. Rossi
Handlungsbevollmächtigte: D. Allamand, E. Bänninger

L A U S A N N E

Direktor: R. Virieux
Stellvertreter des Direktors: A. Weiss
Prokuristen: A. Delacrétaz, O. Grec, F. Verdon
Handlungsbevollmächtigte: Ch. Goy, G. Mounoud, J.-P. Rod

L U G A N O

Direktor: Dr. P. Cioccarelli
Stellvertreter des Direktors: C. Gaggini
Prokurist: B. Rüttsch
Handlungsbevollmächtigte: A. Balmelli, R. Ghiringhelli,
T. Grassi

L U Z E R N

Direktor: Dr. H. Aepli
Stellvertreter des Direktors: K. Schärli
Prokuristen: A. Birrer, J. Burri, J. Immoos, Ch. Zelger
Handlungsbevollmächtigte: W. Imboden, K. Sidler

N E U E N B U R G

Direktor: R. Hügli
Stellvertreter des Direktors: R. Girardier
Prokuristen: Ch. Girod, J.-P. Veluzat
Handlungsbevollmächtigter: A. Tribolet

Agentur La Chaux-de-Fonds

Agenturführer: F. von Arx
Prokurist: J. Henny
Handlungsbevollmächtigter: J. Jolidon

S T . G A L L E N

Direktor: R. Sutter
Stellvertreter des Direktors: E. Schöbi
Prokuristen: H. P. Menet, R. Siegrist
Handlungsbevollmächtigte: A. Geiger, W. Stieger